

FINANZplus

magazin

www.plus-magazin.com

Ausgabe 03/2026
7,60 €**Neu**Der Ratgeber für
private Finanzen

Hunderte Euro mehr

Netto-Gehalt
& -Rente
sofort steigern

Das bringt mehr Geld

- 7 Details für höhere
ETF-Rendite
- Versteckte
Ausgaben entdecken
- Die besten Rabatte
beim Einkauf

1.100 Euro

So holen Sie sich
dieses Geld vom
Finanzamt

Perfekter Urlaub

Neue Regeln:
Dann gibt
es jetzt
Geld zurück



Profitieren vom Renten-Paket

So kann jeder die
neuen Gesetze
clever nutzen



Kräftig sparen beim Autokauf

Wie Sie ein
neues Auto
am günstigsten
finanzieren

Endlich Zeit für mich.

Jeden Monat **NEU** im Handel!



+ Mit 24
Seiten
Extraheft



Vorteils-Angebot bestellen:

www.plus-magazin.com/finanzen2026

oder telefonisch unter 0711/82651-278

Bitte Aktions-Nr. 30P0003299 angeben.

Vertragspartner: Agentur2 Publishing GmbH, Prinzregentenstraße 68, 81675 München

Liebe Leserin, lieber Leser,



hohe Lebensmittelpreise, kräftig erhöhte Versicherungs- und Krankenkassen-Beiträge, rasant gestiegene Preise für Benzin und Gas – die Liste ließe sich fast beliebig fortsetzen. Unstrittig ist, dass aktuell jeder unmittelbar spürt, dass das Alltagsleben teurer geworden ist. Umso wichtiger ist es, dass jeder gegensteuert, dass man genau analysiert, wofür man Geld ausgibt, wo einem Gelder zustehen und wie man insgesamt das Beste aus den eigenen Finanzen macht. Und genau dabei hilft Ihnen FINANZplus! Wie Sie es gewohnt sind, konzentrieren sich auch in dieser Ausgabe alle Beiträge auf das Wesentliche; zeigen klar, was zu tun ist. Einige Beispiele aus dieser Ausgabe, die jeder sofort nutzen kann: mehr Netto dank günstigerer Krankenkasse, neue kräftige Zuschüsse für Hausbesitzer, die beste Finanzierung fürs Auto, mehr Geld aus dem Riester-Vertrag, vom neuen Renten-Paket profitieren, Geld zurück für den Urlaub und vom Finanzamt, bessere Rabatte beim Einkauf ... Sie sehen, es lohnt auch dieses Mal, FINANZplus zu lesen und zu abonnieren – denn wir zeigen, wie jeder die eigenen Finanzen optimieren kann. Und wenn Sie ein konkretes Finanz-Problem haben – schreiben Sie mir, Ihr

Jürgen Sinn, Chefredakteur



FINANZplus abonnieren

Jede Ausgabe ist randvoll mit Informationen, die Sie täglich nutzen können. Deshalb lohnt es, jede Ausgabe zu lesen. Am einfachsten, bequemsten und (!) günstigsten ist dies per Abo. Alle weiteren Informationen gibt es hier:

Online: finanzplus-magazin.de/finanzplus-jahresabo

Telefon: (089) 24 29 27 50

E-Mail: finanzplus@agentur2.de



Lukratives Steuer-Geschenk für viele Arbeitnehmer



2.000 Euro monatlich steuerfrei – dies seit Januar möglich.

Wichtige Infos sofort?

Dann gratis unseren Newsletter bestellen, der wöchentlich das Wichtigste liefert:

www.finanzplus-magazin.de/newsletter



Weitere Infos gesucht?

Dann auf unserer Internetseite nachschauen.

Dort gibt es u. a.:

- Zahlreiche Musterbriefe
- Detaillierte Checklisten
- Aktuelle Übersichten zu Zinsen, Krankenkassen ...



www.finanzplus-magazin.de





18

Viel Beitrag sparen und bessere Leistungen bei der Krankenkasse erhalten.



Sparen

7 Rentenproblem der Enkel ein für alle Mal lösen

Der Geld-Tipp: Diesen Rat sollten alle Eltern und Großeltern beherzigen.

8 Über 1.000 Euro zurück

Viele machen keine Steuererklärung – und verschenken viel Geld. Dabei ist die Erklärung fürs Finanzamt sehr leicht, wenn man Schritt für Schritt vorgeht.

14 Mehr Rendite bei ETFs

Sparer sollten auf diese 7 Kennziffern achten, dann ist die Geldanlage in Fonds lukrativer und sicherer.

17 Fallen bei Tagesgeld

Das ist der beste Weg zu guten Zinsen.

18 Mehr Netto jeden Monat

Weil die Krankenkassenbeiträge stark gestiegen sind, sollten Arbeitnehmer und Rentner zu einer günstigeren Kasse wechseln. Das ist jetzt noch leichter.

3 Editorial

6 Deine Frage

67 Vorschau und Impressum

22

Viel Geld geht im Alltag verloren, weil versteckte Ausgaben unentdeckt bleiben.



Ausgeben

21 Immer wechseln

Der Geld-Tipp: Wer häufiger zu günstigeren Verträgen wechselt, spart extrem viel.

22 Versteckte Ausgaben

Experten schätzen, mehr als 1/5 unserer Ausgaben passieren unbemerkt und unnötig. Wer diese Ausgaben stoppt, hat sofort mehr Geld zur Verfügung.

26 Günstiger Geld anlegen

Jedes Konto, jeder Sparvertrag, jede Vorsorge kostet Gebühren. Deshalb sollte jeder die Kosten der Geldanlage minimieren. Das geht!

30 Geld zurück für Urlaub

Egal ob Ferienhaus, Flug oder Hotel – wenn es im Urlaub hapert, sofort Geld zurückverlangen.

32 Rabatte beim Einkauf

Darauf sollten Sie im Supermarkt besonders achten.



Diese **Experten** halfen FINANZplus. Jede Ausgabe entsteht in Kooperation mit anerkannten Experten u.a.



Uwe Rauhöft,
Vorstand VLH
Vereinigte
Lohnsteuerhilfe

Wie jeder vom neuen Renten-Paket der Bundesregierung profitieren kann.

36



Verdienen

35 VWL-Leistungen

Der Geld-Tipp: Extra-Geld vom Staat und vom Arbeitgeber kassieren.

36 Lukratives Rentenpaket

Das Rentenpaket der Regierung war lange umstritten. Wer jetzt geschickt vorgeht, kann enorm profitieren.

41 Mehr Mütterrente?

Auch das versprach die Regierung. Doch Millionen Mütter müssen noch warten.

42 Mehr Geld aus Riester

Mit diesen Kniffen wird ein Riester-Vertrag lukrativer. Und ein neues Urteil verhilft zu höheren Auszahlungen.

46 Zuschüsse fürs Haus

Wer ein Haus kauft, baut oder saniert, sollte alle staatlichen Zuschüsse geschickt nutzen. So lassen sich ruckzuck Tausende Euro sparen.



Madlen Müller,
Verbraucherzentrale
Sachsen



Niels Nauhauser,
Verbraucher-
zentrale Baden-
Württemberg



Verena Hubertz,
Bundes-
bauministerin



Bernd Reich,
Deutsche Automobil
Treuhand



Thomas Weiss,
Vorstand Bundes-
verband Immobilien-
verrentung (BVIV)



**Prof. Markus
Schuhmann,** Fach-
anwalt für Erbrecht,
München

Leihen

49 Bauspar-Darlehen

Der Geld-Tipp: Für viele lohnt der Abschluss eines Bauspar-Vertrags wieder.

50 Günstiger zum Auto

Ersparthes, Kredit der Bank oder des Herstellers oder doch Leasing? Tests zeigen, wie sich ein neues Auto supergünstig finanzieren lässt und dass erstaunlich viel Geld gespart werden kann.

54 Immobilien-Rente

Wer im Alter eine Extra-Einnahme möchte, sollte das eigene Haus „verrenten“. Viele nutzen das. Doch die Angebote von Banken und Finanz-Dienstleistern, auch für Teil-Verkäufe, haben viele Fallen.

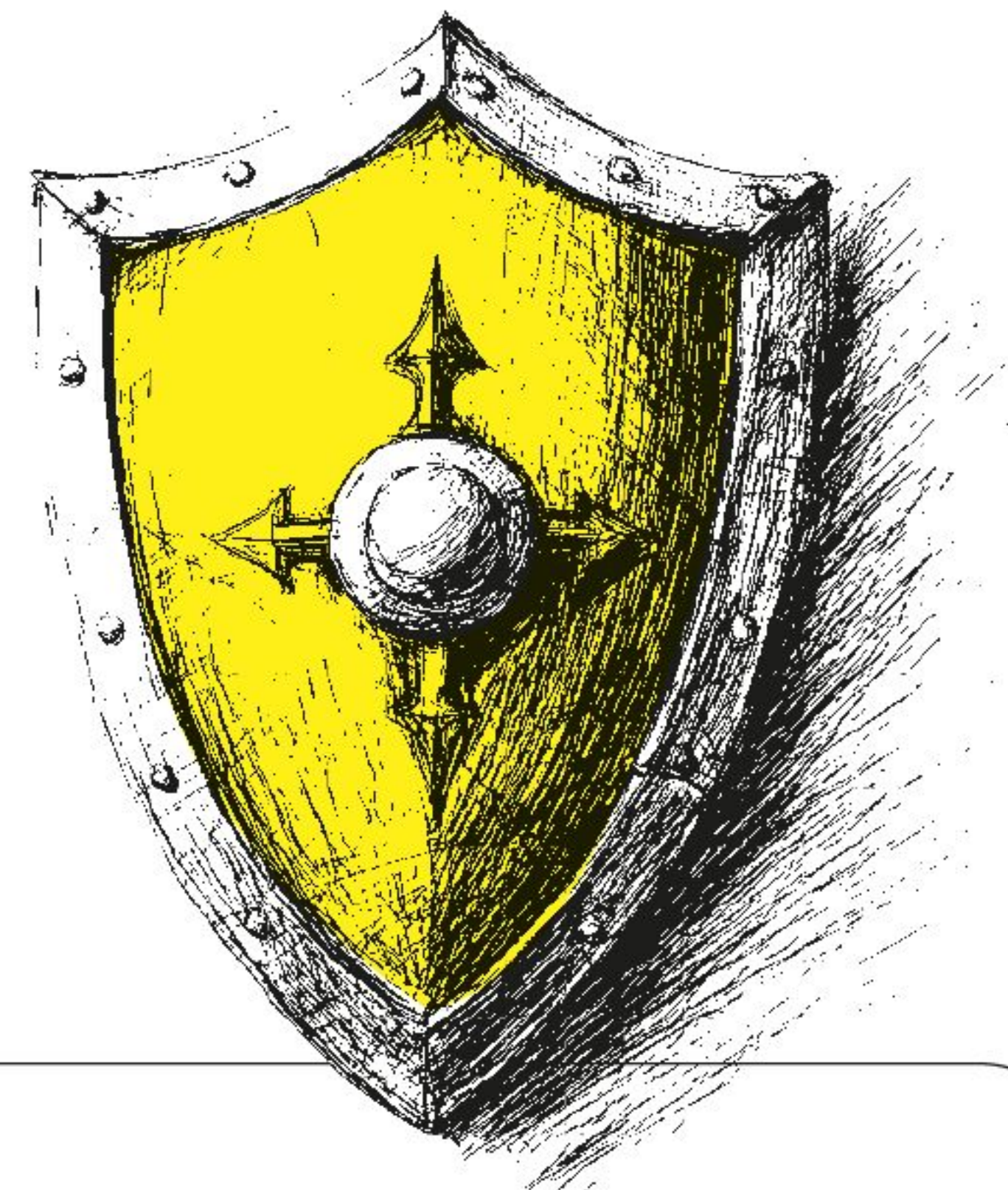
Tausende Euro sparen -
das ist die beste Art, ein
neues Auto zu finanzieren.

50



64

Wie sinnvoll ist eine Rechtsschutz-Versicherung? Vor- und Nachteile im Vergleich.



Absichern

57 Berufsunfähigkeit

Der Geld-Tipp: Policen, die die Berufsunfähigkeit absichern, sind gerade für Berufsanfänger wichtig.

58 Vermögen schützen

Noch nie war Pflege so teuer - 3.500 Euro pro Monat. Doch wie Ersparthes und das eigene Haus so schützen, dass es nicht verwandt werden muss?

63 Wer pflegt, erbt mehr

Dieser Grundsatz führt in vielen Familien zu Streit. Deshalb sollten Eltern ein paar Dinge festlegen.

64 Lohnt Rechtsschutz?

Ein Rechtsstreit ist teuer. Also eine Police abschließen? Die Vor- und Nachteile im Überblick.

DEINE FRAGE

Hier beantworten unsere FINANZplus-Experten eure individuellen Fragen.

Wie lange ist eigentlich ein Gutschein gültig?

Ich habe zu meinem 30. Geburtstag viele Gutscheine erhalten – einige habe ich eingelöst; aber andere schlummern schon fast zwei Jahre in der Schublade. Sind die noch gültig? Oder muss ich diese verlängern lassen?

Nele Stuckroth aus Karlsruhe, per E-Mail

Die Antwort ist – leider – nicht so einfach. Grundsätzlich gilt

bei Gutscheinen die 3-Jahres-Frist, sagt der Handelsverband Deutschland (HDE). Aber nur, wenn es sich um Geschenk-Gutscheine handelt. Denn Gutschein ist nicht gleich Gutschein:

- **Geschenk-Gutscheine** berechtigen dazu, sich aus dem Sortiment eines Geschäfts etwas auszusuchen – hier gilt die 3-Jahres-Frist.
- **Umtausch-Gutscheine** dagegen werden von Geschäften meist aus Kulanz ausgegeben, wenn etwas umgetauscht wurde. Und für diese Gutscheine können Läden eigene Regeln aufstellen, also auch deutlich kürzere Einlöse-Fristen. Allerdings dürfen diese Fristen nicht zu kurz sein – das OLG München untersagte einem Internet-Händler, Gutscheine nur auf ein Jahr zu beschränken (Az.: 29 U 3193/07).

Doch es gibt auch da Ausnahmen: Gutscheine für Stadtrundfahrt oder Kosmetik-Behandlungen dürfen auf ein Jahr befristet sein, wenn im Folgejahr deutlich höhere Kosten erwarten werden oder wenn die Einlösung nur innerhalb einer bestimmten Zeit möglich ist, zum Beispiel Karten für ein bestimmtes Theater-Stück.

Und wenn Gutscheine schon mehr als drei Jahre in einer Schublade schlummern? Dann muss man mit dem Händler sprechen und auf Kulanz hoffen:

- Viele Firmen sind bereit, Gutscheine noch einzulösen, obwohl sie dazu nicht mehr verpflichtet sind.
- Aber: Ist die 3-Jahres-Frist abgelaufen, kann man sich den Wert des Gutscheins zurückerstatten lassen – Händler dürfen allerdings ihren entgangenen Gewinn abziehen. Heißt: Grundsätzlich besteht drei Jahre Anspruch auf Einlösung eines Gutscheins; danach nur auf Erstattung des Werts (abzüglich des Händler-Gewinns). Ansonsten ist die Bar-Auszahlung eines Gutscheins nicht möglich.

Und noch zwei Dinge sind wichtig:

- Erwirbt man über einen Gutschein ein Gerät, so sind Garantie und Gewährleistung vom Einlöse-Termin des Gutscheins zu rechnen, nicht vom Kauf-Datum des Gutschein-Kaufs.
- Auch wenn ein Gutschein drei Jahre gültig ist – gerade bei kleineren Geschäften sollte man die Einlösung nicht zu weit in die Zukunft schieben. Denn: Das Risiko, dass ein Gutschein nicht mehr eingelöst werden kann, weil das Unternehmen nicht mehr besteht, liegt beim Käufer bzw. Gutschein-Inhaber.

Fazit: 3 Jahre ist ein Gutschein immer gültig. Gleichwohl sollte man sich nicht zu lange Zeit mit der Einlösung lassen.



Habt ihr auch eine Frage? Schreibt uns:
finanzplus@agentur2.de



FINANZplus

Das große Finanz-Magazin für die privaten Finanzen

Magazin

Umfassend und verständlich – alle zwei Monate liefert FINANZplus alles Wichtige für Verbraucher.



Die nächste Ausgabe erscheint am 11. Juli 2026

Internet

Ob wichtige Urteile, aktuelle Zins-Änderungen, Checklisten oder ETF-Rankings – kompakt und aktuell auf unserer Internet-Seite:



www.financeplus-magazin.de

Newsletter

Alles Wichtige sofort aufs Handy oder per Mail: Abonnieren Sie gratis unseren exklusiven FINANZplus-Newsletter:

www.financeplus-magazin.de/



newsletter

Instagram

Kleine Finanz-Tipps, die sofort jeden Tag im Alltag helfen, gibt es auch hier:



#financeplus_magazin



N

E

R

A

P

S

Der Tipp**So werden Renten-Sorgen für Kinder oder Enkel ein für alle Mal erledigt**

Dass die gesetzliche Rente unsicher ist, weiß jeder. Umso simpler ist die Lösung, die Stephan Leithner, Vorstand der Deutschen Börse, hat: „Mit einmalig 4.000 Euro sind alle Renten-Probleme eines Kindes gelöst.“ Und der Mann hat recht:

- Zahlen Eltern oder Großeltern für ein neugeborenes Kind einmal (!) 4.000 Euro in einen weltweiten ETF ein, kann das Baby bei Rentenbeginn mit 67 über mehr als 370.000 Euro verfügen.
- Unterstellt wurde nur eine jährliche Rendite von 7% – der DAX erreichte seit seiner Gründung 1988 jährlich im Schnitt 8,5%, der amerikanische Dow Jones hat sich seit 1968 mehr als verfünzigfacht.
- Aus dem erreichten Kapital könnte das heutige Baby dann mit 67 jeden Monat 25 Jahre lang fast 2.600 Euro beziehen.
- Hinzu kommen gesetzliche, betriebliche und private Renten, die das Baby im Lauf des Lebens ansparen würde.
- Das Beispiel zeigt, wie effektiv langfristiges Sparen ist – und welchen enormen Einfluss Eltern bzw. Großeltern auf die finanzielle Sicherheit von Kindern haben können. Gute ETFs gibt es übrigens auf unserer Internet-Seite: www.finanzipus-magazin.de



Wer geschickt vorgeht,
hat eine Steuererklärung
in kurzer Zeit erledigt –
und erhält im Schnitt
gut 1.000 Euro vom
Finanzamt zurück.

So zahlen Sie weniger Steuern...

... und erhalten mehr Geld zurück

Ob Arbeitnehmer oder Rentner – niemand zahlt gern Steuern. Und dennoch verschenken Millionen Bundesbürger jedes Jahr im Schnitt 1.100 Euro, weil sie keine Steuererklärung machen. Dabei war es noch nie so leicht und einfach, Geld vom Staat zu erhalten. Die FINANZplus-Steuerberater zeigen, wie es geht!

1. Die Termine

Jeder, der berufstätig ist oder eine Rente erhält, muss auch eine Steuererklärung machen. Die Abgabefrist ist am 31. Juli 2026 für die Einkünfte aus dem letzten Jahr. Wichtig ist, überhaupt eine Steuererklärung zu machen. Geschätzt wird, dass etwa 30 % aller Steuerpflichtigen – das wären fast 14 Millionen Menschen – keine Steuererklärung abgeben und dadurch im Schnitt auf 1.172 Euro Erstattung freiwillig verzichten.

2. Relativ einfach

Ja, niemand macht gerne eine Steuererklärung. Doch für die allermeisten – egal ob Arbeitnehmer oder Rentner – ist dies relativ einfach selbst zu erledigen, weil sich viele Dinge in den letzten Jahren verbessert haben. Die wichtigsten Dinge zeigen die folgenden Seiten. Zudem gibt es inzwischen extrem gute Computer-Programme, die zuverlässig und genau helfen, oder Lohnsteuerhilfvereine (siehe Seite 12).

3. Die Belege

Bereits seit Längerem müssen mit der Steuererklärung keine Belege mehr eingereicht werden. Nachweise sind nur vorzulegen, sofern das Finanzamt dazu auffordert. Da es viele Frei- und Pausch(al)-Beträge gibt, ist auch das Sammeln von Belegen nur noch in wenigen Fällen (Gesundheitskosten, Handwerker-Rechnungen, Sonderausgaben) sinnvoll und notwendig.

4. Viele Frei- und Pauschbeträge

Viele wichtige Frei- und Pauschbeträge (siehe unten) werden vom Finanzamt automatisch berücksichtigt, sodass viele Felder in den Steuerformularen gar nicht mehr ausgefüllt werden müssen.

Automatisch berücksichtigt	Angaben erforderlich
Grundfreibetrag (für 2025: 12.096 Euro)	-
Arbeitnehmer-Pauschbetrag (Werbungskostenpauschale: 1.230 Euro)	Nur wenn höhere Werbungskosten, z. B. weiter Arbeitsweg, viele Home-Office-Tage
Sonderausgaben-Pauschbetrag: 36 Euro	Wenn Sonderausgaben über 36 Euro, was fast immer der Fall ist
Sparer-Pauschbetrag (1.000 Euro), wenn Freistellungsauftrag bei Bank eingerichtet wurde	Wenn höhere Kapitalerträge bzw. Kapitalertragssteuer bezahlt wurde
Entlastungsbetrag Alleinerziehende (4.260 Euro)	-
Kindergeld/Kinderfreibetrag (Kinder werden automatisch berücksichtigt und günstigste Variante gewählt)	-
Rentner-Pauschbetrag bis 102 Euro (für Werbungskosten)	Wenn Werbungskosten über 102 Euro
Steuerfreier Anteil der Rente	-
Altersentlastungsbetrag (bei allen über 64)	-
Pflege-Pauschbetrag, wenn Angehörige gepflegt werden	-
Behinderten-Pauschbetrag (je nach GdB): 384 bis 7.400 Euro	-

5. Grundfreibetrag

Der Grundfreibetrag gilt für alle Steuerzahler und soll das Existenzminimum steuerfrei stellen. Die Höhe wird jährlich vom Bundestag angepasst. Für das Steuerjahr 2025 liegt er bei 12.096 Euro für Ledige bzw. bei 24.192 Euro für Verheiratete (Für 2026 steigen die Beträge auf 12.348 Euro bzw. 24.696 Euro.) Wer weniger steuerpflichtige Einnahmen hat, zahlt keine Steuern. Beim Grundfreibetrag beginnen die Steuer-Tabellen. Ziel jeder Steuererklärung muss es sein, das steuerpflichtige Einkommen so weit als möglich zu senken, damit man möglichst nah an den Grundfreibetrag bzw. darunter kommt. Da der Grundfreibetrag automatisch berücksichtigt wird, ist in der Steuererklärung nichts einzutragen.

6. Der Altersentlastungsbetrag

Dies ist ein weiterer Freibetrag, der für Arbeitslohn, Miet- und Kapital-Einnahmen gilt. Er soll dazu führen, dass unterschiedliche Einkommen im Alter steuerlich angeglichen werden, da es für Renten oder Versorgungsbezüge eigene Steuerregeln gibt. Er gilt für Rentner und Arbeitnehmer. Voraussetzung für den Entlastungsbetrag: Man ist 64 Jahre und älter. Erstmals wird er für das Jahr angewandt, in dem man 64 wurde, und bleibt lebenslang gleich. Der Altersentlastungsbetrag sinkt jedes Jahr: Für 2025 liegt er bei ➤

13,2 % beziehungsweise max. 627 Euro. 2026 sinkt er auf 12,8 % bzw. maximal 608 Euro.

► Für Beamte gibt es den Versorgungsfreibetrag. 2025 liegt dieser bei 13,2 % bzw. max. 990 Euro, 2026 sinkt der Versorgungsfreibetrag auf 12,8 %, bzw. max. 960 Euro. Dazu kommt ein Zuschlag von 297 Euro (2025) bzw. 288 Euro (2026). Auch Altersentlastungs- bzw. Versorgungsfreibetrag werden automatisch berücksichtigt.

7. Neue Aktivrente

► Diese steuerliche Entlastung gibt es zwar seit Januar 2026 – 2.000 Euro pro Monat dürfen steuerfrei von Arbeitnehmern bezogen werden, die das Regeleintrittsalter bereits erreicht haben. Der Freibetrag wird automatisch vom Arbeitgeber bei der Gehaltsabrechnung berücksichtigt. ► Allerdings gab es den Freibetrag 2025 noch nicht. Deshalb ist für die Steuererklärung für 2025 nichts zu berücksichtigen.

8. Einmalzahlungen

► Die betrifft nur Arbeitnehmer, die 2025 aus dem Job ausgeschieden sind und von ihrem Arbeitgeber Abfindung erhalten, Urlaub/Überstunden ausgezahlt bekommen oder Betriebsrente bzw. Direktversicherung erhalten haben. ► Um die Steuerlast zu mindern, die sog. „Fünftel-Regelung“ beantragen. Dabei wird die Steuer auf diese Einmalzahlung so berechnet, als ob man sie auf 5 Jahre verteilt erhalten hätte. Die Fünftel-Regelung muss immer beantragt werden, bei einer ausgezahlten Betriebsrente in Anlage N,

Zeile 17, bei ausgezahlten Direktversicherungen in der Anlage AV.

► Die Fünftel-Regel spart z. B. bei einer Auszahlungsumme von 50.000 Euro leicht mehr als 10.000 Euro Steuern.

9. Werbungskosten

► Bei Rentnern setzt das Finanzamt einen Pauschbetrag von 102 Euro für Werbungskosten fest, für Ehepaare sind es 204 Euro pro Jahr.

► Aber höhere Kosten sind generell absetzbar, müssen aber einzeln belegbar sein.

► Als Werbungskosten gelten bei Rentnern z. B. Kosten für Renten- und Steuerberater, Prozesse, Gebühren fürs Konto, auf das die Rente gezahlt wird, Gewerkschaftsbeiträge, Ausgaben für Steuer-Bücher bzw. -Software, Kosten für Fachliteratur (zur Rente), aber auch Kreditzinsen fürs Nachzahlen von Rentenbeiträgen.

► Bei Arbeitnehmern liegt die Werbungskosten-Pauschale bei 1.230 Euro. Als Werbungskosten gelten alle Ausgaben, die mit dem Job zusammenhängen, also z. B. Fahrtkosten bzw. Entfernungspauschale zur Arbeit, Pauschale für Tage im Home-Office, Berufskleidung, Reisekosten für Dienstreisen, die nicht erstattet wurden, Fachbücher, unter bestimmten Umständen auch anteilige Kosten für ein Arbeitszimmer zu Hause inkl. Telefon und Internet, Fortbildungen, Bewerbungskosten, Umzugskosten wegen der Arbeit, Unfallkosten auf dem Arbeitsweg, aber auch Versicherungsbeiträge (Arbeits-Rechtsschutz), Gewerkschaftsbeiträge oder Gerichtskosten, z. B. bei Streit mit dem Arbeitgeber sowie eventuelle Steuerberater-Kosten, allerdings nur für die Anlage N.

► Achtung: Für jede Einkommens-Art gibt es eigene Werbungskosten, die dann in den entsprechenden Formularen, z. B. für Miet-Einkünfte oder Kapital-Einkünfte, eingetragen werden sollten.

► Wichtig für die Steuererklärung: Die Pauschale wird automatisch berücksichtigt. Aber viele haben höhere Kosten, die geltend gemacht werden können. Deshalb lohnt es, hier genauer zu überlegen. Bei Rentnern werden diese höheren Kosten in Anlage R eingetragen, bei Arbeitnehmern in Anlage N. Belege müssen nicht mit der Steuererklärung mitgeschickt werden.

10. Sonderausgaben

► Auch hier lohnt es, alle Ausgaben akribisch zu notieren. Denn pauschal erkennt das Finanzamt nur 36 Euro als Sonderausgaben an bzw. für Ehepaare 72 Euro pro Jahr.

► Doch es sind weiter höhere Kosten bis 1.900 Euro (3.800 Euro für Paare) absetzbar. Allerdings müssen diese einzeln in der Steuererklärung aufgeführt werden. Das gilt für Rentner und Arbeitnehmer.

► Sonderausgaben teilen sich in zwei Gruppen: Vorsorge-Aufwendungen und andere Sonderausgaben.

► Zur kleineren Gruppe der anderen Sonderausgaben gehören u. a. Kirchensteuern, Unterhalt, Spenden, aber auch Unterhalt oder Ausgleichszahlungen nach einem Versorgungsausgleich.

► Zur größeren Gruppe, den Vorsorge-Aufwendungen, zählen diese Sonderausgaben: Beiträge zu Unfall- und Haftpflicht-Versicherungen (auch Kfz!), zu Kranken-, Kranken-Zusatz- und Pflegeversicherung; für



„Auch wenn es keine Pflicht zur Steuererklärung gibt, lohnt sich die Erklärung oft. Gerade Arbeitnehmer ohne zusätzliche Einkünfte können häufig mit einer Erstattung rechnen“

Jörg Störtzel, Vorstand, Vereinigte Lohnsteuerhilfe VLH



Eigene Belege
übers Jahr gut ab-
zulegen, erleich-
tert die Steuer-
erklärung enorm.

Arbeitnehmer auch Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung oder einer kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge (Rürup-Rente) sowie für alle Beiträge zu einer privaten Berufs-Unfähigkeits- oder Risiko-Lebens-Versicherung.

► Die Pauschale wird automatisch berücksichtigt. Aber die allermeisten haben hier weit höhere Ausgaben (u. a. Beiträge zu Krankenkasse usw.), sodass unbedingt die tatsächlichen höheren Kosten in der Steuererklärung angegeben werden sollten (in der Anlage Sonderausgaben bzw. Vorsorgeaufwendungen). Aber es gibt einen Höchstbetrag (1.900 Euro). Wer z. B. mit den Beiträgen zur gesetzlichen Kranken- bzw. Rentenkasse den Höchstbetrag bereits ausgeschöpft hat, kann keine weiteren Dinge mehr in der Steuererklärung geltend machen. Deshalb diese beiden Posten zuerst addieren, um zu sehen, ob das Aufführen weiterer Positionen möglich ist bzw. lohnt.

11. Außergewöhnliche Belastungen

► Dazu zählen alle Ausgaben, die als außergewöhnlich gelten (im Vergleich zu anderen Steuerzahlern), z. B. hohe Kosten für Gesundheit (Zuzahlungen, Hilfsmittel, Fahrtkosten), Pflege (Heimkosten), Scheidung, eine Behinderung, Bestattung oder nach einem Unglück (z. B. nach Hausbrand oder Hochwasser). Dazu zählt aber auch ein altersgerechter Umbau des eigenen Hauses. Diese Kosten sind voll absetzbar, es gibt keine Deckelung bzw. keinen Maximal-Betrag.

Das ist zumutbar

So ermitteln die Finanzämter die zumutbare Belastungsgrenze

Familienstand	bis 15.340 Euro	bis 51.130 Euro	ab 51.130 Euro
Alleinstehend	5 %	6 %	7 %
Ehepaare	4 %	5 %	6 %
Singles/Paare mit 1 oder 2 Kindern	2 %	3 %	4 %
Singles/Paare mit 3 und mehr Kindern	1 %	1 %	2 %

Quelle: Bundesfinanzministerium

► Aber: Abgesetzt werden kann nur, was über einer Zumutbarkeits-Grenze liegt. Diese wird individuell berechnet und hängt vom Familienstand und dem Einkommen ab (s. o.).

► Das Finanzamt errechnet diese Grenze automatisch und zieht nur die darüber liegenden Kosten vom Gesamtbetrag der Einkünfte ab.

► Für die Steuererklärung ist immer der Einzelnachweis erforderlich. Belege müssen aber erst nach Aufforderung durch das Finanzamt eingereicht werden. Es lohnt, die eigene Zumutbarkeits-Grenze zu kennen. Wer als Arbeitnehmer oder Rentner z. B. Gesundheits-Ausgaben hat, die in der Regel weit davon entfernt sind, sollte sich nicht die Mühe machen, übers Jahr Belege zu sammeln. Anders sieht dies für chronisch Kranke aus. Und: Wer weiß, dass demnächst eine große Ausgabe ansteht (z. B. neuer Zahnersatz), sollte schauen, ob es noch weitere größere Ausgaben gibt (z. B. neue Brille, neues Hörgerät), sodass die Zumutbarkeits-Grenze auch wirklich überschritten wird.

Da die Regeln für außergewöhnliche Belastungen komplex sind, finden Sie einen großen Ratgeber dazu auf unserer Internet-Seite:



www.rente-und-co.de/vorsorge/belastungen-von-der-steuer-absetzen

12. Pflegekosten und Pflegepauschbetrag

► Auch Pflegekosten zählen zu den außergewöhnlichen Belastungen. Steuerlich relevant sind nur die Kosten, die nicht schon von der Pflegekasse erstattet wurden.

► Pflegende Angehörige können zusätzlich den Pflegepauschbetrag geltend machen. Die Höhe dieser Pauschale richtet sich nach dem Pflegegrad: 600 Euro im Jahr bei Pflegegrad 2, 1.100 Euro für Pflegegrad 3 und je 1.800 Euro für die Pflegegrade 4 oder 5.

► Diese Regeln gelten sowohl für Rentner wie für Arbeitnehmer.

► Der Pflege-Pauschbetrag wird in der Anlage Außergewöhnliche Belastungen der Steuererklärung beantragt. Für Pflegekosten ist ein Einzelnachweis erforderlich. Anerkannt werden aber nur Kosten oberhalb der Zumutbarkeits-Grenze (s. li.).

13. Behinderten-Pauschbetrag

► Wer offiziell als schwerbehindert gilt und einen GdB ab 20 hat, kann in der Steuererklärung den Behindertenpauschbetrag beantragen.

► Die Höhe des Pauschbetrags hängt vom GdB ab (s. u.) und muss einzeln beantragt werden. Wichtig: Auch wer nur zeitweise einen GdB hat, sollte diesen Pauschbetrag nutzen.

Extra-Pauschale bei GdB	
Angaben in Euro pro Jahr	
GdB	Behindertenpauschbetrag*
20	384
30	620
40	860
50	1.140
60	1.440
70	1.780
80	2.120
90	2.460
100	2.840

* Angaben in Euro pro Jahr



14. Haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerker

► Dies sind zwei unterschiedliche Dinge, die Steuern sparen und die an verschiedenen Stellen in der Steuererklärung eingetragen werden können – mit unterschiedlichen finanziellen Auswirkungen. Genutzt werden kann beides sowohl von Mietern wie von Eigentümern.

► Als haushaltsnahe Dienstleistungen gelten alle Dienste, die jemand im eigenen Haus für einen ausführt, die man aber auch selbst hätte ausführen können, z. B. Wohnung reinigen, Garten pflegen, Fenster putzen, aber auch Essen liefern lassen, Haare schneiden oder Pediküre.

► Jährlich können Rechnungen bis maximal 20.000 Euro eingereicht werden, die wiederum zu 20 % geltend gemacht werden. Das heißt, der maximale Abzug für haushaltsnahe

Dienstleistungen beträgt 4.000 Euro pro Jahr. Eingetragen wird in der Steuererklärung (Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen) aber die Gesamtsumme der Kosten; das Finanzamt errechnet und berücksichtigt automatisch dann den 20%-Anteil.

► Kosten für Handwerker dagegen betreffen klassische Handwerks-Arbeiten in und am Haus. Jährlich wird maximal eine Summe von 6.000 Euro anerkannt, wovon sich wieder 20 % steuermindernd auswirken. Der maximale Steuer-Vorteil beträgt also 1.200 Euro im Jahr.

► Wichtig: Bei Handwerker-Rechnungen zählt nur der Anteil, der auf den Arbeitslohn entfällt, nicht aber Anteile für Material oder die Maschinen-Nutzung.

► Auch hier wird die Gesamtsumme der Kosten in der Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen der Steuererklärung eingetragen, nun unter Haushaltsnahe Beschäftigungen.

► Für die Steuererklärung reicht es,

Wichtig ist, Freibeträge zu kennen, um zu wissen, ob diese überschritten werden.

wenn man eine Liste mit den einzelnen Dienstleistungen bzw. Handwerker-Arbeiten bzw. Anteilen für den Arbeitslohn macht. Belege sind aber nicht einzureichen.

15. Hinterbliebenenpauschbetrag

► Dieser Pauschbetrag ist an eine Hinterbliebenenrente gekoppelt – unabhängig davon, ob man selbst Arbeitnehmer oder bereits in Rente ist. Jährlich werden 370 Euro berücksichtigt, wenn man zumindest einen Monat des Jahres Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente hatte.

Hilfe bei der Steuererklärung

Ob Computerprogramme oder Lohnsteuerhilfevereine – wer die Steuern nicht selbst machen will, sollte diese guten und günstigen Hilfen nutzen.

Per Computer

Das ist über diverse Computer-Programme bzw. Apps (siehe rechts) einfach und günstig möglich.

► Über die Programme kann die eigene Steuererklärung direkt ausgedruckt bzw. ans Finanzamt elektronisch übermittelt werden.

► Und weil viele Daten gar nicht mehr eingetragen werden müssen, weil das Finanzamt diese automatisch erhält, dauert das Auffüllen auch nicht allzu lange. Hinzu kommt: Da die meisten Pro-

gramme auch Angaben aus den Vorjahren übernehmen, sind oft nur Aktualisierungen nötig bzw. die Programme „fragen“, ob man diese Angaben in diesem Jahr nicht mehr hatte.

► **Wichtig:** Teilweise ist über die Programme nur eine Steuererklärung möglich, z. B. für ein Ehepaar. Unverheiratete Paare, die nicht zusammen veranlagt werden, sollten darauf achten, dass das Programm erlaubt, dass mehrere Erklärungen gemacht werden können.

► Praktisch alle Programme gibt es für Windows- bzw. Apple-Computer bzw. als Anwendung im Internet.

► Inzwischen sind die Programme so gut und didaktisch clever aufgebaut und zuverlässig, dass sie auch Steuerbescheide prüfen.

► Noch günstiger ist es, wenn man die Internet-Seite <https://einfach.elster.de> nutzt. Dies ist ein spezieller Service des Finanzministeriums für alle, die ihre Steuererklärung mit dem Elster-Programm machen wollen.

Gute Software

Diese Computerprogramme und Apps sind empfehlenswert:

Programm	Preis
WISO Steuer	45,99
Steuerbot	39,99
Taxfix	49,99
smartsteuer	39,99
SteuerGo	34,95
Lohnsteuer kompakt	34,95
Wundertax	34,99
Steuertipps	24,99

Quelle: Eigene Recherche

- Die Wirkung des Pauschbetrags: Er verringert als „außergewöhnliche Belastung“ das zu versteuernde Einkommen.
- Wichtig: Der Pauschbetrag wird nicht automatisch gewährt, sondern muss separat in der Steuererklärung bei den außergewöhnlichen Belastungen angekreuzt werden.



„Lohnsteuerhilfvereine bieten Rentnern und Arbeitnehmern eine einfache und kostengünstige Alternative zu klassischen Steuerberatern“

Uwe Rauhöft, Vorstand VLH Vereinigte Lohnsteuerhilfe

16. Renten-Freibetrag

- Der Rentenfreibetrag betrifft nur Rentner und wird zu Rentenbeginn individuell festgelegt. Dieser Freibetrag schreibt den steuerfreien Anteil der Rente fest und richtet sich nach dem Jahr des Renteneintritts: Wer 2025 erstmals Rente bezog, muss 83,5 % der Rente versteuern; 16,5 % sind steuerfrei. 2026 liegt der steuerpflichtige Teil bei 84 %, nur noch 16 % sind steuerfrei.
- Dieser steuerfreie Anteil wird aber als Euro-Betrag (ausgehend von der Rente 2025) lebenslang festge-

schrieben und steigt auch durch künftige Renten-Erhöhungen nicht mehr an. Ein Beispiel: Wer 2025 in Rente ging und eine Brutto-Rente von 1.800 Euro monatlich erhielt, hat einen Freibetrag von 16,5 % = 297 Euro, entspricht 3.564 Euro im Jahr – dieser Betrag gilt nun lebenslang als Rentenfreibetrag. Der Rest der Rente ist steuerpflichtig.

- Ganz wichtig: Der Freibetrag gilt nur für die gesetzliche Rente, nicht für weitere Rentenbezüge wie eine Betriebsrente.
- Für die Steuererklärung ist nichts zu machen, der Renten-Freibetrag wird automatisch berücksichtigt.

17. Sparer-Pauschbetrag

- Bis 1.000 Euro für Ledige (2.000 Euro bei Ehepaaren) pro Jahr darf man Kapital-Erträge (Zinsen, Dividenden) steuerfrei erhalten (Zeile 16 der Anlage Kapital-Einkünfte).
- Wichtig ist, zuvor in Zeile 4 der Anlage zu Kapital-Einkünften die Günstigerprüfung anzukreuzen: Hier spart jeder, wenn der sogenannte „Grenzsteuersatz“ (also der höchste im konkreten Fall verwendete Steuersatz) im betreffenden Jahr niedriger liegt als die 25 %, die bei der Abgeltungssteuer fällig würden.

Spezielle Vereine helfen

Lohnsteuerhilfvereine mit ihren örtlichen Büros helfen allen Mitgliedern bei Steuer-Angelegenheiten.

Verein	Mitglieder	Kontakt	Jahresbeitrag*	Aufnahmegebühr*	Beratungsstellen
VLH Vereinigte Lohnsteuerhilfe	1 Mio.	(06321) 9 63 99 69	39 - 365	10	3 000
DLH Deutsche Lohnsteuerhilfe	600 000	(0911) 2 14 82 40	45 - 310	12	100
Steuerring	380 000	(06151) 9 78 48 00	60 - 450	14	1 100
Lohnsteuer-beratungsbund	200 000	(09632) 9 22 91 16	54 - 748	12	1 200
Aktuell Lohnsteuerhilfverein	k. A.	(08724) 96 53 00 85 00	52 - 339	15	k. A.
Lohi Lohnsteuerhilfe Bayern	700 000	(089) 27 81 310	45 - 375	15	300
Lohnsteuerhilfebund Deutschland	k. A.	(0491) 97 96 80 84	50 - 475	10	k. A.
Lohnsteuerhilfeverein für Arbeitnehmer	45 000	(0355) 2 48 06	47 - 424	5,95	k. A.

* in Euro

Lohnsteuerhilfe-Vereine

- Wer unsicher ist, sollte sich an einen Lohnsteuerhilfverein wenden (s.li.).
- Die örtlichen Beratungsstellen dürfen (wie Steuerberater) beim Erstellen einer Steuererklärung helfen.
- Voraussetzung: Man ist Mitglied. Der Jahresbeitrag hängt vom Einkommen ab – im Schnitt um 100 Euro. Kosten sind absetzbar.
- Die Steuererklärung wird von Experten gemacht.
- Aber: Lohnsteuerhilfe-Vereine dürfen nur Arbeitnehmer und Rentner aufnehmen. Zu Einkünften aus Land- oder Forstwirtschaft, Gewerbe oder aus selbstständiger Tätigkeit darf nicht beraten werden.

Auf diese Daten sollten ETF-Sparer achten

Immer mehr Bundesbürger legen Geld in ETFs an – das ist auch gut so. Doch Banken bieten immer neue Index-Fonds an, um vom Boom zu profitieren. Deshalb sollten ETF-Sparer genau auf diese 7 Kennziffern achten.

1. Langfristige Rendite

Generell gilt: Je höher die Rendite, desto besser. Aber: Entscheidend ist nicht die Rendite des letzten Jahres, sondern die langfristige Wertentwicklung des ETFs. Deshalb nicht verwirren lassen, wenn man Listen sieht mit ETFs, die zuletzt eine Rendite von zig Prozent hatten. Daher auch beim Vergleichen auf Internet-Portalen nicht die Standard-Einstellung („Wertentwicklung 1 Jahr“) wählen, sondern den längstmöglichen Zeitraum.

Zusätzlich gilt: Nicht mit Renditen von 10 % und mehr pro Jahr rechnen – ein guter ETF bringt auf lange Sicht 6 % oder 7 % pro Jahr. Und wenn es doch mal in einem Jahr mehr ist, umso schöner.

 UBS

Amundi
ASSET MANAGEMENT

Xtrackers by //DWS

 WISDOMTREE®

Allianz 



 BNP PARIBAS
ASSET MANAGEMENT

HSBC 

2. Gesamt-Kosten

Generell gilt: Je niedriger die Kosten, desto besser. Aber: Die Kosten sind nicht das alleinige Kauf-Kriterium für einen ETF. Erkennbar sind die Kosten an der TER (Total Expense Ratio = Gesamtkostenquote). TER beziffert in % die jährlichen laufenden Kosten des ETFs in % des Vermögens. Gemeint sind Verwaltungs-, Lizenz- und Betriebskosten, nicht aber Kauf-Gebühren, die Bank oder Neobroker verlangen; daher unbedingt auch auf die Kauf-Kosten achten – auch weil viele Anbieter kostenlose ETF-Sparpläne bieten (s. S. 44). Inzwischen gibt es ETFs, die für bekannte Indexe wie MSCI World oder Stoxx Europe 600 nur eine TER von 0,05 % oder 0,07 % haben. Aber es gilt auch: Je spezieller ein ETF oder je kleiner der Markt, desto höher die TER. Als akzeptabel gelten TER von 0,5 % pro Jahr; Vorsicht bei mehr als 1 % TER.

Zu den Kosten gehören auch die Depot-Gebühren der Bank. Deshalb: Auf alle drei Kosten-Arten achten: Depot der Bank, Kosten des Kaufs und TER beim ETF selbst.

3. Größe des ETFs

Generell gilt: Je mehr Volumen, also Größe, ein ETF hat, desto besser.

Aber: Die Größe oder auch die Bekanntheit eines ETFs bzw. des Anbieters liefern keine Gewähr für eine überdurchschnittliche Rendite. Gleichwohl ist die Größe des ETFs (also wie viel Geld insgesamt in diesem Fonds angelegt wurde) ein Indiz dafür, wie liquide ein Fonds ist. Das heißt: Je größer ein Fonds, desto sicherer kann man sein, dass man das eingezahlte Geld schnell und unkompliziert auch wieder zurückerhält, wenn man das möchte.

Bei kleineren, finanzschwächeren Fonds besteht zudem immer das Risiko, dass der ETF für den Anbieter nicht mehr lohnt – und dann vom Markt genommen wird. Oder mit einem anderen ETF vereint wird, den man eigentlich gar nicht wollte. Als groß gilt ein ETF, der über Spar-Einlagen von mehr als 1 Mrd. Euro verfügt; sehr groß sind ETFs mit mehr als 10 Mrd. Euro. Vorsichtiger sollte man sein, wenn ETFs weniger als 100 Mio. Euro Volumen haben. Denn ein hohes Volumen führt oft zu geringeren Gesamtkosten (s. li.).

4. Volatilität

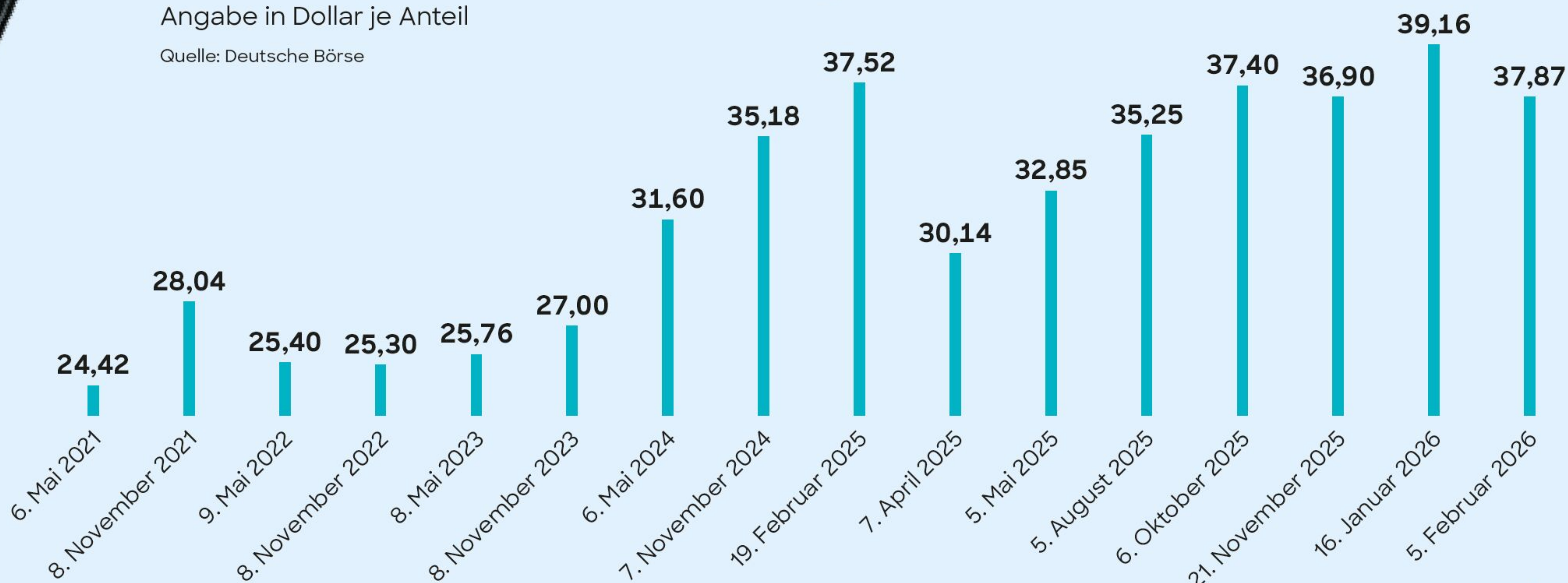
Generell gilt: Wer ruhiger schlafen möchte, sollte einen ETF mit möglichst geringer Schwankungsbreite suchen. Aber: Die Volatilität ist auch bei ETFs normal, sie spiegelt immer die Schwankungen an den Aktien-Märkten wider. Deshalb ist eine geringe Volatilität generell kein Qualitäts-Kriterium für einen ETF. Denn, auch wenn viele Sparer dies gerne vergessen: Auch ETFs schwanken – selbst extrem breite ETFs wie beim MSCI World (siehe unten).

Da aber beim ETF-Sparen die langfristige Geldanlage zählt, sollten zwischenzeitliche Schwankungen eigentlich keine Rolle spielen. Tun sie aber dennoch, weil natürlich viele Sparer regelmäßig den Stand ihrer Geldanlage kontrollieren – und bei größeren Schwankungen auch unruhig werden. Wer also möglichst geringe Schwankungen (Volatilität) möchte, sollte auf diese Kennziffer besonders achten. Mit welcher Volatilität Sparer rechnen müssen, das zeigen die Unterlagen des ETF-Anbieters. Angegeben wird, wie stark ein ETF (in % des Wertes) im Lauf eines Jahres geschwankt hat. ➤

Kräftiges Ab – und Auf

Auch vermeintlich sichere Geldanlagen können stärker schwanken – das zeigt beispielhaft der Kurs des HSBC MSCI World ETF in den letzten 5 Jahren. Auf längere Sicht lieferte der ETF stets eine gute Rendite. Angabe in Dollar je Anteil

Quelle: Deutsche Börse



Innerhalb weniger Tage kann es Kurs-Sprünge geben.

5. Drawdown

Generell gilt: Je kürzer eine Schwäche-Phase eines ETFs, desto besser. Aber: Selbst etwas längere Schwäche-Phasen sollten Sparer nicht an der langfristigen Richtigkeit einer ETF-Anlage zweifeln lassen. Denn – analog zur Volatilität (siehe vorige Seite) – auch wenn der Wert eines ETFs schwanken kann, im langjährigen Vergleich schlägt die Geldanlage in ETFs alle anderen Spar-Formen. Als Drawdown bezeichnen Finanz-Experten dabei die Zeitspanne einer Schwäche-Phase, also die Dauer bis zum einmal erreichten Kurs-Niveau. Dies ist vor allem wichtig, falls man sich das Geld zu einem fixen Termin wieder auszahlen lassen möchte. Letztlich bedeutet Drawdown dann: Kann man diese Zeit im Ernstfall „aussitzen“, bis sich die Kurse wieder erholt haben? Aber: Ähnlich wie bei der Rendite – Werte der Vergangenheit geben eine Orientierung, eine Gewähr für die zukünftige Wertentwicklung eines ETFs sind sie nicht.



„ETFs, die breit streuen, sind nach wie vor das Mittel der Wahl für den langfristigen Vermögensaufbau“

Thomas Hentschel, Verbraucherzentrale NRW

6. Klumpen-Risiko

Generell gilt: Je breiter ein ETF streut, desto besser. Aber: Selbst weltweit streuende ETFs haben ein Klumpen-Risiko. Heißt: Trotz breiter Streuung konzentriert sich die Geldanlage auf wenige Firmen bzw. auf ein Land (häufig die USA). Erkennbar ist ein Klumpen-Risiko nicht auf den ersten Blick. Heißt: ETF-Sparer sollten vor dem Kauf schauen, was die größten Einzelfirmen im ETF sind und welchen Anteil z. B. die 10 größten am Gesamt-ETF haben. Bei ETFs auf den MSCI World haben die 10 größten der insgesamt 1319 Firmen einen Anteil von 27 % – und 9 der 10 größten Firmen gehören zu amerikanischen Hightech-Firmen: NVIDIA, Apple, Microsoft, Amazon, Alphabet A + B, Broadcom, Meta, Tesla. Wer

nun, weil man die Geldanlage streuen will, zusätzlich einen amerikanischen S&P-500-ETF kauft, setzt im Kern auf die gleichen Firmen – die 10 größten S&P-500-Firmen sind die gleichen wie beim MSCI World. Und wer – aus Gründen der Streuung – nun auf einen ETF Emerging Markets setzt, erhöht die Abhängigkeit von Hightech. Denn in diesen ETFs dominieren TSMC, Tencent, Alibaba, Samsung, SK Hynix und Xiaomi, also asiatische Tech-Firmen. Daher: Immer Zusammensetzung eines ETFs betrachten – und teilweise bewusst Märkte ausklammern, um Risiken zu verringern, z. B. ETFs ohne USA.

7. Art der Replikation

Generell gilt: Ein ETF, der die Aktien selbst hält, ist etwas sicherer als ein ETF, der nur Kauf-Optionen hat. Aber: Bei der Rendite spielt dies keine Rolle. ETFs haben zwei Möglichkeiten, das Geld von Sparern anzulegen: Sie kaufen tatsächlich Aktien (und halten diese physisch) oder sie kaufen nur Optionen auf die Aktien (sog. Swap-Geschäfte) – sie besitzen die Aktien gar nicht, sondern nur das Recht, Aktien zu einem bestimmten Wert zu kaufen. Bei diesen ETFs gibt es deshalb den Hinweis „synthetisch“ bei der Replikations-Art. In der Theorie gelten „synthetische“ ETFs als weniger transparent, weil nicht genau nachvollzogen werden kann, wie der Aktien-Korb gebildet wird. Auf der anderen Seite haben „synthetische“ ETFs einen Vorteil – gerade in kleineren Aktien-Märkten ist es oft schwieriger und kostenintensiver, Aktien „physisch“ zu übertragen. Deshalb haben „synthetische“ ETFs, gerade für Schwellenländer oder bestimmte Branchen, etwas niedrigere Gebühren.

Günstige Banken & Broker

Diese Kosten entstehen für ETF-Sparer bei Banken, die generell günstige Konditionen haben, Angaben in Euro

Anbieter	Gratis-Depot	ETF-Einmal-Anlage	ETF-Sparplan *
Comdirect	teils	ab 9,90	1,5 %
Consors	ja	ab 9,95	0
DKB	teils	ab 10	1,50 %
Finanzen.net-zero	ja	0	0
Flatex	ja	5,90	0
Hypo	ja	ab 12	1,5 %
ING	ja	4,90	0
Postbank	ja	ab 9,95	0
S Broker	teils	ab 3,99	1,25 %
Scalable	ja	0,99	0
Smartbroker	ja	0	0
Targo	ja	ab 8,90	2,5 %
Trade Republic	ja	1,00	0
Traders Place	ja	0	0
1822direkt	ja	ab 9,90	1,5 %

* je Ausführung; Quelle: Eigene Recherche

Fallen beim Tagesgeld

Vielfach finden Sparer wieder annehmbare Zinsen bei Tages- und Festgeld. Aber: Viele Angebote sind nur auf den ersten Blick lukrativ. Deshalb sollten Sparer auf entscheidende Details achten.



Viele lukrative Tagesgeld-Zinsen gibt es im EU-Ausland.

Elementares Konto

- Ein Tagesgeld-Konto ist wichtig; und jeder sollte auch ein Tagesgeld-Konto haben.
- Aber: Auch wenn die Zinsen für Tagesgeld wieder gestiegen sind und gute Angebote (s. re.) auch wieder über der Inflationsrate liegen – ein Tagesgeld-Konto eignet sich nicht zum langfristigen Vermögens-Aufbau. Mehr noch: Bei den allermeisten Banken liegen die Zinsen unter der Inflationsrate, sodass Geld, das dort liegt, an Wert verliert.
- Geeignet ist ein Tagesgeld-Konto nur für den Notgroschen, also für plötzliche, unerwartete Ausgaben. Das heißt, als Tagesgeld sollten maximal zwei oder drei Monats-Einkünfte angelegt sein.

Viele Fallen

1. Aktuell liegt der Zins für Tagesgeld im Schnitt bei 0,6 bis 1,5 %. Aber: Die Banken unterscheiden bei Tagesgeld-Zinsen oft zwischen Neu- und Bestandskunden – neue Kunden erhalten bessere Konditionen. Wer höhere Zinsen will, muss meist bei einer neuen Bank ein Konto eröffnen.
2. Locken Banken mit attraktiven Tagesgeld-Zinsen, sind diese oft nur für wenige Monate garantiert (s. o.) – danach gibt es deutlich weniger. Bei 1822direkt gibt es den lukrativen Zins von 2,55 % p. a. nur sechs Monate lang, danach mickrige 0,6 % p. a.; bei der VR-Bank Niederbayern-Oberpfalz ist der Rückschritt noch drastischer: Von 2,02 % p. a. fällt der Zins nach 9 Monaten auf schlimms-

Die besten Angebote

Attraktive Zinsen für Tagesgeld haben aktuell diese Banken. Angaben in % p. a.

Bank	Einlagen-sicherung	Kontakt	Beson-derheiten	Zins	Zins ga-rantiert in Monaten	Zins danach
Suresse Direkt	SP	Suressedirektbank.de	-	3,04	4	1,9
TF Bank	S	Tfbank.de	-	2,84	4	1,45
Volkswagen	D	Volkswagenbank.de	-	2,78	6	1,0
1822direkt	D	1822direkt.de	-	2,55	6	0,6
finvesto	D	Finvesto.de	-	2,52	3	0,75
Ascory	D	Ascory-bank.de	M: 2.500	2,3/2,0 *	-	-
Ayvens	NL	Ayvens-bank.de	-	2,3	-	-
VR Niederbay-ern-Oberpfalz	D	Meine-bank-no.de	-	2,02	9	0,05 - 1,0
BluOr	Lettland	Raisin.com	QS	2,01	-	-
Yapı Kredi	D	Yapikredi.de	-	2,0	-	-

* ab 1.4.2026; M: Mindestanlagesumme; QS: ausländische Quellensteuer

- tenfalls 0,05 % (je nach Anlage-summe). Heißt: Wer aufs Jahr ge-rechnet mehr will als die Inflations-rate, muss immer wieder wechseln.
3. Auch wenn der gute Tagesgeld-Zins nicht befristet ist – eine Garantie, dass es den Zins längerfris-tig gibt, ist das nicht. Denn eine Bank kann die Tagesgeld-Zinsen täglich ändern. Und: Es wird immer eine Bank geben, die ein Zehntel-Prozent mehr Zins zahlt. Wer also täglich Konditionen vergleicht, macht sich nur Stress. Es reicht, wenn man ein-mal im Vierteljahr die Konditionen am Markt prüft und nur wechselt, wenn ein größerer Zins-Sprung mög-lich ist, z. B. 0,5 %.
 4. Einige Banken bieten gute Ta-gesgeld-Zinsen nur, wenn dort auch ein Giro-Konto eröffnet wird – was meist zusätzliche Kosten verur-sacht. Generell sollte man stets ein

- möglichst kostengünstiges Giro-Konto haben. Es lohnt aber nur, Ta-gesgeld und Giro-Konto zu verknüp-fen, wenn daraus auf Dauer (!) ein fi-nanzieller Vorteil entsteht.
5. Vielfach gibt es einen guten Ta-gesgeld-Zins nur, wenn entwe-der ein bestimmter Mindestbetrag angelegt wird (s. o.). Schamlos wer-ben Banken z. B. „bis zu xx Prozent“ – diesen Zins gibt es dann aber nur bei einer Anlagesumme von 50.000 oder 100.000 Euro. Heißt: Aufmerk-sam das Kleingedruckte lesen.
 6. Schließlich ist auch wichtig, wie die Zinsen tatsächlich dem Tagesgeld-Konto gutgeschrieben werden. Gut ist, wenn dies monatlich geschieht, weil dann über die Anlage-dauer der Zinseszins-Effekt beson-ders wirkt. Weniger gut ist, wenn die Zinsen nur einmal am Jahresende gebucht werden.



Viele gesetzliche Krankenkassen übernehmen oder beteiligen sich auch an Yoga-Kursen...

Große Krankenkassen oft teurer
Mitglieder in Mio. / Zusatzbeitrag in %



12,3 / 2,69

BARMER

8,2 / 3,92

Viel Geld bei der Krankenkasse sparen

Drastisch erhöht haben viele Kassen ihre Beiträge – weitere Erhöhungen sind angekündigt. Daher jetzt prüfen, wie gut das Preis-Leistungs-Verhältnis der eigenen Kasse ist – und wie viel beim Wechsel gespart werden kann. Das ist oft erstaunlich viel...

1. Gleiche Leistungen, unterschiedliche Preise

Generell gilt: Alle gesetzlichen Krankenkassen müssen die gleiche Grundversorgung anbieten. Das ist gesetzlich festgeschrieben. Das heißt auch: Mehr als 95 % aller Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen sind identisch. Allerdings sind die Preise, also die Krankenkassen-Beiträge, sehr unterschiedlich. Und da jeder gesetzlich Versicherte, egal ob Arbeitnehmer oder Rentner, mindestens die Hälfte des Beitrags selbst zahlen muss – viele sogar mehr als die Hälfte –, ist der gesamte Beitragsatz ein wichtiges Entscheidungskriterium für oder gegen eine bestimmte Krankenkasse.

2. Zusatz-Beitrag der Kasse ist entscheidend

Der Gesamtbeitrag einer Krankenkasse besteht aus zwei Teilen:

- Der gesetzliche Beitrag ist bei allen Kassen gleich – 14,6 %.
- Dazu kommt ein Zusatzbeitrag; dieser wird von jeder Kasse festgelegt. Günstig sind aktuell 2,2 bis 2,5 Prozentpunkte, teuer über 4 Prozentpunkte (siehe nächste Seite).

3. Kleine Beitrags-Veränderung, große Wirkung

Auch wenn man glaubt, das seien nur kleine Beitrags-Unterschiede – die Wirkung auf Netto-Gehalt bzw. -Rente sind enorm:

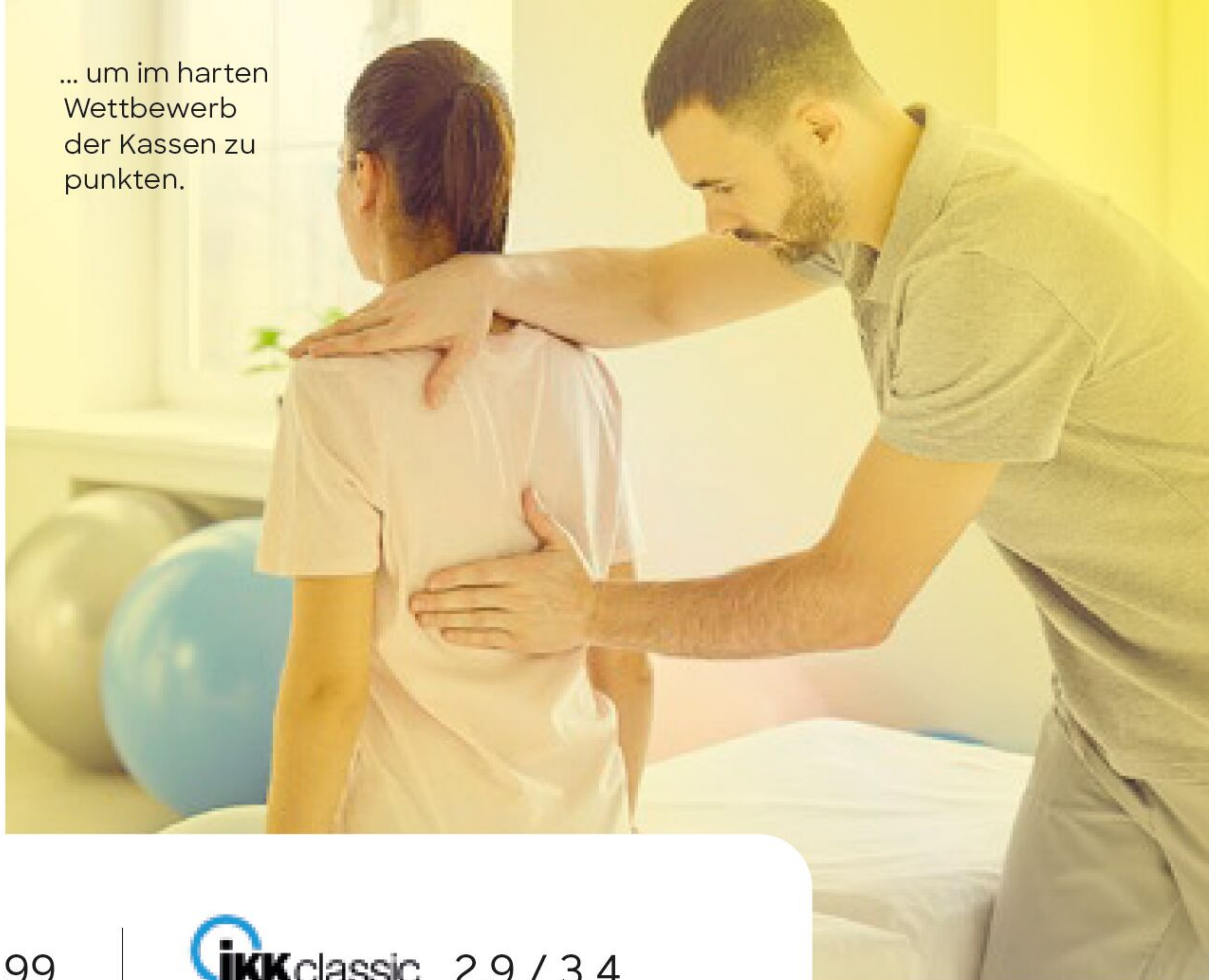
- Ein Berufs-Einsteiger mit 3.500 Euro brutto wechselt zu einer Kasse mit 1 % geringerem Beitragssatz – Ersparnis: 210 Euro im Jahr.
- Ein Gutverdiener mit einem Gehalt über der Beitragsbemessungsgrenze (5.812,50 Euro Bruttogehalt) spart leicht mehr als 300 Euro.
- Eine Witwe, die neben ihrer gesetzlichen Rente (1.200 Euro) auch Witwenrente (650 Euro) und eine Betriebsrente (260 Euro) erhält, spart gut 130 Euro.

4. Jeder darf Krankenkasse wechseln

Grundsätzlich haben gesetzliche Krankenkassen eine Aufnahme-pflicht. Heißt: Wer bisher in einer gesetzlichen Kasse versichert ist, darf



oder alternativen Heilmethoden wie Akupunktur oder Massagen ...



... um im harten Wettbewerb der Kassen zu punkten.



5,4 / 3,2



4,6 / 2,99



2,9 / 3,4

Quelle: Eigene Recherche

jederzeit zu einer anderen gesetzlichen Kasse wechseln. Gesundheitszustand, Vorerkrankungen, absehbare Behandlungen, Alter, aber auch gezahlte Beiträge spielen keine Rolle. Selbst chronisch kranke Rentner oder Familienversicherte, die vergleichsweise hohe Kosten verursachen, können genauso wechseln. Der Wechsel selbst ist sehr einfach:

- Neue Krankenkasse auswählen.
- Aufnahme-Antrag unterschreiben, das geht auch online.
- Neue Krankenkasse kümmert sich dann um den Rest.
- Arbeitgeber bzw. Rentenkasse dann neue Krankenkasse und dortigen Versicherungsbeginn mitteilen.

Voraussetzung für einen Wechsel ist, dass man mindestens 12 Monate bei der bisherigen Krankenkasse versichert war. Es gilt eine Kündigungsfrist von zwei Monaten zum Monatsende. Das heißt: Wer bis Ende Mai bei der bisherigen Kasse kündigt, ist ab 1. August bei der neuen Kasse versichert. Erhöht die bisherige Krankenkasse den Beitrag, dann greift sogar ein Sonderkündigungsrecht.

5. Leistungs-Unterschiede erkennen

Obwohl die allermeisten Leistungen aller gesetzlichen Kassen gleich sind, gibt es doch ein paar Unterschiede.

Deshalb vor einem Wechsel die individuellen Leistungen der Kassen vergleichen. Dazu gehören:

- Werden auch alternative Heilmethoden (z. B. Akupunktur, Akupressur, Osteopathie) bezahlt? Sind diese Leistungen für einen wichtig?
- Werden zusätzliche Vorsorge-Untersuchungen übernommen, die sonst privat gezahlt werden müssen, z. B. professionelle Zahn-Reinigung?
- Gibt es Bonus-Programme, die z. B. gesundheitliches Verhalten belohnen?
- Welcher Art ist das Bonus-Programm – Geld zurück oder Gratis-Extras (Sportschuhe, Fahrrad-Helm etc.)? Werden die Extras benötigt?
- Wird das Extra komplett bezahlt oder gibt es nur einen Zuschuss?

Wichtig dabei: Jede Krankenkasse rühmt sich, Extras zu bezahlen. Fraglich ist immer, ob man diese

in der Vergangenheit genutzt hat, wie z. B. Zuschuss zum Fitness-Studio. Beim Vergleichen der Leistungen auch prüfen, wie oft die Extras gewährt werden – einmalig oder dauerhaft? Oft ist es nämlich sinnvoller, manche Dinge einmal selbst zu übernehmen, statt Monat für Monat mehr netto zu haben.

6. Dann lohnt der Wechsel besonders

Grundsätzlich lohnt der Wechsel zu einer günstigeren Krankenkasse immer, weil immer etwas gespart wird.

Aber da die Beiträge (anders als bei Privatversicherten) prozentual vom Einkommen berechnet werden, ist ein Wechsel besonders lukrativ für

- Gutverdiener – berechnet werden Krankenkasse-Beiträge bis zur Beitragsbemessungsgrenze; die liegt 2026 bei einem Monatsverdienst von 5.812,50 Euro brutto. Wer mehr verdient, zahlt für das darüber liegende Einkommen keine Beiträge mehr.

- Rentner – diese haben häufig mehrere Einkunftsarten und zahlen deshalb zwei-, drei- oder vierfache Krankenkassen-Beiträge. Erschwerend kommt bei Rentnern dazu, dass die Rentenversicherung nur bei gesetzlichen Renten (normale Altersrente bzw. Witwen-Rente) die Hälfte des Beitrags übernimmt; bei allen anderen Einkünften, zum Beispiel



„Wer die einzelnen Krankenkassen vergleicht, sollte nicht nur auf den Beitragssatz, sondern auch auf die Leistungen achten“

Andreas Strom, Vorstand DAK-Gesundheit

Betriebsrente, ausgezahlte Direktversicherung, müssen Rentner die kompletten Beiträge allein zahlen. (Wichtig bei Betriebsrenten: Hier gibt es einen Freibetrag: 197,25 Euro im Monat.)

► Rentner, die freiwillig gesetzlich krankenversichert sind. Denn sie zahlen auf alle Einkünfte im Alter Krankenkassen-Beiträge, also auch auf Zins- oder Miet-Einnahmen.

7. Und wann ist ein Wechsel weniger sinnvoll?

Einen wirklichen Grund gegen einen Wechsel gibt es nicht. Allerdings sollten alle, die bereits eine länger andauernde Maßnahme der bisherigen Krankenkasse genehmigt bekommen haben, genau prüfen, ob auch die neue Krankenkasse dies so genehmigt. Das gilt z. B.

► für eine bewilligte Reha. Wahrscheinlich ist, dass sonst ein neuer Reha-Antrag gestellt werden müsste.

► für eine Psycho-Therapie. Zwar gibt es diverse Urteile, dass der Krankenkassen-Wechsel nicht zur Verzögerung des Behandlungs-Erfolgs führen dürfe, gleichwohl dies mit der neuen Kasse vorab abklären.

► wenn die alte Kasse Hilfsmittel (Rollstuhl, Hörgerät oder Pflegebett) bezahlt. Dann müssen bei der neuen Kasse Hilfsmittel neu beantragt werden, damit es keine Phase ohne Hilfsmittel gibt. Denn Kassen arbeiten mit unterschiedlichen Dienstleistern (z. B. Sanitätshäusern) zusammen.

Auch Homöopathie (hier: Globuli) wird von einigen Kassen teilweise übernommen.



Die günstigsten Krankenkassen

Große Unterschiede zeigen, dass sich viel Geld sparen lässt

Bundesweit offene Kassen

Krankenkasse	Beitrag in %	Veränderung zu 2025 *
BKK firmus	16,78	0
TUI BKK	17,1	0
hkk	17,19	+ 0,4
Audi BKK	17,2	+ 0,2
Techniker	17,29	+ 0,24
WMF BKK	17,45	+ 0,4
HEK	17,49	+ 0,39
BKK Linde	17,59	0
DAK	17,8	+ 0,4
Bertelsmann BKK	17,8	0
Barmer	17,89	0
Salus BKK	17,89	+ 0,3
Continental BKK	17,93	0
IKK gesund plus	17,99	0
IKK classic	18,0	stabil
BKK Gildemeister	18,0	0
R+V BKK	18,09	+ 0,53
mkk – meine Krankenkasse	18,1	0
Novitas BKK	18,2	+ 0,62
Bahn BKK	18,25	+ 0,25
Zum Vergleich		
IKK	18,9	0
Knappschaft	18,9	- 0,1
BKK 24	18,99	0

Regionale Krankenkassen

Krankenkasse	Region **	Beitrag in %	Veränderung zu 2025 *
AOK Rheinland-Pfalz/Saar	s. li.	17,07	0
BKK Faber-Castell	By	17,08	+ 0,3
BKK Public	HH, Ni, NRW (Nordrhein)	17,1	+ 0,2
AOK Bayern	s. li.	17,29	0
BKK Pfaff	RP	17,38	0
BKK SBH	BW	17,39	0
AOK Sachsen-Anhalt	s. li.	17,49	+ 0,39
AOK Niedersachsen	s. li.	17,58	+ 0,28
SKD BKK	West-Bundesländer	17,58	+ 0,5
AOK Hessen	s. li.	17,58	+ 0,49
AOK Nord-West	NRW (Westfalen), SH	17,59	+ 0,2
AOK Baden-Württemberg	s. li.	17,59	+ 0,39
BKK Freudenberg	BW, By, B, He, Ni, NRW, RP, Sa	17,59	+ 0,5
AOK plus	Sa, Th	17,7	0
Zum Vergleich			
IKK Brandenburg/Berlin	s. li.	18,95	0
BKK Werra-Meissner	By, He	18,95	+ 0,96
BKK Herkules	By, He, Ni	18,98	0

* in Prozentpunkten
** B: Berlin; Br: Brandenburg; By: Bayern; BW: Baden-Württemberg; HB: Bremen; HH: Hamburg; He: Hessen; MV: Mecklenburg-Vorpommern; Ni: Niedersachsen; NRW: Nordrhein-Westfalen; RP: Rheinland-Pfalz; Saa: Saarland; Sa: Sachsen; SH: Schleswig-Holstein; SA: Sachsen-Anhalt; Th: Thüringen

Z

E

B

E

G

S

U

A

**Der Tipp****Wechseln, wechseln, wechseln!**

Es ist leider so: Ob Versicherung, Strom-Anbieter oder Krankenkasse – langjährige Vertragstreue wird meist nicht honoriert. Das heißt: Alle regelmäßigen Ausgaben bzw. Verträge sollten mindestens einmal im Jahr kontrolliert werden, ob sie in der bisherigen Form noch notwendig sind bzw. ob es für die gleiche Leistung nicht günstigere Angebote gibt. Und die gibt es in der Regel immer!

Deshalb gilt:

- ▶ Kontinuierlich alle Verträge für Versicherungen, Strom, Gas, Internet, Handy, Krankenkasse, aber auch Tages-, Festgeld- und Giro-Konten oder Streaming-Dienste checken.
- ▶ Hilfreich sind Vergleichsseiten im Internet wie Check24, Verivox, FMH oder Biallo. Mit wenigen Klicks wird sichtbar, wie viel bei welchen Ausgaben gespart werden kann.
- ▶ Konsequenz zu Anbietern mit besserem Preis-Leistungs-Verhältnis wechseln – meist ist das über die Vergleichsseiten möglich. Denn nichts wirkt sich stärker aufs eigene Budget aus als Geld, das man gar nicht ausgegeben hat.
- ▶ Nach jedem Wechsel im (Handy-) Kalender das Vertragsende bzw. den Kündigungstermin eintragen, damit man nicht vergisst, wieder zu vergleichen und erneut zu wechseln.



Tausende Euro mehr

Auch wenn man noch so aufmerksam mit dem eigenen Geld umgeht: Jeder gibt an vielen Stellen unbemerkt zu viel aus. Und diese versteckten, oft kaum registrierten Mehr-Ausgaben summieren sich. Deshalb ist es sinnvoll, wenigstens einmal im Jahr nach diesen versteckten Ausgaben zu fahnden – und diese zu stoppen.



Auch diese Tipps bringen viel Geld

Ausgaben verstecken sich auch dort, wo man sie zuerst gar nicht vermutet, wie diese Beispiele zeigen.

► Viele sind Mitglied in einem Mieterverein oder in einer Gewerkschaft und haben im Streitfall günstigen Rechtsschutz. Doch ist dann noch eine Extra-Rechtsschutz-Versicherung nötig?

► Eine Reise-Kranken-Versicherung ist wichtig. Häufig ist aber ein Jahresvertrag günstiger als ein Einzel-Vertrag für jede Reise, selbst wenn man in einem Jahr mal weniger auf Reisen war als geplant.

► Viele Haushalte haben zu große Abfall-Tonnen. Konsequenter Müll vermeiden und trennen führt dazu, dass auch eine 80-Liter-Tonne statt 120- oder 240-Liter-Tonne ausreicht. Austausch einer Tonne beim örtli-

1. Ausgaben analysieren

Wer wissen möchte, wo das eigene Geld bleibt und welche versteckten Ausgaben es gibt, sollte einige Zeit genau notieren, wofür es im Detail ausgegeben wurde.

- Und so gehen Sie vor:
- Notieren Sie drei Monate absolut exakt, wofür Sie Geld ausgeben.
 - Die jeweiligen monatlichen Summen werden in die Tabelle rechts eingetragen. Die Einordnung der Tabelle hilft, die Ausgaben zuzuordnen.
 - Idealerweise für jeden Ausgaben-Block, also z. B. Wohnen, Ernährung, Körperpflege, ein einzelnes Blatt pro Monat auf Papier anlegen oder eine Datei im Handy vorbereiten.
 - Bei jedem Einkauf einen Beleg geben lassen, damit man es zu Hause nachvollziehen und zuordnen kann.
 - Einmal pro Woche alle Konto-Auszüge ausdrucken und abheften.
 - Nun einmal pro Woche die ausgegebenen Beträge (auch die vom Konto-Auszug) in die Tabelle (siehe rechts) eintragen.
 - Nach drei Monaten hat man einen prima Überblick über die Ausgaben.
 - Generell gilt: Es gibt verschiedene Arten von versteckten Ausgaben:
 - Die dauerhaften Ausgaben, z. B. für Strom oder Handy – man registriert zwar die Richtigkeit der Abbuchung, prüft aber

- gar nicht mehr, ob das jeweils wirklich noch der günstigste Preis ist.
- Man kauft aus Gewohnheit immer in den gleichen Läden bzw. die gleichen Produkte, ohne zu prüfen, ob es nicht genauso gute Alternativen gibt, die günstiger sind.
 - Viele kleinere Ausgaben tauchen oft nur einmal im Jahr auf. Typisch sind bestimmte, kleinere Versicherungen oder Mitgliedschaften in Vereinen. Jedes Mal, wenn man den Konto-Auszug sieht, nimmt man sich vor, sich zu kümmern und zu kündigen, vergisst es aber wieder, bevor dann im Folgejahr die kleine Abbuchung erneut erfolgt.
- Und wichtig ist schließlich, dass man die eigenen Finanzen sauber geordnet hat. Das heißt, dass kurzfristiges Sparen bzw. Geldanlegen vom Girokonto getrennt sind – das 4-Konten-Modell (siehe FINANZplus 2/2026): als Zentrale ein günstiges Giro-Konto; für Notfälle ein Tagesgeld-Konto, für den Vermögensaufbau einen ETF-Sparplan, für Investitionen (Auto, Urlaub, Reise) ein eigenes Konto (ETF oder Festgeld). ■

chen Entsorger einfach per Mail beantragen – spart schnell 100 oder 200 Euro im Jahr.

► Geld für Mineralwasser ausgeben? Völlig unnötig. Leitungswasser ist in Deutschland eines der besten Lebensmittel über-

haupt und extrem gut kontrolliert, weshalb auch viele Wässer im Supermarkt aus dem Wasserhahn stammen, sofern auf dem Etikett keine exakte Quelle genannt wird. Deshalb: Wasser aus der Leitung in eine

Karaffe füllen, eine Zitronen-Scheibe dazu, fertig. Spart fast 300 Euro im Jahr. Vorsicht: In der Werbung wird das Aufsprudeln von Leitungswasser als „sparsam“ dargestellt. Ist es nicht. Sprudler kosten schnell 30 oder 40

Euro und ein Gaszylinder 6 oder 8 Euro. Wer den Jahresverbrauch sprudelt, landet bei 150 Euro (bei 2 Litern je Tag) plus Geräte und Gas.

So behalten Sie den Überblick

Diese Tabelle hilft, Ausgaben zuzuordnen und genauer zu erkennen, wofür man Geld ausgibt.

	Ausgaben
Wohnen	
Kaltmiete	
Heizenergie	
Strom	
Instandhaltung	
Einrichtung	
Kredite	
Hauswirtschaft	
Hausrat	
Reinigen, Waschen	
Blumen, Garten	
Haustiere	
Reparaturen	
Hilfe im Haushalt	
Ernährung	
Lebensmittel	
Alkohol, Tabak	
Außer Haus	
Körper & Gesundheit	
Verbrauchsgüter	
Friseur, Sauna	
Arzneimittel	
Ärzte, Kliniken	
Ausstattung	
Bekleidung, Accessoires	
Reinigen, Reparatur	
Mobilität	
ÖPNV	
Auto, Rad	
Reparaturen	
Versicherung	
Kommunikation	
TV (inkl. GEZ)	
Telefon, Internet	
Büromaterial	
Freizeit	
Studien-, Kursgebühren	
Mitgliedsbeiträge	
Medien	
Eintrittsgelder	
Urlaub	
Betreuung, Pflege	
Kinderbetreuung	
Altenpflege	
Gesamt	
Geld	
Gebühren, Konten	
Spenden	
Geschenke	
Versicherung	
Gesamt-Ausgaben	

2. Gewohnheiten ändern

Häufig gibt man Geld für Dinge aus, weil man dies immer so getan hat – auch das sind unnötige versteckte Ausgaben. Heißt aber auch, wer das eigene Verhalten auch nur ein bisschen ändert, kann leicht sehr viel Geld sparen.

- Immer und überall über Preise verhandeln: nicht nur bei Handwerkern, sondern auch beim Einkauf von Möbeln, Elektro-Geräten, Mode oder Wein. Wegen des Wettbewerbs bzw. Preis-Drucks geben Händler lieber Rabatt, als gar nichts zu verkaufen.
- Bei allen größeren Einkäufen, Anschaffungen oder Ausgaben immer vorher Preis-Portale nutzen, um zu wissen, was aktuell der günstigste Preis für das gesuchte Produkt ist. Gute Portale sind: Check24, Verivox, Tarifcheck, vergleich.de, preisvergleich.de oder billiger.de. Entweder dann über das Portal kaufen oder mit dem Preis im Hinterkopf mit dem örtlichen Händler verhandeln.
- Immer Stiftung Warentest nutzen. Marken-Produkte sind zwar oft auch gut; aber immer wieder überraschen in Tests No-Name-Produkte, die nur einen Bruchteil kosten. Deshalb konsequent Test und Finanztest lesen – die Hefte können gratis in vielen Bibliotheken gelesen werden.
- Finger weg von „to go“. Alles, was man schnell unterwegs zum Essen oder Trinken kauft, ist vergleichsweise teuer. Lieber zu Hause Kaffee in einen Thermo-Becher füllen oder

- die Butterbrot-Dose aktivieren.
- Geld für Mineralwasser ausgeben? Völlig unnötig. Das Wasser aus der Leitung ist prima, wird gut kontrolliert. Wer bisher z. B. als Paar eine Kiste Wasser (12 x 0,7 l) pro Woche verbrauchte, spart 260 Euro im Jahr.
- Außer einer Immobilie (und evtl. Auto) nichts auf Raten kaufen. Fast immer zahlt man beim Ratenkauf deutlich mehr, auch weil man keine Rabatte beim Kauf erhält.
- Reparieren statt neu kaufen. Viele Dinge können repariert werden, auch wenn es nicht so scheint. Wer es nicht selbst kann, sollte ein Repair-Café aufsuchen, die es in fast allen größeren Orten gibt. Dort reparieren ehrenamtliche Helfer Alltagsdinge.
- Muss es immer neu sein? In Sozial-Kaufhäusern und Secondhand-Läden finden sich viele Dinge (teilweise fabrikneu) für sehr wenig Geld.
- Muss es wirklich immer das aktuellste Modell sein? Ob Computer, Handy, Waschmaschine, E-Herd oder Unterhaltungselektronik – die Vorjahres-Modelle sind deutlich günstiger. Preis-Vorteil: leicht 30 %
- Antizyklisch kaufen: Fast alle Produkte haben saisonale Preis-Schwan-

kungen. Deshalb Dinge dann kaufen, wenn sie keine Saison haben (siehe Übersicht unten) – Rasenmäher also im Herbst, Möbel im Sommer, Weihnachtskugeln im Januar. Ersparnis: jeweils gut 50 %.

Was ist wann günstiger?

Monat	Beste Zeit für ...
Januar	Weihnachts-Deko, Hemden, Krawatten, Winter- u. Festtags-Kleidung, Unterhaltungselektronik, Spielzeug, Fahrrad, Outdoor-Geräte, Uhren, Schmuck, teure Haushaltsgeräte
Februar	Alkohol, Urlaubs-Utensilien (Koffer, Badelatschen usw.), Wassersport, Sport, Bekleidung, schweres Garten-Gerät (Motorsägen, Ast-Scheren, Häcksler)
März	Kamin-Öfen, Heizlüfter, Daunendecken, Möbel (Sofa, Sessel), Winterkleidung, Süßkram (nach Ostern)
April	Ski (Winter-Ausrüstung), Winterreifen, Autofelgen, Streusalz, Kaffeemaschinen, Beleuchtung
Mai	Taschenbücher, DVDs & Co., Schulbedarf, TV, Hi-Fi, Sat-Schüssel
Juni	Smartphones, Tablets, Indoor-Sport (Ergometer usw.), Wäschetrockner
Juli	Kostüme (Fasching, Karneval, Halloween), Sommer-Kleidung, Innen-Ausbau (Fliesen), Bad-Armaturen
August	Regionale Früchte (es ist Hochsaison ...), Garten-Grill und -einrichtung (Stühle, Liegen)
September	Garten-Werkzeug, Bewässerungstechnik, Dünger, Outdoor-Möbel, Topfpflanzen
Oktober	Camping-Bedarf, alles zum Einmachen (weil die Saison vorbei ist), Unterhaltungselektronik, Sommerreifen, Foto-Kameras
November	Klima-Anlagen, Ventilatoren, Kühlschränke, Gefriertruhen, Heimwerker-Bedarf, Übergangs-Mode, Küchengeräte
Dezember	Nichts. Wegen Weihnachten und Geschenken werden überall die Preise angehoben.

► Ob Auto, Computer, Waschmaschine, E-Herd oder Unterhaltungselektronik – ständig gibt es neue Modelle, teils mehrmals im Jahr. Deshalb öfter nach dem Modell aus dem letzten Jahr

fragen, die sind viel günstiger; Garantie und Gewährleistung sind identisch. Und bei Autos auf Vorführwagen, Tages-Zulassungen oder Re-Importe aus dem EU-Ausland achten – das spart Tausende Euro.

► Strom ist sehr teuer geworden. Und viele Geräte verbrauchen Strom, auch wenn sie gar nicht angeschaltet sind, wie Fernseher, Bluetooth-Lautsprecher, Akku-Telefon, Spiele-Konsolen.

Als Anhaltspunkt für diese versteckten Stand-by-Ausgaben: Ein TV-Gerät verbraucht 15 Watt Strom pro Stunde – angenommen man schaut 3 Stunden pro Tag fern, der Fernseher verbraucht in den

3. Dauer-Ausgaben reduzieren

Ob Strom oder Versicherung, Giro-Konto oder Handy-Vertrag: Viele Dinge schließt man einmal ab – und kümmert sich dann nicht mehr drum. Ein großer Fehler, denn auch so entstehen versteckte Ausgaben.

Generell gilt: Es darf keine Ausgabe mehr geben, die nicht mindestens alle 6 Monate überprüft wird. Das heißt, man vergleicht, ob es diese dauerhaft notwendige Ausgabe nicht auch günstiger gibt. Denn gerade die dauerhaften Ausgaben, die monatlich vom Konto abgebucht werden, verschlingen viel Geld, werden aber selten geprüft. Im Detail:

- Verträge für Internet und Handy alle 6 Monate checken, weil es hier sehr viel Bewegung bei den Preisen gibt (Wettbewerb der Anbieter).
- Alle 12 Monate die Verträge für Gas und Strom, aber auch für Giro-Konto vergleichen.
- Ebenfalls mindestens einmal jährlich alle Abo-Verträge prüfen. Geht man wirklich so oft ins Fitness-Studio, dass ein Monats-Abo lohnt? Oder wäre zum Beispiel eine Zehner-Karte günstiger? Oder noch besser beim örtlichen Sportverein anmelden, die oft auch super ausgerüstete Fitness-Räume haben.
- Ebenfalls einmal jährlich die Beiträge und Leistungen der Krankenkasse (siehe Seite 18) checken, besonders den Zusatz-Beitrag. Der Wechsel zu einer gesetzlichen Kasse

- mit geringerem Zusatz-Beitrag bringt leicht einige Hundert Euro mehr Netto-Einkommen.
- Ist das Netflix-, Amazon-Prime- oder große Telekom-Magenta-Abo wirklich nötig? Oft gibt es bei Streaming-Diensten auch günstigere Varianten, z. B. mit Werbung – auch das spart viel Geld übers Jahr.
 - Alle unnützen Versicherungen kündigen: Das sind z. B. Policen für Glas, Handy, Brille, Reisegepäck, Krankenhaus-Tagegeld, Tier-Krankheit, Restschuld oder Ausbildung.
 - Ernsthaft prüfen, ob bestimmte Versicherungen nicht gekündigt werden können (meist ist das so), z. B. Hausrat, Kinder-Invalidität, Pflege- oder Kranken-Zusatz oder Unfall.
 - Wirklich notwendig sind nur diese Versicherungen: Haftpflicht, Hunde-Haftpflicht (für Tierhalter), Wohngebäude (für Immobilien-Besitzer), Berufsunfähigkeit (für Jüngere), Auslandsreise-Kranken (auf Reisen) sowie Risiko-Leben (für Alleinverdiener und bei einem Immobilien-Kredit). Bei diesen Versicherungen aber konsequent nach den günstigsten Anbietern schauen – und dorthin wechseln.

Ihre Ausgaben aus der Tabelle (S. 23) übernehmen, Prozent-Anteile errechnen und hier eintragen.



Vergleichen Sie mal...

Dafür geben die Bundesbürger im Schnitt ihr Geld aus, Angaben in %

	Familie	Rentner	Ihre Ausgaben *
Wohnen	26	14	
Hauswirtschaft	4	5	
Ernährung	21	23	
Körper & Gesundheit	4	7	
Ausstattung	6	4	
Mobilität	15	13	
Kommunikation	3	4	
Freizeit & Schule	15	18	
Betreuung & Pflege	1	4	
Geld	5	8	

Quelle: Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh)
* aus der Tabelle S. 23 übernehmen, Prozent-Anteile errechnen und eintragen



Immer Preise vergleichen

Gute Noten bei Verbrauchern erhielten diese Portale:

Anbieter	Bewertung *
CHECK24	6,46
Verivox	6,39
Tarifcheck	6,14
vergleich.de	6,08
preisvergleich.de	6,08
billiger.de	5,97

Quelle: Deutsche Gesellschaft für Verbraucherstudien (DtGV)
* auf einer Skala von 1 (äußerst unzufrieden) bis 8 (äußerst zufrieden)

restlichen 21 Stunden zusätzlich 315 Watt – bei 0,40 Cent je kWh sind das fast 50 Euro im Jahr. Deshalb: Bei allen Geräten, die einen Stand-by-Modus haben, Stecker ziehen.

- Alte E-Geräte austauschen. Alte Kühlschränke, Waschmaschinen, Gefrier-Kombis, Geschirrspüler, aber auch Umwälzpumpen verbrauchen sehr viel mehr Strom als neue Geräte; eine 15 Jahre alte Kühl-

Gefrier-Kombi z. B. 450 Kilowattstunden pro Jahr; ein neues A+++-Gerät ungefähr 150 kWh – Ersparnis gut 120 Euro pro Jahr.

- Beim Kühlschrank erhöht jedes Grad mehr Kälte den Strom-Verbrauch um 6 %. Deshalb: 8 Grad im Kühlschrank reichen.

- Einkaufszettel schreiben. Jeder wirft jedes Jahr 75 Kilo Lebensmittel weg – das entspricht einem vollen, großen Einkaufswagen im Wert von 234 Euro pro Person.

Der einfachste Weg, das zu vermeiden: Einkaufszettel – nichts wird vergessen, Spontan-Käufe unterbleiben.



Wer Geld anlegt, sollte nicht nur auf die Zinsen, sondern auch auf die Kosten achten.

Wenige Prozent summieren sich gewaltig

Je länger eine Geldanlage dauert, desto stärker wirken sich die Kosten aus, weil Gewinne reduziert werden. Angaben in %

Kosten in % pro Jahr	Spardauer in Jahren			
	10	20	30	40
Bei Einmal-Anlage				
0	0	0	0	0
0,3	-6,0	-7,9	-9,9	-12,1
0,6	-11,9	-15,3	-19,0	-22,9
0,9	-17,6	-22,3	-27,3	-32,5
1,2	-23,1	-28,9	-35,0	-41,0
1,5	-28,5	-35,2	-42,0	-48,6
1,8	-33,8	-41,1	-48,4	-55,3
Bei einem Sparplan				
0	0	0	0	0
0,3	-5,5	-6,8	-8,3	-10,0
0,6	-10,9	-13,3	-16,0	-19,1
0,9	-16,2	-19,5	-23,3	-27,4
1,2	-21,4	-25,5	-30,1	-35,0
1,5	-26,5	-31,3	-36,4	-41,9
1,8	-31,5	-36,8	-42,4	-48,3

Quelle: VZ Vermögenszentrum

Beim Sparen auf die Kosten achten

Wer Geld anlegt, will eine gute Rendite. Doch die hängt maßgeblich von den Kosten ab. Wer falsch entscheidet, verliert schnell bis zu 50 % der möglichen Rendite.

1. Generell gilt

Grundsätzlich gilt: Jede Geldanlage kostet etwas – tatsächliche Gebühren oder eine geringere Rendite. Das gilt auch für Tages- oder Festgeld, das von Banken gerne als kostenlose Geldanlage beworben wird – hier ist in der Regel ein Giro-Konto nötig (mit Kosten). Oder aber die Verzinsung liegt gerade auf Höhe der Inflationsrate, sodass am Ende maximal der Wert-Erhalt des angelegten Geldes steht, aber keine Vermehrung.

2. Günstigere Anbieter

Zweiter wichtiger Punkt, den man verinnerlichen sollte: Noch nie waren die Kosten-Unterschiede zwischen den Banken so groß bzw. der Wettbewerb über die Kosten so hart.


Das heißt: Es gibt bei fast allen Arten der Geldanlage inzwischen sehr günstige, teilweise sogar Gratis-Angebote, aber auch sehr teure. Das Vergleichen lohnt sich also. Und selbst minimale Kosten-Unterschiede summieren sich über die Jahre zu gewaltigen Einbußen (s. o.). Denn auch bei den Kosten gilt der Zinses-Zins-Effekt – je länger die Geldanlage dauert, desto mehr schaukeln sich die Kosten hoch. Wer z. B. einen Sparplan über 20 Jahre plant und bei der einen Bank Kosten von 0,6 % pro Jahr hat, bei der Konkurrenz 0,9 %, verliert fast 6 % Gewinn – das ist fast der Ertrag eines Jahres.

3. Neobanken nutzen

Deshalb lohnt es oft z. B., längerfristige Geldanlage und Girokonto zu trennen. Denn nicht immer haben

Banken mit einem günstigen Girokonto auch günstige Konditionen bei der Geldanlage – und umgekehrt. Die günstigsten Konditionen bei der Geldanlage haben in der Regel sog. Neo-Banken bzw. Neo-Broker – Finanz-Institute, die im Prinzip nur Online-Angebote haben (z. B. Trade Republic, Scalable, Finanzen.net); sehr teuer sind häufig die klassischen Banken mit Filialen vor Ort. Generell gilt mit Blick auf die Kosten einer Geldanlage: ► Gut überlegen, wann und was man kauft, und möglichst wenig umschichten: Denn jeder Kauf bzw. Verkauf kostet Gebühren und kann auch noch Steuern zur Folge haben – die alte Finanz-Weisheit gilt nach wie vor: „Hin und Her macht Taschen leer.“ Heißt: Vor dem Kauf von Wertpapieren bzw. dem Abschluss eines Sparplans sich genau informieren.

► Deshalb: Vor dem Abschluss immer das Dokument „Wesentliche Anleger-Informationen“ aufmerksam lesen, das jedem ausgehändigt werden muss. Dort müssen auch Kosten aufgeführt sein.


 **Hellhörig werden, wenn Banken oder Fondsgesellschaften Gebühren einführen oder erhöhen.** Dann alles versuchen, um solche Kosten zu vermeiden, z. B. Aufsplitten von Spar-Verträgen bei Ehepaaren oder Teil-Beträge zu anderen Banken transferieren.

► Bei Fonds bzw. Fonds-Sparplänen nicht nur auf den Ausgabe-Aufschlag, sondern auch auf die jährlichen Kosten achten. Gerade bei der Altersvorsorge, also bei langfristigen Anlagen, ist das entscheidend. Gerade deshalb sind ETFs sinnvoller, weil deren Kosten nur bei einem Bruchteil liegt. Ein Beispiel: ETFs auf den beliebten MSCI World gibt es inzwischen schon für eine jährliche Gesamtkostenquote (TER) von 0,05 %.

► Von vielen Fonds, aber auch ETFs gibt es unterschiedliche Kosten-Modelle: mal mit höherem Ausgabe-Aufschlag, dafür niedrigeren jährlichen Kosten, mal umgekehrt. Deshalb konsequent auf ETF setzen, weil diese meist keine Ausgabe-Aufschläge haben und in der Regel auch viel niedrigere jährliche Kosten.

► Direkt- oder Online-Banken nutzen: Diese verfügen zwar über keine Filialen, wickeln die Geschäfte per Internet bzw. Telefon ab, verlangen deshalb geringere Gebühren.

► Mit eigener Bank verhandeln: Viele Vor-Ort-Banken bieten den Kauf und Verkauf von Fonds, ETFs oder Aktien ohne „Beratung“ an – mit weniger Ausgabe-Aufschlag bzw. Kosten. Auch gezielt nach Fonds fragen, die günstigere Gebühren haben.

 **Vorsicht bei allen Geldanlagen, die auch eine Absicherung enthalten, z. B. klassische Lebens- oder Rentenversicherungen.** Es ist grundsätzlich besser, Geldanlage und Absicherung der Familie (z. B. über Risiko-Lebensversicherung) zu trennen.



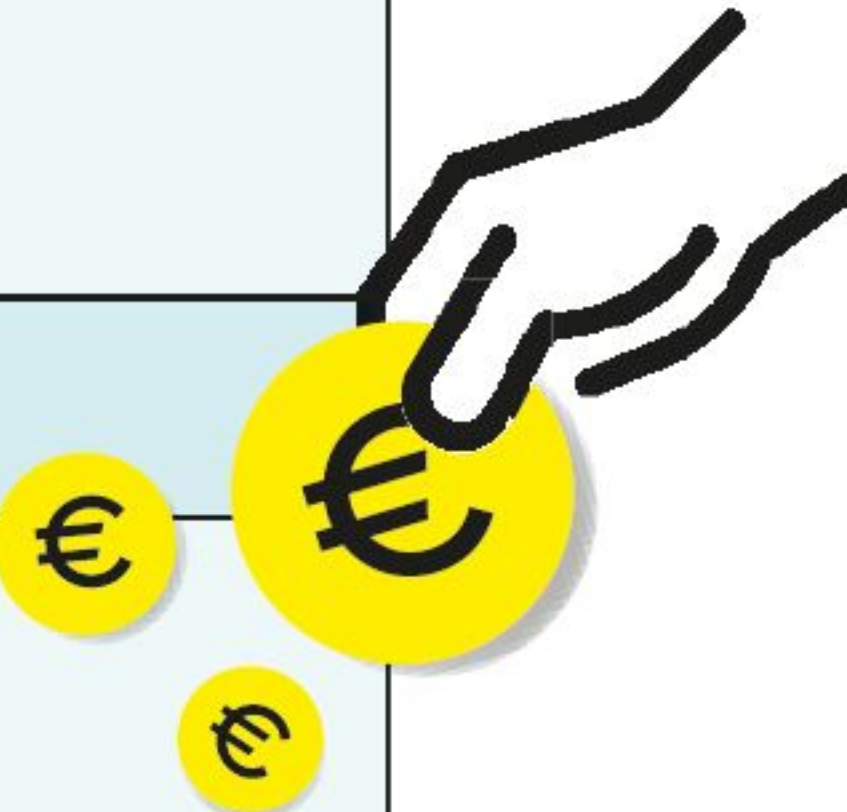
„Die jährlichen Kosten sind gerade bei langfristigen Geldanlagen ein wichtiges Kriterium“

Madlen Müller, Verbraucherzentrale Sachsen

Leicht werden Hunderte Euro fällig

So teuer sind laufende und einmalige Kosten der Geldanlage

Art der Anlage	Kosten	Kosten für 50.000 Euro pro Jahr
Klassische Geldanlage		
Giro-Konto	Konto-Gebühr günstige Banken: 0 bis 4 Euro je Monat Teure Banken: bis 25 Euro je Monat	Günstig: 0 bis 48 Euro Teuer: bis 300 Euro
Sparbuch	-	-
Tagesgeld	-	-
Festgeld	-	-
Bausparvertrag	Kontogebühr: Oft Abschlussgebühr (1 bis 1,6 % der Bausparsumme)	500 bis 800 Euro (einmalig)
Aktien, klassische Aktienfonds und ETFs		
Aktien Kauf (klassische Banken)	Einmalige Order-Gebühr: meist 0,25 %, oft mindestens 10 Euro, oft gibt es Höchstbetrag, z. B. 60 Euro plus ein paar Euro Handelsplatz-Gebühr, Aktienkauf im Ausland oft teurer	60 Euro (einmalig)
Aktien Kauf (Neo-Banken)	Meist nur wenige Euro, oft sogar gratis	1 bis 5 Euro
Aktien Depot (klassische Banken)	Depot-Gebühren, meist abhängig vom Wert (0,12 bis 0,18 %), oft Mindestbetrag, z. B. 1,50 Euro pro Monat	60 bis 90 Euro
Aktien Depot (Neo-Banken)	Meist gratis	
Aktienfonds (Kauf)	Oft Ausgabe-Aufschlag (meist 1,75 bis 5,00 %), einmalig	875 bis 2.500 Euro (einmalig)
Aktienfonds	Verwaltungsgebühr: 0,5 bis 3,0 % pro Jahr	250 bis 750 Euro
ETF (Kauf)	Bei Neobanken bzw. Neobrokern oft gratis; bei klassischen Banken Kosten wie Aktien-Kauf	0 bis 60 Euro
ETF	TER: 0,05 – 0,5 % pro Jahr	25 bis 250 Euro
Renten- und Immobilienfonds		
Rentenfonds (Kauf)	Einmalig: Ausgabe-Aufschlag 2 bis 4 %	1.000 bis 2.000 Euro (einmalig)
Rentenfonds	Verwaltungsgebühr: 0,5 bis 1,3 % pro Jahr	250 bis 650 Euro
Mischfonds (Kauf)	Einmalig: Ausgabe-Aufschlag: 2 bis 4 %	1.000 bis 2.000 Euro (einmalig)
Mischfonds	Verwaltungsgebühr: 0,8 bis 2,5 %	400 bis 2.500 Euro
Immobilienfonds (Kauf)	Ausgabe-Aufschlag: meist 5 %	2.500 Euro (einmalig)
Immobilienfonds	Verwaltungsgebühr: 0,5 bis 2 %	250 bis 1.000 Euro
Gold (Kauf und Aufbewahrung)		
Gold (Kauf)	Keine eigentliche Gebühr, Unterschied zwischen Kauf- und Verkaufspreis: meist 3 bis 5 %	-
Gold (Aufbewahrung)	Bankschließfach	Ab 100 Euro



Einfach. Schritt für Schritt.



2x FINANZplus für nur € 4,95 (statt € 16,60)!

- Bestens informiert in allen Phasen des Lebens!
- Finanzwissen alltagstauglich und verständlich erklärt
- Mit zahlreichen Musterbeispielen, -rechnungen und Checklisten

Angebot 1
Testen

2 Ausgaben zum
Vorteilspreis



Jetzt Vorteils-Angebot
sichern unter:
[finanzplus-magazin.de/
vorteil2026](https://finanzplus-magazin.de/vorteil2026)

R E N

L E I H E N

A B S I C H E R N

Selbermachen. FINANZplus



6x FINANZplus nur € 24,90 (statt € 49,80)

+ Gratis-Ratgeber „Die besten ETFs“

- Meine Finanzen – optimal vorgesorgt dank FINANZplus
- Leicht verständlich – so holen Sie das Maximale für sich raus



Dieses Top-Angebot gibt es nur unter:
finanzplus-magazin.de/top-angebot2026

Angebot 2

50% sparen

Jetzt bestellen und Geschenk sichern

Geld für Ärger im Urlaub zurückfordern

Noch nie wurde so viel Geld fürs Reisen ausgegeben; noch nie gab es aber auch so viele Klagen über Reise-Mängel. Also eine Minderung des Reisepreises verlangen? Ja, allerdings sind dafür bereits im Urlaub sehr exakte Schritte nötig.

1. Wie gebucht?

Grundsätzlich kann der Reisepreis immer gemindert werden, wenn etwas auf einer Reise nicht so verlaufen ist, wie es z. B. der Katalog oder die Anzeige versprochen hat. Trotzdem macht es einen Unterschied, um welche Art Reise es sich handelt:

- Individual-Reise: Alle Bestandteile der Reise, also z. B. Transport oder Unterkunft, wurden getrennt vonein-

ander gebucht. In diesem Fall ist der jeweilige Vertragspartner zuständig, also z. B. Fluggesellschaft, Hotel bzw. Ferienhaus-Vermittler.

- Pauschalreise: Alle Bestandteile der Reise wurden im Paket bei einem Anbieter gebucht – hier spielt es keine Rolle, z. B. welche Fluggesellschaft den Transport übernommen hat oder welches Hotel für die Unterkunft zuständig war – Ansprüche richten sich immer nur gegen den Anbieter, bei dem gebucht wurde.

2. Wann mindern?

Grundsätzlich besteht Anspruch auf Minderung des Preises, wenn etwas nicht so gelaufen ist, wie es versprochen war. Dabei spielt es keine Rolle, um welche Art Mangel es sich handelt. Entscheidend für die Minderung ist, wie gravierend die Beeinträchtigung für die gesamte Reise war. Das heißt, entscheidend ist immer die individuelle Beeinträchtigung. Und dabei spielt es eine große Rolle, ob die Leistung wesentlicher Teil der gebuchten Reise war. Ein Beispiel: Wird ein Strand- und Badeurlaub gebucht und der Strand ist wegen Verschmutzung nicht nutzbar, so ist die Einschränkung erheblicher, als wenn zum gleichen Zeitpunkt im selben Ort ein Wanderurlaub in den Bergen gebucht war.

3. Wie verhalten?

Außerordentlich wichtig ist bei einem Reisemangel, dass bestimmte Formalien eingehalten werden:

- Sich sofort vor Ort (!) nach Auftreten des Mangels bei der Reiseleitung (bzw. dem Hotel, dem Ferienhaus-Vermittler usw.) melden und Abhilfe verlangen. Das heißt, man muss dem Vertragspartner die Gelegenheit geben, den Mangel zu beseitigen.

- Viele Reise-Veranstalter haben für Mängel spezielle Formulare; diese unbedingt nutzen, auch damit man einen Nachweis hat, dass man den Mangel angezeigt hat.



So wünscht sich jeder den Urlaub. Klappt etwas nicht wie gewünscht, dann sofort reagieren.

Fotos: Shutterstock.com, Picture Alliance/Karlheinz Schindler, Roland Schneider Photographie

- Zusätzlich Beweise für den Mangel sammeln, also z. B. fotografieren, Zeugen-Aussagen dokumentieren oder auch ein Lärm-Protokoll erstellen mit exakten Uhrzeiten.
- Die Beseitigung (!) des Mangels stets schriftlich verlangen. Wer sich „nur beschwert“, hat keinen Anspruch auf Minderung bzw. Schadensersatz.

! Wichtig: Man muss dem Veranstalter eine angemessene Frist setzen, um den Mangel zu beseitigen. Als Beseitigung gilt auch, wenn eine gleichwertige Ersatzleistung angeboten wird, also z. B. ein anderes Hotelzimmer.

4. Wie viel fordern?

Das lässt sich nicht pauschal beantworten. Auch die Frankfurter Tabelle (siehe rechts) nennt nur Näherungswerte. Entscheidend dafür, dass der Reisepreis gemindert bzw. dass Schadensersatz gefordert werden kann, sind drei Dinge:

- Wurde der Mangel vor Ort angezeigt (siehe links)?
- Wurde die kritisierte Leistung explizit zugesagt?
- Wie ist der konkrete Einzelfall? Beispiel: Der Ausfall der Klimaanlage ist im August im Süden Spaniens bei 35 Grad Außentemperatur anders zu bewerten als im März bei 21 Grad.

Und schließlich hängt der Einzelfall auch davon ab, ob man alles unternommen hat, um den Schaden für den Veranstalter möglichst gering zu halten (die sog. Schadensminderungspflicht) bzw. ob man eventuell sogar den Mangel mitverschuldet hat. Dazu gehört z. B. auch, dass man keinen Anwalt hinzuzieht, wenn Veranstalter bei unstrittigen Dingen nach einer Lösung suchen. Deshalb gilt: Sich immer zuerst an den Veranstalter wenden.



„Läuft etwas nicht wie besprochen, besteht immer Anspruch auf Minderung des Reisepreises“

Tiana Preuschoff, Verbraucherzentrale Niedersachsen



Auch Baulärm im Urlaub ist ein Grund, Geld zurückzufordern.

5. Hilft eine Versicherung?

Klassische Reise-Versicherungen (Reise-Rücktritt- oder -Abbruch-Policen) sind für Reise-Mängel nicht zuständig. Diese Versicherungen greifen nur, falls man eine gebuchte Reise nicht antreten kann oder abbrechen muss, weil man z. B. erkrankt ist. Das heißt, die klassischen Reise-Versicherungen übernehmen dann z. B. Storno-Kosten.

6. Wann klagen?

Letztlich ist dies das allerletzte Mittel, wenn ein Reisemangel vor Ort nicht abgestellt werden konnte und der Veranstalter keine zufriedenstellende Minderung bzw. Ersatzzahlung anbot. Vor einer Klage unbedingt sich von einem Anwalt für Reise-recht bzw. einer Verbraucherzentrale beraten lassen.

! Ganz wichtig: Neben den Ansprüchen wegen Reisemangels können trotzdem weitere Ansprüche, z. B. gegen die Fluggesellschaft wegen Verspätung, bestehen. Auch deshalb sich von einem Anwalt beraten lassen, wenn man sich mit dem Veranstalter nicht einigen kann.

Dabei gilt: Ansprüche aus Reisemängeln verjähren nach zwei Jahren. Die Frist beginnt an dem Tag, an dem die Reise enden sollte bzw. geendet hat. Das heißt, spätestens zwei Jahre nach Reise-Ende muss die Klage eingereicht worden sein.



So viel Rück-Erstattung gibt es

Taucht ein Mangel bei einer Reise auf, kann der Preis prozentual gemindert werden. Wie stark, hängt aber immer vom Einzelfall ab. Zwar gibt es die sog. Frankfurter Tabelle. Doch die liefert immer nur Näherungswerte. Gleichwohl helfen die Beispiele beim Fordern von Schadensersatz

Art des Mangels	Preis-Minderung in %
Andere Lage (z. B. Entfernung Strand)	5-15
Abweichende Art der Unterkunft (z. B. Stockwerk, Hotel statt Bungalow)	5-10
Abweichende Zimmer (DZ statt EZ)	20-30
Zimmer kleiner als angegeben	5-10
Fehlender Balkon	5-10
Fehlender Meerblick	5-10
Fehlendes eigenes Bad	15-25
Fehlende Klima-Anlage	10-20
Fehlendes TV	5
Risse, Feuchtigkeit im Zimmer	10-50
Ungeziefer im Zimmer	10-50
Ausfall Toilette, Bad	15
Stromausfall	10-20
Wasser-Ausfall	10
Ausfall Klimaanlage	10-20
Ausfall Fahrstuhl	5-10
Kein Zimmer-Service	25
Schlechte Zimmer-Reinigung	10-20
Ungenügender Wäschewechsel	5-10
Lärm am Tag	5-25
Lärm in der Nacht	10-40
Gerüche	5-25
Ausfall Schwimmbad, Massage usw.	20-40
Fehlender oder verschmutzter Pool	10-20
Tennisplatz, Sauna, Segel-, Surf- oder Tauchschule fehlen	5-10
Fehlende Kinderbetreuung	5-10
Keine Möglichkeit, im Meer zu baden	10-20
Verschmutzter Strand	10-20
Fehlende Liegen, Sonnenschirme etc.	5-10
Ausfall Verpflegung	50
Eintöniger Speiseplan	5
Ungenügend warme Speisen	10
Verdorbene Speisen	20-30
Selbstbedienung statt Kellner	10-15
Lange Wartezeiten	5-10
Essen in Schichten	10
Verschmutzte Tische, Besteck	5-25
Ausfall Landausflug bei Kreuzfahrt	20-30
Zeitverlust für Umzug in anderes Hotel	1 Tagespreis
Abflug mehr als 4 Std. verspätet	5
Niedrigere Klasse beim Flug	10-15

Quelle: 24. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt/Main



Wann sind welche Rabatte erlaubt?

Ob im Internet oder TV, ob per App oder in Prospekten – täglich locken Händler und Supermärkte mit Rabatten. Und oft gibt es die Preis-Nachlässe sogar nur für bestimmte Kunden oder nur für sehr kurze Zeit. Doch ist das überhaupt zulässig?

Was ist ein Rabatt?

Generell sind Händler (im stationären Handel wie auch im Internet) in ihrer Preis-Gestaltung relativ frei.

Einzigste Einschränkung: Es gelten die Grundsätze des fairen Wettbewerbs – was unfair ist, wurde im Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) festgeschrieben. Verboten ist so z. B. die Irreführung von Verbrauchern, die gezielte Behinderung von Mitbewerbern und natürlich der Verstoß gegen andere Gesetze. Seit 2001 bzw. der damaligen Abschaffung des Rabattgesetzes ist die Gestaltung von Rabatt in Deutschland sehr frei. Das heißt, Händler dürfen frei entscheiden, welche Rabatte in welcher Höhe sie in welcher Form an wen vergeben. Bis dahin waren Rabatte stark reglementiert, weshalb es z. B. die klassischen Sommer- und Winterchluss-Verkäufe gab.

Allerdings müssen Rabatte immer transparent sein, das heißt, jeder muss sofort verstehen, wofür und für wen es Rabatte gibt. Ausgenommen von Rabatten sind aktuell z. B. verschreibungspflichtige Medikamente sowie Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, für die es nach wie vor eine Preisbindung gibt.

Welche Rabatte gibt es?

Da (fast) alles erlaubt ist, gibt es auch sehr unterschiedliche Rabatte.

Einige Beispiele:

- Allgemeiner Preis-Nachlass („xx % auf alles“) – oft ist dies z. B. mit einem Firmen-Jubiläum oder einer Neu-Eröffnung verbunden
- Klassische Preis-Reduzierung im Handel bzw. Supermarkt in Form von Sonderangeboten für einige wenige, ausgewählte Artikel
- Preis-Nachlass für auslaufende Saison-Ware (z. B. bei Mode)
- Rabatte wegen Geschäfts- oder Sortiments-Aufgabe, um Lager-Bestände zu reduzieren
- (Rabatt-)Gutscheine – Händler verschenken diese Gutscheine, die



„Verbraucher müssen auf einen Blick erkennen, was ein Produkt kostet – egal ob mit oder ohne App“

Gabriele Bernhardt, Verbraucherzentrale Baden-Württemberg

beim Einkauf angerechnet werden. Meistens ist auf den Gutscheinen eine Gültigkeitsdauer angegeben, die aber nicht unangemessen kurz sein darf

- Mitarbeiter-Rabatte – bis zu 1.080 Euro pro Jahr dürfen Firmen an jeden Mitarbeiter verschenken
- Treue-Rabatte – gemeint sind Nachlässe für bestimmte Kunden
- Einsteiger-Rabatte, um gezielt neue Kunden zu gewinnen
- Rabatte für bestimmte Gruppen, z. B. für Schüler oder Senioren
- Bonus-Programme, in denen die bisherigen Umsätze in Punkte umgewandelt werden, aus denen dann wiederum Prämien entstehen
- Best-Preis-Garantie: Auch dies ist indirekt ein Rabatt. Hier werben Händler damit, dass sie bei Nachweis eines billigeren Angebots eines Konkurrenten die Differenz erstatten
- Glücks-Rabatte: Selbst das ist erlaubt, indem z. B. jeder 50. Kunde einen Rabatt erhält. Oder ein Glücksrad im Geschäft, an dem Kunden ihre Rabatte „ziehen“ können.

Ganz wichtig: Händler dürfen nicht nur Höhe und Art der Rabatte

frei festlegen, sondern auch die Dauer, in der Rabatte gewährt werden. Allerdings haben hier Gerichte häufiger schon Grenzen gezogen.

Wie lange Anspruch auf Rabatte?

Das hängt vom Produkt und der Art des Rabatts ab. Bietet ein Händler im Rahmen eines verkaufsoffenen Sonntags einen 10%-Rabatt auf alles an, ist klar, dass man nicht Mittwoch kommen und den Rabatt verlangen kann. Generell gilt: Je hochwertiger und langlebiger ein Produkt ist, desto länger muss der Rabatt-Zeitraum sein, um Kunden die Möglichkeit des Überdenkens einer Kauf-Entscheidung zu geben. Auf der anderen Seite gilt aber auch: Ist ein Rabatt-Zeitraum zu lang, dann wird aus dem Sonderangebot schnell der Normalpreis, sodass Händler gegen die Preisangaben-Verordnung verstoßen (s. S. 34). Dies umgehen Händler u. a. dadurch, dass bei Rabatten meist Beginn und End-Datum der Aktion genannt werden. Aber gesetzlich vorgeschrieben ist dies nicht.

Oder, Händler weisen darauf hin, dass sich Rabatte nur auf „Einzelstücke“ oder „Restposten“ beziehen, so dass klar ist, dass es keine große Zahl von rabattierten Waren gibt.

Grundsätzlich gilt: Eine per Rabatt-Aktion beworbene Ware muss für einen angemessenen Zeitraum vorrätig sein. Ist dies nicht der Fall, gilt das als Lockvogel-Werbung und verstößt gegen das UWG.

Aber auch hier gibt es eine Ausnahme: Verweisen Händler darauf, dass ein Rabatt nur gilt, „solange der Vorrat reicht“, ist das rechtmäßig. Das gilt selbst, wenn eine Ware nur wenige Tage verfügbar ist. ➤



Ein Geschäft, ein Produkt = 2 Preise

Ja, auch das ist erlaubt.

Händler dürfen Rabatte z. B. nur Online-Kunden anbieten, können für dasselbe Produkt im stationären Geschäft aber einen anderen Preis verlangen. Das gilt übrigens auch für Online-Plattformen: Auf unterschiedlichen Plattformen können Händler für dasselbe Produkt unterschiedliche Preise berechnen.

Der Referenz-Preis

Von welchem ursprünglichen Normalpreis ein Rabatt berechnet wird, das war und ist häufig ein Streit zwischen Verbraucherzentralen und Händlern. Grundsätzlich gilt:

- ▶ Händler dürfen keine Preis-Schaukel nutzen, also zuerst kurzfristig den Preis erhöhen, um ihn dann via Rabatt wieder zu senken.
- ▶ Wenn Händler eine Rabatt-Aktion starten und mit „durchgestrichenen“ Preisen arbeiten, dann müssen diese sich auf den günstigsten Preis der letzten 30 Tage beziehen, so der Europäische Gerichtshof (Az.: C-330/23).
- ▶ Ähnlich argumentierte der Bundesgerichtshof – es reiche nicht, eine Preis-Ermäßigung „in beliebiger Art und Weise“ anzugeben. Ursprünglicher Preis und Angebotspreis müssten für Verbraucher unmissverständlich und klar lesbar sein.
- ▶ Eine Werbung mit der „unverbindlichen Preisempfehlung“ des Herstellers ist nur zulässig, wenn Hersteller diesen Preis auch zum Zeitpunkt der Rabatt-Aktion tatsächlich empfehlen (OLG Düsseldorf, Az.: I-20 U 43/25). Der Hinweis auf die unverbindliche Preisempfehlung sei häufig irreführend und unzulässig.

Allerdings ist der Vergleich mit Preisen der Konkurrenz zulässig.



„Am Ende dürften sich die Apps vor allem für die Anbieter lohnen“

Christine Steffen, Verbraucherzentrale NRW

Minimaler Spar-Effekt	
Preis-Vorteile bei App-Nutzung im Schnitt in %	
Kaufland	2,3
dm	1,7
Lidl	1,6
Edeka	1,6
Payback	1,4
Rossmann	1,3
Rewe	0,8
Penny	0,8
DeutschlandCard	0,1

Quelle: smhaggle / dpa auf der Basis von 1,3 Mio. Kassensbons zwischen Januar und Mai 2025



- ▶ erlaubt, dass sich der Preis im Geschäft und im Internet unterscheidet;
- ▶ auch sogar zulässig, dass Kunden ohne App (bzw. Smartphone) der günstigere Preis verweigert wird.

Unterschiedliche Preise vor Gericht

Gleichwohl gibt es um unterschiedliche Preise für ein Produkt bei einem Händler Gerichtsverfahren. So verhandelt das Oberlandesgericht Stuttgart über eine Klage der Verbraucherzentrale gegen Lidl – wahrscheinlich wird erst der Bundesgerichtshof entscheiden. (Ähnliche Verfahren gibt es auch gegen Rewe und Penny.) Im Kern geht es darum:

- ▶ Darf in Werbeprospekten z. B. nur der App-Preis genannt werden, während der reguläre Preis (für Kunden ohne App) durchgestrichen ist?
- ▶ Liegt damit ein Verstoß gegen die Preis-Angaben-Verordnung vor, wonach der Normalpreis immer deutlich ausgezeichnet sein muss?
- ▶ Wird in den Nutzungs-Bedingungen der Apps genug kommuniziert, dass man die App-Rabatte mit den persönlichen Daten „bezahlt“?

Besserer Preis mit App

Grundsätzlich ist es erlaubt, dass Supermärkte und Drogerien Rabatte an die Nutzung von Apps koppeln – und im Gegenzug die Daten der Kunden sammeln. Das heißt: Es ist

- ▶ zulässig, dass es für dasselbe Produkt Normalpreise und rabattierte Preise für App-Nutzer gibt;



Das muss ein Preis-Schild anzeigen

Was auf dem Preis-Schild (z. B. im Supermarkt) stehen muss, ist in der Preis-Angaben-Verordnung gesetzlich geregelt:

- ▶ Es muss immer ein Gesamtpreis genannt sein.
- ▶ Anzugeben ist auch ein Grundpreis, der sich auf

1 Kilo bzw. 1 Liter bezieht.

- ▶ Ein Rabatt muss immer extra ausgewiesen sein.
- ▶ Alle Preise müssen zudem transparent sein. Das heißt, es muss klar verständlich sein, wer welchen Preis tatsächlich zu zahlen hat.

Wichtig: Rechtlich kommt ein Kaufvertrag erst an der Kasse zustande. Juristisch ist ein Preis-Schild am Regal die Aufforderung an Kunden, an der Kasse ein Kauf-Angebot zu machen; erst dadurch, dass Händler den Preis an der Kasse ak-

zeptieren, kommt der Kaufvertrag zustande. Heißt auch: Juristisch hat man keinen Anspruch, ein Produkt mit fälschlich zu niedrig gekennzeichnetem Preis am Regal auch tatsächlich zu diesem Preis an der Kasse zu erhalten.

Fotos: Katharina Artes, Verbraucherzentrale Baden-Württemberg; Illustrationen: Shutterstock.com

Der Tipp**Hunderte Euro vom Staat**

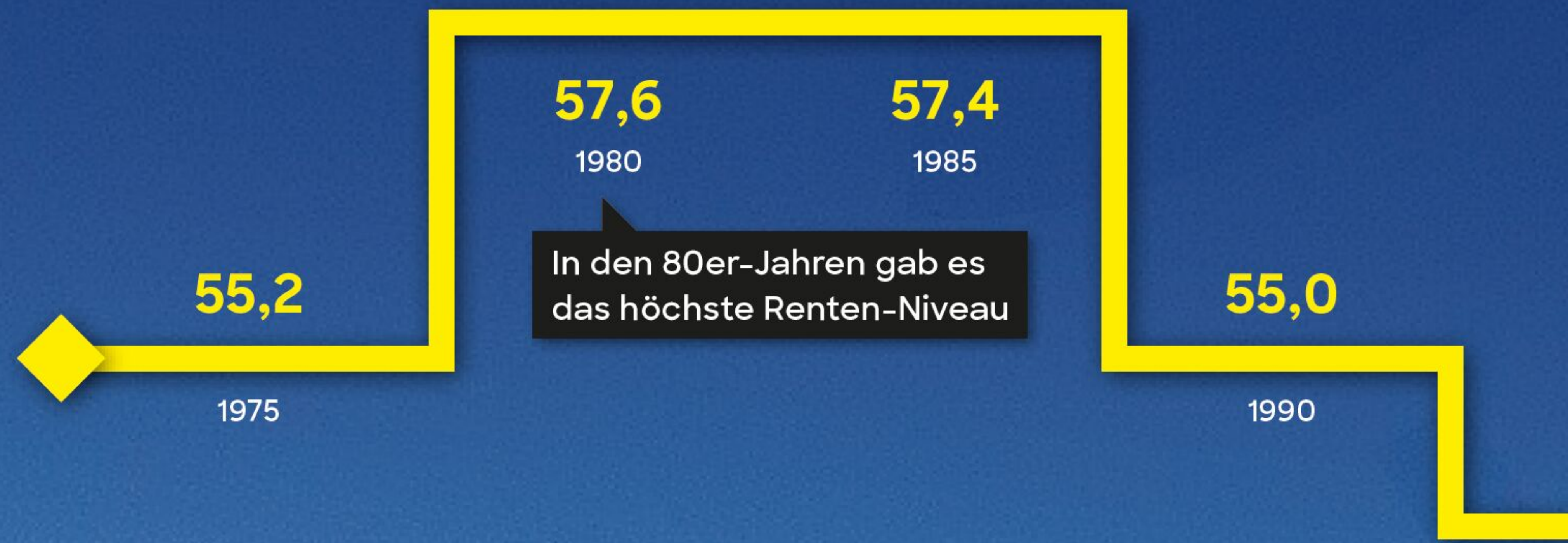
Millionen Arbeitnehmer verschenken Jahr für Jahr Geld, weil sie vermögenswirksame Leistungen nicht beantragen. Das Prinzip:

- ▶ Man lässt sich etwas Gehalt vom Arbeitgeber abziehen und in einen Bank- oder Fonds-Sparplan bzw. Bausparvertrag einzahlen oder tilgt damit einen Immobilien-Kredit.
- ▶ Oft gibt es noch einen Zuschuss des Arbeitgebers.
- ▶ Zusätzlich überweist der Staat noch die Arbeitnehmer-Sparzulage.
- ▶ Jeder Vertrag läuft über 7 Jahre (6 Jahre Einzahlen, 1 Jahr Ruhe).
- ▶ Kaum bekannt ist: Die Bedingungen für vermögenswirksame Leistungen wurden deutlich verbessert: Anspruch auf die staatliche Arbeitnehmer-Zulage hat, wer als Single max. 40.000 Euro steuerpflichtiges Einkommen hat, als Ehepaar max. 80.000 Euro.
- ▶ Berücksichtigt man Werbungskosten, Sonderausgaben und Kinder, können auch gut verdienende Paare mit brutto mehr als 100.000 bzw. 120.000 Euro (bei 2 Kindern) noch die Sparzulage erhalten.
- ▶ Die Sparzulage beträgt bei (Fonds-)Sparplänen 80 Euro jähr-

lich (Singles) bzw. 160 Euro für Paare, sofern 400 bzw. 800 Euro selbst eingezahlt wurden.

- ▶ Bei Bauspar-Verträgen und Bau-Kredit-Tilgung sind es 43 bzw. 86 Euro (Paare), sofern 470 bzw. 940 Euro selbst getragen wurden.
- ▶ Kaum bekannt ist, dass beide Vertrags-Typen auch parallel gefördert werden können, sodass Singles insgesamt 123 Euro und Paare 246 Euro erhalten können.
- ▶ Und das Ganze ist lukrativ: Wer z. B. als Single 40 Euro pro Monat einzahlt, hat nach 7 Jahren bei Fonds-Sparplänen etwa 3.500 Euro – ein Drittel davon stammt aus Zuschüssen und Verzinsung.





Wer profitiert vom Renten-Paket?

Nach langem Streit wurde das Rentenpaket der Bundesregierung beschlossen. Doch wer profitiert davon wirklich? Und wer sollte die neuen Regeln schnellstmöglich nutzen, um die eigene Rente zu optimieren?



53,9

1995

Schrittweise ging das Renten-Niveau nach unten, lag aber ...

52,9

2000

52,6

2005

... trotzdem deutlich überm heutigen Niveau

51,6

2010

50,1

2011

49,4 48,9

2012

2013

48,1

2014

47,7

2015

48,1

2016

48,3

2017

Renten-Niveau sinkt seit Langem

Erstmals errechnet wurde das Renten-Niveau 1970 (55,2%); es sinkt allerdings schon seit vielen Jahren, Angaben in % für Westdeutschland

Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Was beinhaltet das Renten-Paket, das seit 1. Januar 2026 in Kraft ist?

Auch wenn „Paket“ nach vielen unterschiedlichen Inhalten klingt – am Ende enthält das sog. Renten-Paket drei bzw. dreieinhalb Änderungen:

► Das Renten-Niveau (um das es so viel politischen Streit gab) wird bis 2031 bei 48 % festgeschrieben.

► Die Mütterrente wird vereinheitlicht, sodass alle Mütter die gleichen Kindererziehungszeiten für ein Kind erhalten (siehe Seite 41). >

Zufrieden zeigte sich die Koalitions-Spitze mit dem beschlossenen Rentenpaket.

► Die Aktiv-Rente wird eingeführt – letztlich ein Steuer-Freibetrag für alle, die in Rente noch arbeiten.

Und in diesem Zusammenhang wird ein Detail im Arbeitsrecht angepasst, sodass es nun als Rentner insgesamt leichter ist, beim bisherigen Arbeitgeber wieder zu arbeiten, falls man schon im Ruhestand war.

Wer profitiert generell von Änderungen im Rentenpaket?

Zuerst einmal alle, die bereits in Rente sind bzw. in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen werden.

Denn die Festschreibung des Renten-Niveaus wird dazu führen, dass es auch in den nächsten Jahren kräftige Renten-Erhöhlungen geben wird bzw. dass die Renten-Ansprüche steigen. Ein Indiz dafür ist, dass die Renten in diesem Sommer um 4,24 % angehoben werden, also deutlich stärker als die Inflationsrate. Da gleichzeitig (zumindest 2026) keine Erhöhung des Rentenbeitrags erfolgt, profitieren auch Arbeitnehmer, die höhere Ansprüche erwirtschaften, ohne höhere Beiträge zahlen zu müssen.

Was bedeutet konkret das Festschreiben des Renten-Niveaus bei 48 % bis 2031?

Normalerweise enthält die Rentenformel, nach der die jährlichen Renten-Steigerungen berechnet werden, einen sog. Nachhaltigkeitsfaktor. Dieser Faktor soll die demografischen Veränderungen berücksichti-



„Das festgeschriebene Renten-Niveau stärkt das Vertrauen in die gesetzliche Rente, auch bei der jüngeren Generation“

Bärbel Bas, Bundesarbeitsministerin (SPD)

gen. Konkret würde dieser Faktor die jährlichen Renten-Steigerungen etwas dämpfen, wenn sich die Zahl der Renten-Empfänger im Verhältnis zu den Beitragszahlern verändert – was seit Langem der Fall ist. Das heißt: Die Renten wären durch den Faktor etwas weniger stark gestiegen. Dadurch wären die Beitragszahler etwas entlastet worden. Das Festschreiben des Renten-Niveaus bei 48 % erfolgt, indem einerseits der Nachhaltigkeitsfaktor ausgesetzt wird und andererseits das 48%-Ziel festgeschrieben wird.

Warum profitieren Rentner von der 48%-Festschreibung des Renten-Niveaus?

Der Fachkräfte-Mangel, steigende Produktivität, aber auch die allgemeinen Preis-Steigerungen werden in den nächsten Jahren dazu führen, dass es kräftige Lohn-Erhöhlungen geben wird. Das führt dazu, dass das Durchschnittsgehalt in Deutschland steigt. Da nun gleichzeitig festgelegt ist, dass die Standard-Rente (siehe oben) bei 48 % des Durchschnittsgehalts liegen soll, müssen die Renten überproportional angehoben werden. Das heißt, eigentlich hätte die Rentenformel dazu geführt, dass zwar

die Renten in den nächsten Jahren auch gestiegen wären, aber nicht so stark wie die Löhne. Nun profitieren Rentner von den erwarteten starken Lohnsteigerungen der nächsten Jahre (so wie schon in diesem Jahr).

Aber in den Diskussionen um das Festschreiben des Renten-Niveaus war auch immer die Rede davon, dass damit Renten-Kürzungen verhindert worden seien?

Das war und ist Quatsch. Renten-Kürzungen sind in Deutschland gesetzlich verboten. Das hat auch das Bundesverfassungsgericht mehrfach in Musterverfahren bestätigt. Das Nicht-Festschreiben des Renten-Niveaus hätte nur dazu geführt, dass die Renten nicht mehr so stark gestiegen wären wie mit der Festschreibung. Gerade deshalb profitieren Rentner und rentennahe Jahrgänge so besonders. Die Bundesregierung errechnete, dass durch die beschlossene Haltelinie die Renten 2031 um knapp 2 % höher sein werden als ohne die 48%-Haltelinie. Und das höhere Niveau der Renten bleibt dann auch über das Jahr 2031 weiter bestehen, also eine Erhöhung auf Dauer.



Fortführung der Grafik von Seite 36/37; Rentenniveau angegeben in Prozent

Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Heißt das dann auch, dass die individuellen Renten kräftig steigen werden?

Die Festschreibung von mindestens 48%-Renten-Niveau bis 1. Juli 2031 hat formal nichts mit den individuellen Renten-Ansprüchen zu tun. Vereinfacht gesagt wird die individuelle Rente immer noch nach der Formel „Zahl der Entgeltpunkte mal Rentenwert = monatliche Rente“ errechnet. Individuell beeinflussbar sind nur die Entgeltpunkte. Und Entgeltpunkte gibt es, wenn Rentenbeitrag gezahlt wird oder wenn einem Entgeltpunkte geschenkt werden (z. B. für die Kindererziehung). Der Rentenwert wiederum wird von der Bundesregierung jährlich festgelegt. Aber: Durch die Festschreibung des 48%-Renten-Niveaus muss der Rentenwert in den nächsten 6 Jahren so steigen, dass für den Standard-Rentner (45 Beitragsjahre, immer mit durchschnittlichem Gehalt) 48%-Renten-Niveau entsteht. Heißt: Weil der Rentenwert jährlich überdurchschnittlich stark erhöht werden wird, entstehen die kräftigen Renten-Erhöhlungen. Das heißt, indirekt profitiert jeder. Auch Jüngere, weil der Rentenwert dem Gegenwert eines Entgeltpunktes entspricht.

Und wer profitiert von dem Festschreiben des 48%-Renten-Niveaus besonders?

In erster Linie Gutverdiener und Rentner mit höheren Renten. Die Otto Beisheim School of Management (WHU) ermittelte, dass jemand, der aktuell 2.500 Euro Rente erhält, nur durch die Haltelinie im Jahr 2031 gut 100 Euro mehr Rente bekommen wird, während jemand, der aktuell 800 Euro Rente bezieht, sich durch das Festschreiben der Haltelinie bis 2031 auf nur 32 Euro mehr Rente freuen darf. Dies liegt am prozentualen Erhöhungs-Mechanismus, den es im Rentenrecht immer schon gibt – wer eine höhere Rente hat, profitiert bei der Auszahlung stärker.

Renten-Niveau 48 % = mehr Rente für jeden?

Das Renten-Niveau ist eine theoretische Rechengröße im Rentenrecht, die nichts mit den individuellen Renten-Ansprüchen zu tun hat. Verglichen wird als Prozentwert der Durchschnittslohn aller Arbeitnehmer in Deutschland nach Abzug von Sozialabgaben (aber vor Steuern) und die Standard-Rente (nach Sozialabgaben, aber vor Steuern).

Beide Werte haben nichts mit einem individuellen Brutto-Gehalt bzw. der Brutto-Rente zu tun – das durchschnittliche Brutto-Einkommen in Deutschland betrug 2025 50.493 Euro, das für das Renten-Niveau maßgeblich ver-

fügbare Durchschnittsentgelt (nach Abzug von Sozialabgaben) aber 40.312 Euro. Bei der Standard-Rente liegt der Brutto-Betrag bei 1.836 Euro pro Monat, nach Sozialabgaben 1.563 Euro – nur dieser Wert wird fürs Berechnen des Renten-Niveaus verwendet. Die Standard-Rente selbst wiederum ist ein theoretischer Wert und setzt voraus, dass man 45 Jahre lang gearbeitet hat und in jedem Jahr so viel verdient hat wie der Durchschnitt der Bevölkerung. Das Renten-Niveau beschreibt nicht (!), wie hoch die eigene Rente im Verhältnis zum letzten Bruttogehalt ist.

Betrifft die Haltelinie alle Renten gleichermaßen?

Ja. Da im Prinzip alle Renten nach der Formel Entgeltpunkte x Rentenwert berechnet werden, führt die überdurchschnittliche Erhöhung des Rentenwerts bis 2031 dazu, dass alle Renten steigen. Aber besonders jene profitieren, die ohnehin bereits hohe Ansprüche haben (siehe links).

Und was passiert mit dem Renten-Niveau nach 2031?

Dazu soll nun einerseits eine Renten-Kommission bis zum Sommer Vorschläge erarbeiten. Aber andererseits wurde im Rentenpaket bereits festgelegt, dass Änderungen nur von dem künstlich erzeugten höheren Renten-Niveau im Jahr 2031 aus erfolgen dürfen. Das heißt, sollte es Änderungen geben, dann bleiben die in den nächsten sechs Jahren individuell erzielten Vorteile trotzdem weiter für jeden erhalten.

Welche Vorteile hat das Festschreiben des Renten-Niveaus noch?

Dass freiwillige Rentenbeiträge auch in den nächsten Jahren dank der überdurchschnittlichen Erhöhungen des Rentenwerts weiter lukrativ sind. Heißt: Wer möglichst bald freiwillig in die Rentenkasse einzahlt, profitiert besonders, weil die durch die Einzahlungen erzeugten Entgeltpunkte sich in den nächsten Jahren überdurchschnittlich „verzinsen“.

Und was ist mit der Mütter-Rente, die doch auch Teil des Rentenpakets ist?

Hier gilt grundsätzlich, dass alle Mütter rentenrechtlich gleichgestellt werden und für ein Kind dieselben Leistungen erhalten sollen. Allerdings findet diese Gleichberechtigung erst später statt (siehe Seite 41). Der Hauptgrund: Die rentenrechtliche Gleichstellung kostet viel Geld – >

nur dafür sind bis 2039 weitere 63 Mrd. Euro nötig, die aus dem Bundeshaushalt, also aus Steuern, kommen sollten, da es sich im Kern um eine „versicherungsfremde Leistung“ handelt, da für die Entgeltpunkte aus Kindererziehungszeiten keine Beiträge gegenüberstehen.

Was ist mit der Aktiv-Rente, die auch Teil des Pakets ist?

Die sog. „Aktiv-Rente“ gilt tatsächlich seit 1. Januar 2026. Im Kern ist dies ein Steuer-Freibetrag. Heißt: Wer die Regelaltersgrenze erreicht hat und noch berufstätig ist, darf 2.000 Euro pro Monat steuerfrei erhalten. Von diesem neuen Steuerfreibetrag (24.000 Euro im Jahr) profitiert aber nur, wer die Regelaltersgrenze überschritten und einen sozialversicherungspflichtigen Job hat. Leer gehen alle aus, die eine vorgezogene Rente erhalten und noch arbeiten, aber auch alle, die als Selbstständige, Gewerbetreibende, Freiberufler oder Beamte noch arbeiten sowie alle in der Land- und Forstwirtschaft. Profitieren dürften etwa 230 000 Männer und Frauen, so die Bundesregierung. Wichtig ist: Der neue Steuerfreibetrag der Aktivrente unterliegt nicht dem Progressions-



„Das Rentenpaket ist erst der Anfang einer neuen Rentenpolitik“

Friedrich Merz, Bundeskanzler (CDU)

vorbehalt, das heißt, er erhöht nicht den Steuersatz für die restlichen Einkünfte. Besonders lukrativ ist die Aktiv-Rente für alle mit gut bezahlten Büro- oder Dienstleistungs-Jobs, die in der Regel auch gute Renten erhalten. Keine Vorteile oder nur geringe haben alle mit einem Mini-Job bzw. alle mit einem vergleichsweise niedrig entlohten Teilzeit-Job.

Was bedeutet die Aufhebung des Anschluss-Verbots?

Auch das war ein Detail des Rentenpakets. Konkret bedeutet dies: Rentner können zu ihrem bisherigen Arbeitgeber zurückkehren und dürfen dort auch einen befristeten Arbeitsvertrag unterschreiben. Eine solche Befristung war bisher nicht erlaubt, wenn es zuvor beim selben Arbeitgeber bereits einmal einen befristeten oder unbefristeten Arbeitsvertrag gab. Es gibt nur einen Haken: Der Abschluss eines sog. sachgrundlos befristeten Arbeitsvertrags beim bis-

herigen Arbeitgeber soll erst gelten, wenn die Arbeitnehmer die Regelaltersgrenze erreicht haben.

Auch die Betriebsrenten sollen gestärkt werden, so das Rentenpaket. Was heißt das?

Sog. Sozialpartnerschaften sollen weiter ausgebaut werden. Hier können Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine betriebliche Altersversorgung organisieren. Künftig sollen sich auch Firmen beteiligen können, die nicht tarifgebunden sind. Zudem soll die automatische Entgeltumwandlung erleichtert werden – Arbeitnehmer haben es einfacher, eine eigene private Altersvorsorge über Gehaltsumwandlung aufzubauen, an der sich der Arbeitgeber beteiligen muss. Profitieren sollen hier alle Arbeitnehmer mit einem geringeren Einkommen. Da aber das Rentenpaket hier relativ vage bleibt, ist abzuwarten, welche konkreten Auswirkungen dies für Arbeitnehmer hat.

Fotos: Picture Alliance/Bernd Elmenthaler/Geisler-Fotopr, CDU/Tobias Koch, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

... und was ist mit der Frühstart-Rente?

Ursprünglich war geplant, dass ab 2026 jedes Kind zwischen 6 und 18 monatlich 10 Euro vom Staat erhält, um damit eine private Altersvorsorge aufzubauen. Doch dieses Vorhaben ist erst mal gestoppt bzw. gestreckt worden. Das heißt:

► Eingeführt werden soll die Frühstart-Rente zwar bereits 2026 und auch rückwirkend zum 1. Januar (aktuell gibt es nämlich noch keinen Gesetzes-Entwurf).

► Allerdings sollen nicht mehr alle Kinder zwischen 6 und 18 in den Genuss von 10 Euro monatlich kommen, sondern zuerst nur ein Jahrgang. Heißt: 2026 würden nur Kinder, die 2020 geboren wurden, die 10 Euro monatlich für ein Wertpapier-Depot erhalten.

► Wo und wie das Geld angelegt werden kann bzw. darf, ist noch nicht geklärt.

► Ist ein Kind heute schon 6 oder älter, geht es leer aus.

► 2027 sollen dann, so der Plan, alle Kinder profitieren, die 2021 geboren wurden. Die 2020 Geborenen sollen die 10 Euro monatlich weiter erhalten.

► Faktisch heißt das: Vom ursprünglichen Versprechen („alle Kinder“) bleibt relativ wenig übrig. Das bedeutet: Eltern bzw. Großeltern sollten Geld für ihre Kinder bzw. Enkel anlegen.

Sobald ein konkretes Gesetz vorliegt, wird FINANZplus wieder über das Thema berichten.

Wer ein Kind vor 1992 geboren hat, hat ab 2027 Anspruch auf mehr Mütter-Rente.



Wann kommt die höhere Mütterrente?

Die Erhöhung der Kindererziehungszeiten für ältere Frauen gehört auch zum Renten-Paket. Doch auf mehr Geld müssen Millionen Frauen noch warten.

Wie ist die aktuelle Gesetzeslage?

Eingeführt wurde die Mütterrente 2014 und dann nochmals 2019 ausgeweitet. Seitdem gilt: Eine Frau, die

- ein Kind seit 1992 geboren hat, erhält für jedes Kind 36 Monate Kindererziehungszeiten dem Rentenkonto gutgeschrieben – das entspricht 3 Entgeltpunkten.
- ein Kind bis zum 31.12.1991 geboren hat, erhält für jedes Kind 30 Monate Kindererziehungszeiten, das entspricht 2,5 Entgeltpunkten.

Die Folge: Eine Mutter, die bis 1991 ein Kind geboren hat, erhält für jedes Kind gut 100 Euro mehr Rente pro Monat; eine Mutter, die seit 1992 ein Kind geboren hat, für jedes Kind gut 120 Euro Rente pro Monat. Faktisch heißt das, dass im Rentenrecht das eine Kind 20 Euro mehr Rente pro Monat wert ist als das andere Kind. Betroffen von dieser „Gerechtigkeitslücke“ (CSU-Chef Markus Söder) sind etwa 10 Millionen Mütter, die aktuell dadurch benachteiligt werden.

Was wurde jetzt im Rentenpaket beschlossen?

Das neue Gesetz sieht vor, dass es künftig eine rentenrechtliche Gleichstellung von Kindern geben soll, auch für die Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Sie erhalten

künftig 6 Monate mehr Kindererziehungszeiten angerechnet und kommen dann auch auf 36 Monate. Das bringt jeder Frau, die vor 1992 ein Kind geboren hat, pro Kind gut 20 Euro mehr Rente im Monat.

Wann erhalten ältere Mütter tatsächlich mehr Geld?

Beschlossen wurde, das neue Gesetz gilt ab 1. Januar 2027. Aber die Rentenversicherung kann dies technisch erst zum Jahresanfang 2028 umsetzen – also erst in etwa 2 Jahren. Das heißt: Anfang 2028 soll es rückwirkend für 2027 den Zuschlag geben – von da an monatlich.

Warum wird die Angleichung nicht sofort eingeführt – und später nachgezahlt?

Weil es ums Geld geht. Die Angleichung der Kindererziehungszeiten kostet pro Jahr 5 Mrd. Euro zusätzlich – der spätere Start spart also Geld. Allein bis 2040 sind für die Mütterrente III etwa 60 Mrd. Euro notwendig – Geld, das eigentlich aus

Jüngere Kinder bringen 20 Euro mehr Rente

Seit Juli 2023 gelten zwar in Ost und West gleiche Rentenwerte. Bei der Mütterrente gibt es dennoch weitere Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Müttern.

	Angerechnet werden	Höhere Rente in Euro je Monat *
Geburt vor 1992	30 Monate	101,98
Geburt ab 1.1.1992	36 Monate	122,37

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund
* auf Basis des bis 30. Juni 2026 geltenden Rentenwerts

dem Bundeshaushalt kommen müsste, da den Ausgaben keine Beiträge entgegenstehen.

Was müssen Mütter tun?

Gar nichts. Die 0,5 Entgeltpunkte zusätzlich werden automatisch berücksichtigt; die Rentenkasse dürfte dafür dann neue Rentenbescheide verschicken. Hat eine Frau z. B. zwei Kinder vor 1992 geboren, dann würde sie Anfang 2028 eine Nachzahlung erhalten:

- Für die ersten sechs Monate 2027 etwa 6 x 42,52 Euro (aktueller Rentenwert x 4,24 % geplante Erhöhung zum 1. Juli 2026)
- und für die zweite Jahreshälfte 2027 etwa 6 x 43,80 Euro (Rentenwert ab Juli 2026 plus etwa 3 % Erhöhung), insgesamt etwa 520 Euro. ■



„Mit der dritten Stufe der Mütterrente schließen wir eine jahrzehntelange Gerechtigkeitslücke und stärken die Lebensleistung von Familien“

Markus Söder, CSU-Vorsitzender und bay. Ministerpräsident

Mehr aus einem Riester- Vertrag rausholen

Kaum noch jemand schließt einen Riester-Vertrag ab; doch jedes Jahr werden Hunderttausende Verträge zuteilungsreif. Umso wichtiger ist, dass beim Auszahlen genau geprüft wird, welche Variante individuell am besten ist. Schließlich geht es schnell um Tausende Euro, die man mehr erhalten kann. Und ein neues Urteil führt sogar dazu, dass viele jetzt zusätzlich Geld erhalten können.

136 Euro

pro Monat – so hoch ist die durchschnittliche Riester-Rente. Aktuell erhalten gut eine Million Menschen Geld aus einem Riester-Vertrag.

Quelle: Bundesarbeitsministerium

1. Auszahlung als monatliche Rente

- Wie hoch die monatliche Rente ist, hängt vom Kapital ab, das bis Rentenbeginn angespart wurde. Im Durchschnitt werden aus Riester-Verträgen aktuell 136 Euro pro Monat ausgezahlt.
- Gezahlt wird immer lebenslang. Der Vorteil dieser Variante: Man weiß, dass diese monatliche Einnahme immer bleibt.
- Die Auszahlung ist aber voll steuerpflichtig (siehe nächste Seite) und beginnt spätestens mit Erreichen des regulären Rentenalters.
- Der Start der Riester-Rente kann auch früher sein – es gibt keine



„Hunderttausende Riester-Sparer der Allianz profitieren von einem neuen BGH-Urteil“

Niels Nauhauser, Verbraucherzentrale Baden-Württemberg

Pflicht, dass Riester-Rente und gesetzliche Rente parallel erfolgen müssen. Wann die Auszahlung der Riester-Rente beginnt, hängt vom Vertrag (meist eine Versicherung) ab.

- Wichtig: Wurde der Riester-Vertrag vor dem 1. 1. 2012 geschlossen, ist ein Auszahl-Beginn ab 60 möglich; bei späteren Verträgen kann frühestens mit 62 gestartet werden.
- Aber: Je früher der Start, desto weniger Geld wurde eingezahlt, desto niedriger am Ende die monatliche Rente.
- Der Auszahl-Beginn hat keinen Einfluss auf gewährte Zulagen; die monatlichen Renten sind im Normalfall auch frei von Sozialabgaben.

2. Teil-Auszahlung zum Rentenbeginn

- Mit Start einer Riester-Rente dürfen 30 % des angesparten Kapitals auf einmal ausgezahlt werden. Ausnahme: Bei Riester-Verträgen, die vor 2004 geschlossen wurden – hier sind es maximal 20 %.
- Das restliche Kapital wird anschließend verrentet (siehe oben); die monatlichen Renten sind entsprechend niedriger.
- Wer die Teil-Auszahlung wünscht, sollte penibel auf die 30%-Grenze achten. Sonst müssen Zulagen zurückgezahlt werden. Und auch der Steuer-Vorteil, den man während der Anspar-Phase hatte, muss wieder ausgeglichen werden.
- Sinnvoll ist die Teil-Auszahlung, wenn zum Renten-Start eine größere Summe benötigt wird. Denn die Steuer frisst in jedem Fall einen größeren Teil der Teil-Auszahlung weg (siehe oben).
- Auch die Teil-Auszahlung ist für die meisten frei von Sozialabgaben (siehe nächste Seite).

Vorsicht, Steuerfalle

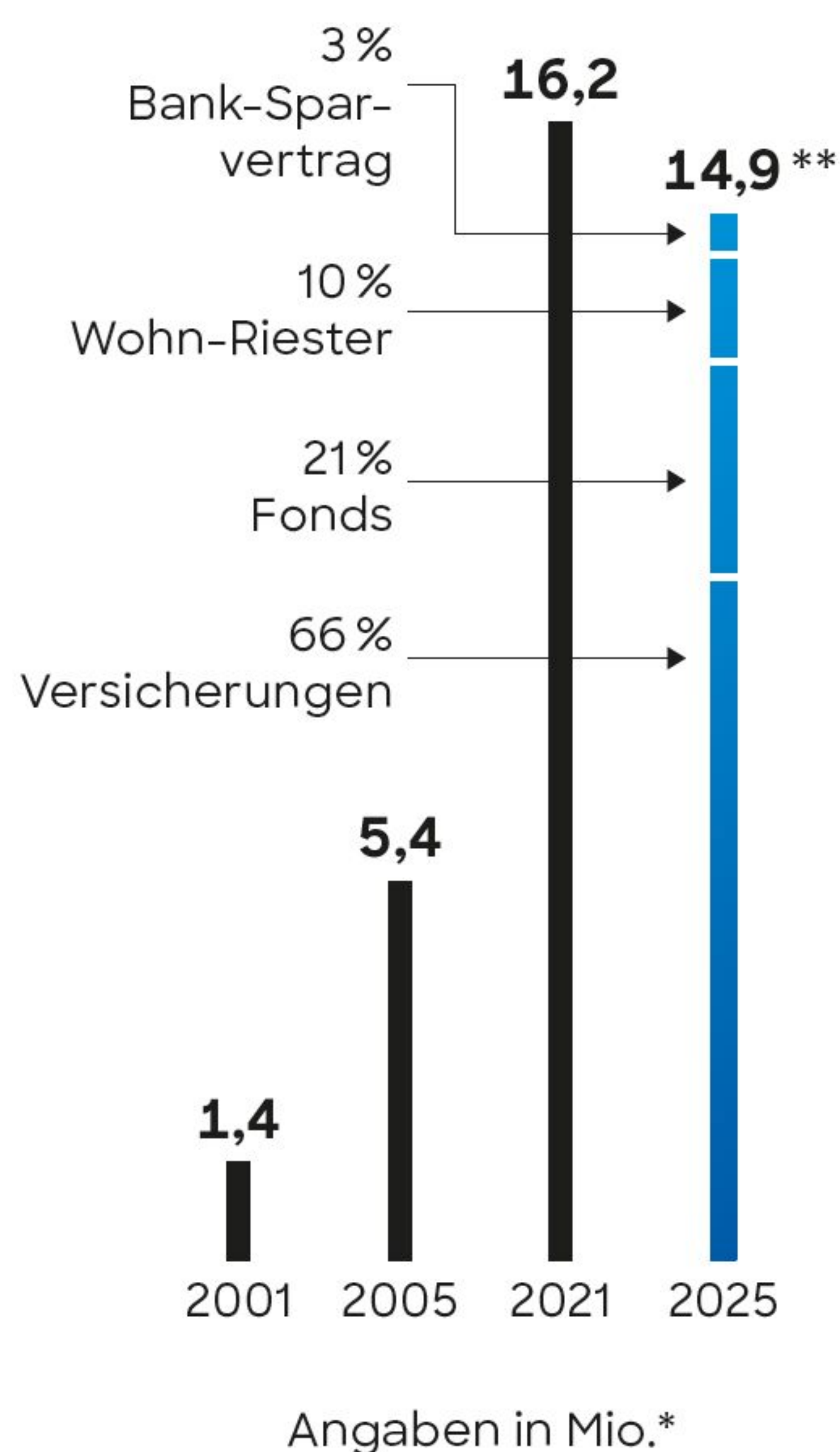
Wer sich 30 % eines Riester-Vertrags in einer Summe auszahlen lässt, muss mit einer höheren Steuer-Nachzahlung rechnen, wie das Beispiel der alleinstehenden Leserin Silke Dernburg (66) aus Herford zeigt:

Arbeitseinkommen	40.000 Euro Grenzsteuersatz: 31,94 %
Riester-Kapital: 50.000 Euro, Einmal-Auszahlung (30 %)	15.000 Euro
Gesamt-Einkommen	55.000 Euro Grenzsteuersatz: 37,24 %
Zusätzliche Steuer	5.586 Euro
Netto verbleiben von Einmal-Auszahlung	9.414 Euro

Quelle: FinanzPlus

3. Umwandlung in Wohn-Riester

- Möglich ist, das angesparte Riester-Kapital (inkl. Zulagen) zu nutzen, um Wohn-Eigentum zu kaufen, Immobilien-Schulden zu tilgen oder energetisch zu sanieren.
- Das Besondere: Hier gibt es keinen Start-Termin – die Umwandlung z. B. eines Riester-Renten- in einen Wohn-Riester-Vertrag ist jederzeit möglich, auch vorzeitig, also vor dem eigentlichen Auszahltermin.
- Beachtet werden müssen ein paar Investitionsgrenzen, damit das Ganze von Finanzamt und Zulagenstelle akzeptiert wird: Beim Kauf einer Immobilie bzw. beim Bau müssen mindestens 3.000 Euro ausgegeben werden, bei der energetischen bzw. barrierefreien Sanierung mindestens 20.000 Euro bzw. 6.000 Euro, wenn man die Immobilie erst vor Kurzem erworben hat.



Noch gut 15 Millionen Verträge

Die Zahl der Riester-Verträge sinkt auch deshalb, weil kaum neue abgeschlossen bzw. viele Verträge gekündigt wurden.

Quelle: Bundesarbeitsministerium

* Gezählt werden nur Verträge in der Ansparphase, nicht in der Auszahlphase

** geschätzt; enthalten sind auch ruhende Verträge (etwa 20 % aller Verträge)

- Wichtig: Die Umwandlung kann in der Anspar- und Auszahlphase erfolgen. Beantragt wird dies bei der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA).
- Aber auch bei der Umwandlung muss das Kapital versteuert werden – die Zulagenstelle führt ein fiktives Wohnförderkonto, das mit 2 % jährlich verzinst wird. Mit der Regelaltersgrenze wird die Steuer fällig.
- Zu zahlen ist die Steuer (ähnlich dem Renten-Modell) jährlich oder als Einmalbetrag – dafür gewährt das Finanzamt einen Nachlass von 30 %.
- Vorteil von Wohn-Riester: Mit dem Geld kann die eigene Immobilie so saniert werden, dass im Ruhestand keine Investitionen mehr nötig sind.

4. Vorzeitige Auszahlung

- Dies kann individuell notwendig werden; finanziell ist dies eine schlechte Variante.
- Grundsätzlich kann angespartes Riester-Kapital vorzeitig (als Rente) ausgezahlt werden, also vor dem 60. bzw. 62. Geburtstag (nach Vertrag).
- Aber dann müssen staatliche Zulagen und die über Jahre gewährten Steuer-Vorteile zurückgezahlt werden, weil die vorzeitige Auszahlung als „schädliche Verwendung“ gilt. Folge: Es steht deutlich weniger Kapital zum Verrenten zur Verfügung; die monatliche Rente ist geringer.

An Abzüge denken

Eine ausgezahlte Riester-Rente ist voll zu versteuern; auch wenn sie voll oder teils in einen Wohn-Riester gesteckt wurde. Wie viel Steuern zu zahlen sind, hängt vom persönlichen Steuersatz ab. Deshalb größere Einmal-Zahlungen ins erste volle Rentenjahr legen.

Für die meisten Riester-Rentner fallen keine Sozialversicherungsbeiträge an. Dies gilt für gesetzlich Pflichtversicherte bei einer Krankenkasse und privat Versicherte. Wer freiwillig gesetzlich krankenversichert ist oder die Riester-Rente als betriebliche Altersvorsorge hat, muss volle Krankenkassen- und Pflegebeiträge bezahlen.



Neues Urteil hilft vielen

Der BGH hat Klauseln der Allianz untersagt – Tausende erhalten nun höhere Renten bzw. höhere Gutschriften. Die wichtigsten Antworten im Überblick.

Worum ging es im Verfahren vor dem Bundesgerichtshof exakt?

Auslöser war eine Klausel, die u. a. Allianz in fondsgebundenen Riester-Rentenverträgen verwandt hat. Die Klausel sah vor, dass Versicherer den bei Vertragsschluss festgelegten Rentenfaktor herabsetzen dürfen, wenn sie es nicht schaffen, die dafür nötige Rendite zu erzielen. Die Versicherungsbedingungen sahen aber keine Regel vor, dass der Faktor auch wieder heraufgesetzt werden kann, wenn sich die Umstände bessern. Dagegen klagte die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg – und bekam recht.

Wie viele Riester-Sparer profitieren?

Hunderttausende. Denn so oft hat Allianz den Renten-Faktor reduziert. Die Folge: Versicherte bekamen weniger Rente bzw. der Renten-Anspruch verringerte sich bei allen, die noch keine Auszahlungen erhalten. Eine solche Klausel gab bzw. gibt es nicht nur in Verträgen der Allianz, sondern in vielen Riester-Renten-Versicherungen.

Und was besagt das Urteil des Bundesgerichtshofs?

Der BGH (Az.: IV ZR 34/25) urteilte: Diese Klausel ist unwirksam, weil sie, zuerst einmal nur Kunden der Allianz, benachteiligt. Das gilt für

alle betroffenen Verträge – unabhängig davon, ob eine Riester-Rente bereits monatlich ausgezahlt wird oder ob in den Vertrag noch eingezahlt wird. Die Folge: Allianz muss die Renten nach dem ursprünglich vereinbarten Rentenfaktor berechnen. Und weil es sich um eine Musterklage handelte, betrifft das Urteil nicht nur den verhandelten Einzelfall, sondern gilt für viele gleichartige Riester-Verträge.

Wann wurde der Renten-Faktor gesenkt?

Dies geschah in der Regel nach 2010, also nach dem Start der Null-Zins-Phase als Folge der Euro-Krise.

Damals senkten Versicherer den Rentenfaktor, weil sie für ihre Geldanlagen viel weniger Zinsen als geplant (oder gar keine mehr) erhielten.

Was folgt daraus für Allianz-Kunden mit laufendem Riester-Renten-Vertrag?

Der ursprüngliche Rentenfaktor gilt – wie vereinbart – rückwirkend für die gesamte Vertragslaufzeit. Entsprechend ist die Allianz verpflichtet, allen Kunden neue, korrigierte Standmitteilungen zu schicken. Inzwischen hat Allianz einige bereits angeschrieben und über den neuen Rentenfaktor informiert. Das betrifft sowohl privat abgeschlos-

- Häufig entsteht nur noch eine sog. Kleinbetragsrente, für die eine Sonderregel gilt – nämlich die Auszahlung in einer Summe.
- Das ausgezahlte Geld ist trotzdem voll steuerpflichtig.
- Wer nicht zwingend auf das Geld angewiesen ist, sollte diese Variante meiden – und den Vertrag dann bis zum erlaubten Auszahl-Beginn lieber ruhen lassen.

5. Kündigen und auszahlen

- Auch das ist möglich – sowohl in Anspar- als auch Auszahlphase.
- Doch auch wenn Riester-Verträge von Beginn an kritisiert wurden



„Das Umwandeln einer Riester-Rente in einen Wohn-Riester ergibt in sehr vielen Fällen Sinn, weil man das Geld flexibler einsetzen darf“

Paul Huber, Verbraucherzentrale Sachsen

(hohe Kosten, geringe Rendite), ist dies die wirklich schlechteste Auszahl-Variante. Denn Zulagen und Steuer-Vorteile müssen bei einer Kündigung erstattet werden bzw. reduzieren die Auszahlungssumme. Und auch Erträge aus den Zulagen (also der Zins-Gewinn) wird abgezogen.

- Bei einer Kündigung wird dann das restliche Kapital in einer Summe ausgezahlt; es findet keine Verren-

tung statt. Und das Kapital ist trotzdem steuerpflichtig.

- Wie verheerend eine Kündigung wirken kann, zeigt das Beispiel eines Durchschnittsverdieners mit Zulagen für ein Kind. Nach 20 Jahren und einem Kapital von gut 58.000 Euro bleiben bei der Kündigung noch gut 39.000 Euro – fast ein Drittel des ursprünglichen Kapitals (18.864 Euro) geht beim Kündigen verloren. ■

sene Riester-Verträge mit staatlicher Förderung als auch Verträge, die Teil einer betrieblichen Altersvorsorge sind.

Was bedeutet das für alle Allianz-Kunden, die bereits eine Riester-Rente monatlich beziehen?

Sie erhalten mehr Geld. Denn das Urteil betrifft sowohl Verträge in der Einzahl-Phase als auch Verträge, bei denen bereits eine Rente monatlich gezahlt wird. Allianz schätzt, dass insgesamt 200 000 Kunden profitieren, davon befinden sich 20 000 in der Auszahl-Phase.

Um wie viel wird die Rente bzw. das Kapital in der Standmitteilung steigen?

Das lässt sich nicht pauschal beantworten, da über die Jahre immer wieder leicht modifizierte Verträge

angeboten wurden, die aber alle die jetzt untersagte Klausel enthalten. Wichtig ist, dass der Rentenfaktor gilt, der in den Vertragsunterlagen genannt wird bzw. wurde.

Trifft das BGH-Urteil auch auf andere Riester-Renten-Versicherer zu?

Ja und nein. Grundsätzlich haben auch andere Versicherungen die jetzt untersagte Klausel verwandt. Aber gegen diese Anbieter gibt es noch kein höchstgerichtliches Urteil – gleichwohl bereiten die Verbraucherzentralen auch dort Musterklagen vor. Unabhängig davon sollte aber jeder, der einen fondsgebundenen Riester-Renten-Vertrag auch bei anderen Versicherern hat, schon jetzt prüfen, ob das Urteil übertragbar ist. Das ist der Fall, wenn

- der Vertrag vor 2015 abgeschlossen wurde – mindestens bis dahin haben viele Versicherer Policen mit vergleichbaren Klauseln angeboten;

- der Vertrag fondsgebunden ist; damit sind Verträge gemeint, bei denen das Geld in Investmentfonds investiert wird (Ob das so ist, geht aus den Vertragsunterlagen und jährlichen Standmitteilungen hervor.);
- der Rentenfaktor gesenkt wurde; das haben Versicherer schriftlich mitgeteilt;
- es eine einseitige Anpassungsklausel gibt. Das bedeutet: In den Versicherungsbedingungen heißt es, dass die Versicherung den Rentenfaktor einseitig kürzen darf; gleichzeitig gibt es aber keine Regel, wann und wie es wieder zu einer Anhebung kommt. Treffen diese Kriterien zu, kann das BGH-Urteil an-

wendbar sein. Es bestünde Anspruch auf Neuberechnung des Rentenanspruchs bzw. auf Nachzahlung, wenn die (niedrigere) Rente bereits gezahlt wird.

Was sollten Versicherte bei anderen Versicherern tun?

Treffen die vier Kriterien (links) zu, dann den Versicherer anschreiben und mit Hinweis auf das BGH-Urteil eine Neu-Berechnung fordern. (Einen entsprechenden Musterbrief gibt es auf unserer Internet-Seite.) Wahrscheinlich ist, dass Versicherer die Neu-Berechnung zuerst ablehnen mit dem Verweis, dass das BGH-Urteil nur Kunden der Allianz betreffe. Dann entweder selbst Klage einreichen bzw. sich an eine Verbraucherzentrale wenden, die ihrerseits weitere Musterklagen vorbereitet. Auf keinen Fall aber nachgeben – das Urteil ist eindeutig.

Eigenes Haus günstiger kaufen oder umbauen

Wer beim Hauskauf oder bei der Sanierung alle staatlichen Zuschüsse nutzt, kann schnell Zehntausende Euro sparen. Notwendig ist aber, dass man sich durch viele Förderprogramme wühlt.

Das gilt für alle Zuschüsse

Generell beherzigen sollten Immobilienkäufer bzw. Hausbesitzer diese Tipps, wenn sie öffentliche Zuschüsse bekommen wollen:

- Neben der Suche nach dem richtigen Objekt bzw. Handwerkern sollten sehr genau die unterschiedlichen Förderungen geprüft werden – wer hier geschickt vorgeht, kann Zehntausende Euro sparen.
 - In der Regel ist eine Förderung nur möglich, wenn die Bau-Maßnahme bzw. der Kauf noch nicht begonnen bzw. getätigt wurde. Das heißt, z. B. ein Angebot von einem Handwerker darf vorliegen, der Auftrag darf aber noch nicht erteilt worden sein.
- Dabei gibt es in der Regel zwei Arten von Zuschüssen:

- Zinsgünstige Kredite – man zahlt also weniger Zins als bei einem vergleichbaren Bank-Kredit.
- Direkte Überweisungen eines bestimmten Betrags aufs Konto, z. B. als Tilgungszuschuss.

Die Abwicklung selbst findet immer Zug um Zug statt. Am Beispiel einer Sanierung sieht das dann so aus: Handwerker-Angebot einholen – Zuschuss beantragen – Zuschuss-Zusage abwarten – Handwerker beauftragen – Handwerker erledigt Auftrag, schickt Rechnung – Handwerker-Rechnung bezahlen – Rechnung einreichen – Zuschuss erhalten.



Ganz wichtig: Viele Förderprogramme können miteinander kombiniert werden – es lohnt, die Kombi-Möglichkeiten der Einzel-Förderungen auszuloten.

Insgesamt kann eine Förderung an diesen Stellen bezogen werden:

- Wohn-Riester (siehe rechts)
- Wohnraum-Förderung – hier sind in der Regel die Bundesländer zuständig (siehe rechts)
- KfW – Kreditanstalt für Wiederaufbau (siehe rechts)
- BAFA – Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (s. S. 48)
- Katholische bzw. evangelische Kirche, meist in Form von Erbbau-Recht (Bistum, Landeskirche bzw. einzelne Kirchengemeinden).

Lohnenswerter Wohn-Riester

Wohn-Riester ist mit einem klassischen Riester-Vertrag vergleichbar. Allerdings wird hier ein Vertrag geschlossen (z. B. Bank, Bausparkasse), der das Ziel hat, dass Wohn-Eigentum gekauft oder eine vorhandene Immobilie saniert werden soll. Möglich ist auch, einen vorhandenen Immobilien-Kredit darüber ganz oder teilweise zu tilgen. Auch ein normaler Riester-Vertrag kann dafür genutzt werden. Die konkrete Förderung sieht so aus:

- Gefördert wird jeder, der einen Vertrag abgeschlossen hat.
- Als Zuschuss gibt es jährlich 175 Euro pro Sparer (Paare 350 Euro).
- Für jedes Kind gibt es zusätzlich 185 Euro, wenn das Kind vor 2008 geboren ist; für jüngere Kinder sind es sogar 300 Euro.

Voraussetzung für die Zuschüsse ist, dass man selbst mindestens 4 % des Jahres-Einkommens in einen Wohn-Riester-Vertrag einzahlt.





Gerade für Familien gibt es beim Haus-kauf oder -bau viele staatliche Zuschüsse.

Diese Zuschüsse gibt es aktuell

Wer eine Immobilie kaufen oder sanieren möchte, sollte sich intensiv mit staatlichen Förder-Geldern beschäftigen. Denn bei geschickter Planung können Zehntausende Euro gespart werden, zumal viele Förder-Programme kombiniert werden können.

Förderung	Art der Förderung	Verwendung
Wohn-Riester	Jährliche Spar-Zulage, Kredit	► Neubau ► Kauf ► Energetische Sanierung
Wohnraum-Förderung	Zinsgünstiger Kredit für Familien mit geringerem Einkommen	► Neubau ► Kauf Neubau
Wohn-Eigentum für Familien (KfW 300)	Zinsgünstiger Kredit für Familien	► Neubau ► Kauf Neubau ► EH 40 Standard
Klimafreundlicher Neubau (KfW 297, 298)	Zinsgünstiger Kredit	► Neubau ► Kauf Neubau ► EH 40 Standard
KfW Wohn-Eigentums-Programm (KfW 124)	Kredit	► Neubau ► Kauf ► Kein Mindeststandard
Förderung genossen-schaftlichen Wohnens (KfW 134)	Zinsgünstiger Kredit	► Kauf von Genossenschafts-anteilen
Erneuerbare Energien - Standard (KfW 270)	Kredit	► Erwerb ► Erweiterung zur Nutzung erneuer-barer Energien, z. B. Photovoltaik ► Klein-Windkraft-Anlagen
Energie-effizient sanieren (KfW 261)	Zinsgünstiger Kredit für Komplett-Sanierung	► Energie-effiziente Sanierung von Bestands-Immobilie
Bundesförderung Energie-effiziente Gebäude (BEG)	Zuschuss für energetische Einzel-Maßnahme	► Sanierung in Bestands-Immobilie, z. B. Heizungstausch ► Dämmung
Energieberatung für Wohngebäude	Zuschuss	► Beratung durch Energieberater
Altersgerechter Umbau (KfW 159)	Zinsgünstiger Kredit	► Umbauten zu Barriere-Freiheit, aber auch Einbruchschutz
Barrieren reduzieren (KfW 455-B)	Zuschuss	► Umbauten, um Barrieren (z. B. Treppen, Schwellen) zu reduzieren

Extra-Geld der Bundesländer

Mit der Wohnraum-Förderung will die Bundesregierung besonders ein-kommensschwache Familien, Allein-erziehende und Ältere unterstützen. In der Regel geschieht dies über zins-günstige Kredite. Zuständig sind aber immer die Bundesländer, wes-halb es keine bundeseinheitlichen Regeln gibt. Zwar gibt das Wohn-raumgesetz strenge Einkommens-grenzen für die verbilligten Kredite vor – diese liegen bei 12.000 Euro pro Jahr für einen 1-Personen-Haus-halt, bei 18.000 Euro für einen 2-Per-sonen-Haushalt; hinzu kommen 4.100 Euro für jede weitere Person im Haushalt plus zusätzlich 500 Euro für jedes Kind. Aber: Die Bundeslän-der können diese Einkommensgren-zen individuell verändern und tun dies auch. So erhalten z. B. Menschen in Baden-Württemberg die Wohn-raum-Förderung, also die günstigen Kredite, auch noch mit 62.000 Euro Einkommen.

Wesentlich für die Förderung ist, dass Eigenkapital vorhanden ist – je nach Bundesland werden zwischen 7,5 und 20 % vorgeschrieben. Aber: In einigen Bundesländern wird auch die Mitarbeit auf der eigenen Baustelle (also jede Form von Eigenleistung) als Eigenkapital akzeptiert.

Wichtigste Förder-Stelle

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist die wichtigste Anlaufstelle für Immobilienbesitzer bzw. -käufer. Die staatliche Bank wickelt die meis-ten Förderprogramme ab. Generell gibt es drei Arten der Förderung:

- Normaler Kredit, die Zinsen dafür liegen etwas unter dem Markt-Durchschnitt, sodass ein kleiner fi-nanzieller Vorteil entsteht. Für diese Kredite werden in der Regel wenige inhaltliche Vorgaben gemacht.
- Zinsgünstiger Kredit: Hier ist der Unterschied zu normalen Bank-Kre-diten sehr deutlich – teilweise be-rechnet die KfW weniger als 1 % pro Jahr. Oft gibt es weitere Vergünsti-gungen, z. B. tilgungsfreie Jahre. Al-lerdings gibt es meist eine Kredit-Höchstsumme, z. B. 100.000 Euro.
- Tilgungs-Zuschuss: Hier wird ein Kredit bei der KfW (bzw. der eigenen Bank) aufgenommen, es muss >

aber nicht die komplette Darlehenssumme zurückgezahlt werden.

Abgewickelt werden die KfW-Programme über die eigene Bank. Das heißt, man nimmt bei der eigenen Bank einen (KfW-)Kredit auf, die Anträge laufen über die eigene Bank, die dann die KfW-Mittel abrufen und an einen auszahlt; die Tilgung findet auch über die eigene Bank statt.

Die KfW bietet diverse Programme an, die sich bei den Förder-Inhalten (was wird gefördert), den Förder-Bedingungen (welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit gefördert wird) und auch dem geförderten Personen-Kreis (Familien, Kinder unter 18, Einkommensgrenzen) unterscheiden. **Ganz wichtig:**

- Teilweise können Programme kombiniert werden; teils schließen sich Programme auch aus.
- Teils werden die reinen Baukosten bezuschusst, teils auch Nebenkosten wie Planung, Baubetreuung oder Energie-Berater.
- Meist werden nur das Haus bzw. die Wohnung gefördert, nicht aber z. B. der Kauf des Grundstücks oder das Umschulden eines vorhandenen Kredits.

Schließlich unterscheidet die KfW noch in ihren Programmen zwischen klassischen Neubauten und Förderung von Bestands-Immobilien.



„Wohneigentum ist kein Luxus, sondern eine Investition in Sicherheit und Lebensqualität. Deshalb fördern wir dies, auch mit vielen neuen Förderprogrammen“

Verena Hubertz, Bundesbauministerin

Zuschüsse für Sonderfälle

Bundesamt für Wirtschaft und Ausführungskontrolle (BAFA) – wenn es nur nach dem Namen ginge, würde kaum ein Immobilienbesitzer sich an diese Behörde wenden, um Zuschüsse für das eigene Zuhause zu beantragen. Aber bei der BAFA sind alle Maßnahmen und Gelder gebündelt, die die Bundesförderung energieeffizienter Gebäude (BEG) betreffen. Das heißt, im weitesten Sinne wird von der BAFA die Sanierung von bestehenden Gebäuden mitfinanziert.

Das heißt, es gibt Zuschüsse sowohl für komplette Gebäude (Komplett-Sanierung) wie auch für Einzelmaßnahmen im Haus. In der Regel gibt es einen festgelegten Zuschuss, der nach Abschluss der Arbeiten direkt aufs Konto überwiesen wird.

Gefördert werden zum Beispiel

- neue Heizungen sowie Optimierung bestehender Heizungen,

- Maßnahmen an der Gebäudehülle (Dämmung, neue Fenster),
- optimierte Anlagentechnik (Luft-Austauscher, Wärmetauscher),
- aber auch die Planung und Bauleitung einer Sanierung.

Die Schwierigkeit ist, dass für jede einzelne Bau- oder Sanierungs-Maßnahme eigene, sehr konkrete Konditionen gelten – das Info-Blatt mit allen BAFA-Fördermaßnahmen umfasst insgesamt 39 Seiten. Die Abwicklung der Maßnahmen erfolgt aber meist nach dem gleichen Muster: Antrag stellen, Genehmigung abwarten, Handwerker beauftragen, Rechnung bezahlen und dann einreichen, Zuschuss kommt direkt aufs Konto.

Auch BAFA-Zuschüsse können mit anderen Förder-Programmen, z. B. auch von der KfW, kombiniert werden. Und teilweise gibt es die Zuschüsse auch für Mieter oder Eigentümer-Gemeinschaften. Deshalb lohnt es auch hier, sich durch den Förder-Dschungel zu kämpfen. ■



Extra-Geld vom Land

Fast jedes Bundesland hat eigene Förderprogramme für Immobilien-Besitzer.

In der Regel geschieht dies über zinsgünstige Darlehen. Und meist haben die Programme zwei Schwerpunkte:

- **Junge Familien**, damit diese leichter Wohn-Eigentum erwerben können.

- **Sanierung** bzw. Umbau von Bestands-Immobilien, damit diese umweltfreundlicher, energieeffizienter oder altersgerechter (barrierefrei) werden.

Wichtig: Teilweise werden die Fördertöpfe nur einmal im Jahr (zu Jahresbeginn) mit Geld gefüllt; ausbezahlt wird dann, solange

Mittel vorhanden sind. Das heißt: Es lohnt auch hier, langfristig zu planen bzw. zuerst zu prüfen, ob noch Gelder vorhanden sind und Anträge am besten zu Jahresanfang zu stellen. In der Regel können die Landesprogramme mit anderen Förderungen von KfW oder BEM kombiniert

werden. Aber auch hier gilt: Antrag muss gestellt werden, bevor der Kauf getätigt bzw. der Umbau gestartet wird.

Zuständig sind in den Bundesländern die Landesbanken, z. B. BayernLabo, L-Bank in Baden-Württemberg, NRW.Bank, WLBank in Hessen, IBB Berlin.

Der Tipp**Bauspar-Vertrag kann sich lohnen, wenn ...**

Früher gehörte ein Bauspar-Darlehen zur Immobilien-Finanzierung dazu. Auch im letzten Jahr schlossen noch etwa eine Million Sparer einen neuen Vertrag ab. Generell gilt für Bauspar-Verträge:

- ▶ Als reine Geldanlage sind sie nicht empfehlenswert, da die Guthaben-Zinsen mit 0,1% Zins pro Jahr sehr niedrig sind.
- ▶ Aber: Bausparverträge haben die Darlehens-Phase, in der man einen günstigen Kredit erhält – je nach Bausparkasse und Tarif liegt der Zins bei 1 bis 2,5%; günstige Baukredite bei Banken kosten 3,7%.

Also doch ein Bauspar-Vertrag? Generell gilt, je länger die Sparphase und je unkonkreter ein Immobilien-Vorhaben, desto unattraktiver. Aber: Wird nur ein Immobilien-Darlehen für einen Umbau von maximal 50.000 Euro benötigt, kann ein Bauspar-Vertrag interessant sein. Denn für Darlehen dieser Größe werden von vielen Banken keine günstigen Immobilien-Kredite vergeben, sondern klassische Darlehen. Und deren Zinsen liegen deutlich höher. Heißt: Bauspar-Verträge sind überlegenswert, wenn

- ▶ maximal 50.000 Euro nötig sind,
- ▶ das Darlehen nicht sofort benötigt wird, sondern planbar ist,
- ▶ man von steigenden Zinsen ausgeht und sich heutige niedrige Bauspar-Zinsen sichern möchte,
- ▶ man in der Spar-Phase staatliche Zuschüsse (Riester oder Arbeitnehmer-Sparzulage) nutzen kann.

Trifft ein Grund zu, Angebote von guten und günstigen Bausparkassen einholen, z. B. Badenia, BKM, BHW, Alte Leipziger, Schwäbisch Hall, LBS NordWest und NordOst.

Z

W

I

—

W

L

Wie finanziere ich ein „neues“ Auto am besten?

Ob Neuwagen oder guter Gebrauchter – ein „neues“ Auto braucht fast jeder irgendwann; und es kostet viel Geld. Auch deshalb bieten Banken, Hersteller oder Leasing-Firmen diverse Finanzierungen. Doch welche ist günstig? Oder Erspartes einsetzen?

1. Diese Fakten vor dem Kauf genau prüfen

Vorneweg: Es gibt nicht die eine Art, ein Auto zu finanzieren, die immer die günstigste Variante darstellt.

Entscheidend sind vielmehr diese Faktoren, die jeweils vor dem Kauf geprüft werden sollten:

- Gibt es Rabatte des Herstellers bzw. Auto-Händlers?
- Ist dieser Rabatt an Bedingungen geknüpft, z. B. an die Finanzierung über die Hausbank des Herstellers bzw. Händlers?
- Gibt es zusätzlich eine Förderung, wie dies aktuell für E-Autos der Fall ist (siehe nächste Seite)?
- Kann man über Erspartes verfügen, um den kompletten Kaufpreis oder die größere Anzahl-Summe (die bei vielen Finanzierungen vorgesehen ist) zu begleichen?
- Wie ist das Ersparte angelegt – als Tages- oder Festgeld mit relativ niedrigem Zins-Ertrag? Oder als Fonds bzw. ETFs, sodass durch die Auflösung der Anteile ein rechnerischer Ertrags-Verlust verbunden ist?
- Wie lange soll die Finanzierung

laufen? Und ist nach der festgelegten Finanzierungsdauer das Auto komplett bezahlt oder muss noch eine Anschluss-Finanzierung für den Rest vereinbart werden?

► Und natürlich: Wie sind die konkreten Finanz-Details (Zins-Satz, Laufzeit, Sondertilgungen usw.)?

2. Finanzierungs-Klappen der Händler

Finanziert werden kann ein Auto – egal ob Neuwagen oder Gebrauchter – auch über die Hausbank des Herstellers bzw. des Händlers.

In der Regel gilt dafür:

- Die Finanzierung erstreckt sich über meist drei oder vier Jahre. Das heißt: Innerhalb dieses Zeitraums ist das Auto komplett bezahlt.
- Es gibt meist eine sog. Drei-Wege-Finanzierung, bei der entweder eine größere Anzahlung am Beginn steht, die aber häufig nicht Teil der Finanzierung ist, sondern die aus Erspartem aufgebraucht werden muss.
- Oder es gibt eine sog. Ballon-Finanzierung: Hier sind die monatlichen Raten vergleichsweise niedrig, dafür muss am Ende eine große Ein-

zahlung erfolgen (siehe Beispiele). Experten kritisieren diese Art des Kredits, weil vergleichsweise niedrige Raten eine bequeme Finanzierung suggerieren, obwohl das „dicke Ende“ noch kommt. Denn: Ähnlich wie die Anzahlung ist oft auch die Schlussrate nicht Teil der Finanzierung, sondern muss aus Erspartem bestritten werden – oder durch einen Anschluss-Kredit.

Und wer die hohe Schlussrate nicht zahlen kann oder will, kann das Auto zurückgeben, hat aber dann quasi das Auto nur gemietet.

3. Finanzierung über eine Bank

Diese Variante ist oft günstiger als die Finanzierung über Händler bzw. Hersteller. Denn gegenüber dem Händler tritt man als Barzahler auf, hat damit eine deutlich bessere Verhandlungsposition für Rabatte oder Extras. Wichtig sind diese Details:

- Auto-Kredite vergibt nicht nur die eigene Bank, sondern auch andere. Deshalb lohnt es, die Konditionen zu vergleichen (Zins-Satz, Laufzeit, Möglichkeit zu Sondertilgung usw.).



Beim Kauf eines neuen Autos lässt sich – je nach Finanzierungs-Art – sehr viel Geld sparen.

Die vier Arten des Auto-Kaufs

Jede Variante hat Vorteile, aber auch einige Nachteile.

	Raten-Kredit	Finanzierung Auto-Händler (Autobank)	Bar-Zahlung	Leasing
Allgemein	Klassischer Raten-Kredit; wird bei Bank geschlossen	Finanziert wird Kauf i. d. R. über Autobank des Herstellers	Käufer überweist Kaufbetrag komplett an Händler, löst dafür Erspartes auf	Man wird nicht Eigentümer, sondern nur Besitzer: Auto wird für bestimmte Zeit geliehen, geht danach zurück oder muss gekauft werden
Vorteile	<ul style="list-style-type: none">► Einfacher, nachvollziehbarer Vertrag► Man kann beim Händler als Barzahler auftreten, erhält evtl. Rabatt► Planbare Raten, die sich nicht ändern► Auto gehört einem sofort – Fahrzeug kann lange nach Finanzierung genutzt werden► Keine Anzahlung► Preis-Vergleich bei unterschiedlichen Banken möglich► Kein Einsatz von Erspartem	<ul style="list-style-type: none">► Einfacher Vertrag► Häufig niedrigerer Kreditzins als bei Banken► Auto gehört einem sofort – Fahrzeug kann lange nach Finanzierung genutzt werden► Niedrigere Raten als bei Bank-Kredit wg. Anzahlung	<ul style="list-style-type: none">► Barzahler sind sehr beliebte Kunden; oft sind Rabatte oder Gratis-Extras verhandelbar► Auto gehört einem sofort	<ul style="list-style-type: none">► Oft niedrige monatliche Belastung► Man bezahlt nur die Nutzung, nicht den Besitz
Nachteile	<ul style="list-style-type: none">► Meist höherer Kreditzins als bei Autobank► Relativ hohe monatliche Raten, damit in kurzer Zeit Kredit getilgt ist	<ul style="list-style-type: none">► Meist höhere Anzahlung nötig (die aus Erspartem geleistet werden muss)► Konditionen (Zins, Laufzeit) nur bedingt verhandelbar► Entgangene Zins-Einnahmen wg. Anzahlung aus Erspartem► Oft sehr hohe Schlussrate (Ballon-Finanzierung)	<ul style="list-style-type: none">► Erspartes ist nötig► Entgangene Zins-Einnahmen	<ul style="list-style-type: none">► Auto gehört einem nicht – nach z. B. 3 Jahren muss neue Entscheidung fallen► Höhere Anzahlung oder Schlussrate (aus Erspartem)► Strenge Vertragsdetails (Wartung, maximale Fahrleistung usw.)



► In der Regel wird die vereinbarte Kreditsumme (für das Auto) während der Laufzeit komplett getilgt; festgelegt ist auch eine gleichbleibende Rate je Monat. Das heißt: Es gibt weder eine größere Anzahlung noch eine Schlussrate; die monatliche Rate ist fix und damit planbar.

► Aber: Diese monatliche Rate ist im Vergleich zu Krediten von Händlern/Herstellern deutlich höher, weil es keine hohen Anzahl- oder Schlussraten gibt und der Kredit vollständig getilgt werden soll.

4. Erspartes für den Kauf einsetzen

Dieser Weg klingt stets so, als wäre es die günstigste Finanzierung. Doch das stimmt nicht immer. Wichtig ist:

► Wie ist das Ersparte angelegt?

► Liegt es sofort verfügbar auf dem Giro-Konto (was eigentlich in dieser Größen-Ordnung nicht der Fall sein sollte, siehe FINANZplus 2/26), dann sollte es natürlich dafür eingesetzt werden – verlorene Zins-Erträge sind dann nicht der Fall.

► Muss Erspartes aber aus einer Anlage-Form aufgelöst werden – ➤

egal ob Festgeld oder ETFs –, dann ist die Finanzierung über Ersparnisse dann günstiger, wenn der Zins-Satz für das Ersparnis niedriger ist als der Zins für den Kredit. Das ist bei Festgeld oder Tagesgeld sicher der Fall. Beim Auflösen von Fonds oder ETFs sollte man zweimal überlegen, da hier die durchschnittlichen Renditen fürs Ersparnis häufig über den Zinssätzen eines Kredits liegen.

5. Und was ist mit Leasing?

Das Leasen wird tatsächlich immer stärker auch für Privatpersonen angeboten. In der Regel wird aber Leasing nur für Neuwagen bzw. sehr junge Gebrauchte angeboten. Das heißt: Der Kauf- bzw. Finanzierungspreis ist relativ hoch; die Raten entsprechend hoch. Letztlich sollte man sich beim Leasing über diese Dinge klar werden: ► Will man das Auto nach Ende der Laufzeit tatsächlich besitzen? Oder es nur nutzen (quasi mieten)?



„Vorsicht bei der sog. Ballon-Finanzierung – hier kommt das dicke Ende am Schluss. Die niedrigen Monatsraten sind Augenwischerei“

Bernd Reich, Deutsche Automobil Treuhand

- Beim klassischen Leasing (Auto geht am Ende der Laufzeit zurück) steht ähnlich wie bei der Ballon-Finanzierung am Anfang oder Ende eine hohe Einzelzahlung. Insofern ist dieses Leasing mit der Händler- bzw. Hersteller-Finanzierung vergleichbar, außer dass man das Auto hier nach Ende der Laufzeit zurückgibt.
- Dieser Weg der Finanzierung ist relativ teuer, weil der relativ hohe Wertverlust von Neuwagen in den ersten Jahren über die Leasing-Raten bezahlt wird. Die Folge: Die Gesamtkosten liegen z. B. für eine dreijährige Leasingzeit bei 30–40 % des Fahrzeug-Neuwerts wie Beispielrechnungen zeigen, ohne dass man zum Besitzer des Autos wird.

6. Und was ist der beste Weg?

Beispiel-Rechnungen (s. re.) zeigen, die klassische Finanzierung über einen Ratenkredit einer Bank erzeugt den geringsten Gesamtaufwand, sofern man auch entgangene Zins-Gewinne bei Bar-Zahlung berücksichtigt. Generell gilt: ► Laufzeit des Auto-Kredits möglichst kurz halten, auch wenn dies höhere monatliche Raten bedeutet. ► Denn: Der Zinseszins-Effekt gilt auch für Kredite – je länger die Laufzeit, desto höher wird der gesamte Zins-Aufwand. ► Um besser und sicher planen zu können, immer eine Bis-zu-Ende-Finanzierung vereinbaren, also keine hohe Schluss-Rate akzeptieren. ► Verhandeln! Und zwar sowohl beim Autohändler wie bei Banken – gerade wenn von der klassischen Standard-Finanzierung (liegt bei Autos oft bei 6 bis 7 Jahren) abgewichen wird, gibt es viele Spielräume für Rabatte. ► Und, egal bei welchem Vertrag: Sich immer das Recht auf Sondertilgungen einräumen lassen.

Tausende Euro vom Staat

Seit 1. Januar 2026 fördert die Bundesregierung wieder den Kauf von E-Autos. Wie hoch der Zuschuss ist, hängt u. a. vom Einkommen ab. Angaben für die einmalige Förderung in Euro

Reines E-Auto

Einkommen *	Haushalt ohne Kinder	... mit einem Kind **	... mit 2 Kindern **
Bis 45.000	5.000	5.500	6.000
45.001-60.000	4.000	4.500	5.000
60.001-80.000	3.000	3.500	4.000
80.001-85.000	-	3.500	4.000
85.001-90.000	-	-	4.000
Über 90.000	-	-	-

Plug-in-Hybrid und Range-Extender

Einkommen *	Haushalt ohne Kinder	... mit einem Kind **	... mit 2 Kindern **
Bis 45.000	3.500	4.000	4.500
45.001-60.000	2.500	3.000	3.500
60.001-80.000	1.500	2.000	2.500
80.001-85.000	-	2.000	2.500
85.001-90.000	-	-	2.500
Über 90.000	-	-	-

* zu versteuerndes Jahreseinkommen des Haushalts; ** nur minderjährige Kinder, die im Haushalt leben



Fotos: Helmut Soeder, Shutterstock.com (2), Hersteller (3); Illustration: Shutterstock.com

Das ist der beste Weg, ein neues Auto zu finanzieren



Fast 4.000 Euro bei neuem VW T-Roc sparen

	Ratenkredit	Finanzierung über Händler	Barzahlung	Finanzierung über Händler (Rückgabe)	Leasing
Listenpreis in Euro	34.000	34.000	34.000	34.000	34.000
Anzahlung in Euro	-	- 10.000	34.000	- 10.000	10.000
Zu finanzieren in Euro	34.000	= 24.000	-	= 24.000	-
Laufzeit	36	÷ 36	-	÷ 36	36
Monatsrate in Euro	944,44	= 53,87	-	= 53,87	79,67
Eff. Jahreszins in %	6,25	4,99	-	4,99	-
Gesamtkosten Finanzierung	3.727,60	1.939,32	-	= 1.939,32	2.868,12
Abschlussrate in Euro	-	20.403	-	1.020	-
Gesamtkosten Finanzierung	-	22.342,32	-	2.959,32	-
Gesamtaufwand Finanzierung	37.276,60	32.342,32	-	12.939,32	12.868,12
Zins-Verlust Anzahlung*	-	927 / 1.190	3.153 / 6.495	927 / 1.190	927 / 1.190
Rechn. Gesamtaufwand	37.276 / 38.339	33.269 / 33.532	37.153 / 40.495	13.866 / 14.129	13.795 / 14.058

*gerundet bei aufgelöstem Festgeld (Jahres-Rendite 3 %) / aufgelöstem ETF (Jahres-Rendite 6 %)



Gebrauchter BMW X3 fast 5.000 Euro günstiger

	Ratenkredit	Finanzierung über Händler	Barzahlung	Leasing
Preis in Euro*	35.900	35.900	35.900	35.900
Anzahlung in Euro	-	10.000	35.900	10.000
Zu finanzieren in Euro	35.900	25.900	-	-
Laufzeit	36	36	-	36
Monatsrate in Euro	997	116	-	116
Eff. Jahreszins in %	6,25	7,459	-	-
Gesamtkosten Finanzierung	3.459	4.176	-	4.176
Abschlussrate in Euro	-	26.459	-	-
Gesamtaufwand Finanzierung	39.359	40.635	-	14.176
Zins-Verlust Anzahlung**	-	927 / 1.190	3.329 / 6.857	927 / 1.190
Rechn. Gesamtaufwand	39.359	41.562 / 41.825	39.229 / 42.757	15.103 / 15.366

*Erstzulassung 1/2023; **gerundet bei aufgelöstem Festgeld (Jahres-Rendite 3 %) / aufgelöstem ETF (Jahres-Rendite 6 %)



Staatliche Prämie deckt Finanzierungskosten bei Elektro-Audi Q4 Sportback e-tron fast ab

	Ratenkredit	Finanzierung über Händler	Barzahlung	Finanzierung über Händler*	Leasing
Preis in Euro*	54.950	54.950	54.950	54.950	54.950
Anzahlung in Euro	-	10.000	-	10.000	10.000
Staatliche Prämie	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
Zu finanzieren in Euro	48.950	38.950	48.950	38.950	-
Laufzeit	36	36	-	36	36
Monatsrate in Euro	1.360	249	-	249	295
Eff. Jahreszins in %	6,25	5,67	-	5,67	-
Gesamtkosten Finanzierung	53.667	8.964	-	8.964	10.620
Abschlussrate in Euro	-	36.409	-	1.852	-
Gesamtaufwand Finanzierung	53.667	55.373	-	20.816	14.176
Zins-Verlust Anzahlung**	-	927 / 1.190	4.539 / 9.350	927 / 1.190	927 / 1.190
Rechn. Gesamtaufwand	53.667	56.300 / 56.563	53.489 / 58.300	21.743 / 22.006	15.103 / 15.366

*Rückgabe; **gerundet bei aufgelöstem Festgeld (Jahres-Rendite 3 %) / aufgelöstem ETF (Jahres-Rendite 6 %)



Diese Fallen drohen bei der Immobilien-Rente

Überall locken Finanz-Firmen mit ähnlichen Angeboten – und es klingt auch zu schön: Das eigene Haus verkaufen, darin wohnen bleiben und zusätzlich jeden Monat Extra-Geld aufs Konto erhalten. Doch der komplette bzw. teilweise Immobilien-Verkauf gegen Geld und Wohnrecht hat viele Klippen.

1. Das Grund-Prinzip

Im Kern arbeiten alle Anbieter von Immobilien-Renten nach einem ähnlichen Grund-Prinzip: Die Immobilie wird an den Anbieter (einen Finanz-Dienstleister oder eine Bank) verkauft, die bisherigen Eigentümer erhalten ein lebenslanges Wohnrecht und je nach Verkaufsmodell entweder eine Einmalzahlung und/oder eine monatliche Zahlung, die Immobilien-Rente.

2. Das Lebens-Risiko

Das grundsätzliche Risiko für die Verkäufer: Wer früh stirbt, erhält nur eine relativ kurze Zeit die ver-

einbarte Immobilien-Rente, hat das Haus also sehr billig (unter Wert) verkauft. Aber es gilt auch das Gegenteil: Wer sehr alt wird und im Haus wohnen bleiben kann, erhält für die Immobilie viel Geld. In beiden Fällen aber gehört die Immobilie beim vollständigen Verkauf nicht mehr zur Erbmasse.

3. Teil- oder Voll-Verkauf

Angeboten wird von den Finanz-Dienstleistern meist der vollständige Kauf wie auch ein Teil-Kauf – mit dem Tod müssten dann die Erben entscheiden, ob auch der restliche Teil der Immobilie an den Anbieter verkauft wird oder ob der verkaufte Teil wieder zurückgekauft wird.

4. Zugriff auf das Haus

Aktuell werden 9 von 10 Immobilien-Renten aus einem Teil-Verkauf gezahlt. Der große Vorteil des Teil-Verkaufs für die bisherigen Besitzer: Man behält den größten Teil der Immobilie, kann weiter darüber bestimmen. Generell können beim Teil-Verkauf maximal 50 % der Immobilie verkauft werden; dem Verkäufer wird für den verkauften Teil ein Nießbrauchsrecht (im Grundbuch) eingeräumt. Und es gibt – anders als beim Komplett-Verkauf – kein Mindestalter für Verkäufer. Der Auszahlungsbetrag sollte beim Teilverkauf mindestens 100.000 Euro betragen. Da die Eigentümer weiter in der Immo-

Das eigene Haus kann eine Zusatz-Rente liefern.



Vor- und Nachteile auf einen Blick

Immobilien-Rente, Nießbrauch, Wohnrecht, Teil- oder Vollverkauf – wer aus der eigenen Immobilie Geld ziehen möchte, hat mehrere Möglichkeiten: Jede hat Vor-, aber auch Nachteile.

	Immo-Rente mit Wohnrecht	Immo-Rente mit Nießbrauch	Teilverkauf mit Nießbrauch	Voll-Verkauf
Monatliche Rente lebenslang	✓	-	-	-
Kombi aus lebenslanger Rente und Teil-Auszahlung	✓	-	-	-
Einmal-Zahlung	-	-	Ja, bis 50 % des Werts	✓
Auszahlung, mehrmals durch Etappen-Verkauf	-	-	Ja, bis 50 % des Werts	-
Liquidität ohne Schulden	✓	✓	✓	✓
Zahlung steuerpflichtig	✓	-	-	-
Wohnrecht bzw. Nießbrauch	Endet mit Auszug	Endet mit Tod	Endet mit vollständigem Verkauf	-
Kosten für Wohnrecht	Ja, reduziert monatliche Rente	Ja, Vergleichsmiete wird abgezogen	✓	Ja, für neue Immobilie
Kosten Verkauf trägt	Verkäufer	Verkäufer	Käufer	Käufer
Entscheidung über Immobilie	Käufer	Verkäufer, eingeschränkt (Käufer ist Eigentümer)	Verkäufer (Käufer wird stiller Teilhaber)	Käufer
Instandhaltung	Käufer	Verkäufer	Verkäufer	Käufer
Anteil Wertsteigerung	Nein	Nein	✓	Nein
Rückkauf	Nein	Nein	✓	Ggf.
Immobilie vererbbar	Nein	Nein	Ja (Eigentumsanteil + Rückkaufsrecht)	Nein
Mindestalter	Ab 65	Ab 65	-	-
Erlös im Vergleich zum Immobilienwert	Etw. 30 %	30 bis 50 %	Mind. 85 %	100 %

bilie wohnen und den Nießbrauch darüber haben, wird ein monatliches Nutzungs-Entgelt berechnet. Mit dem Nutzungs-Entgelt wird das Nießbrauchsrecht abgegolten. Berechnet wird das monatliche Nutzungs-Entgelt nach folgendem Schema: Auszahlungsbetrag × Marktzins 12. Wer z. B. 100.000 Euro für einen 20%-Teilverkauf erhält, muss dafür monatlich 100.000 × 5,25 % 12 435 Euro bezahlen.

5. Der Kaufpreis

Vielfach wird die Wert-Entwicklung der letzten Jahre unterschätzt. Das heißt, eine Immobilie ist viel mehr wert als von Finanz-Firmen geschätzt bzw. als Basis für die Immo-

bilien-Rente angelegt wird. Deshalb immer einen unabhängigen Gutachter den Preis bestimmen lassen. Kaufwillige bieten zwar Gutachter an. Doch deren Interesse ist, dass ein niedriger Wert entsteht. Eine Liste mit Sachverständigen gibt es bei IHK oder Architektenkammer. Oder man beauftragt einen Makler.

6. Höhe der Rente

Die Höhe der eigentlichen Immobilien-Rente ist oft überraschend gering, weil vom Wert des Hauses noch der Wohnwert abgezogen wird. (Und je niedriger der Haus-Wert [s.o.], desto schlechter.) Das heißt: Die Weiternutzung des Hauses nach dem Verkauf kostet auch eine monatliche

Summe. Die orientiert sich an den örtlichen Mieten. Und auch hier kann eine niedrige oder eine höhere Miete als Vergleich herangezogen werden. Auch dies genau kontrollieren.

7. Die Sterbetafel

Um den Wohn-Wert, also die Summe aller Vergleichsmieten für das eigene Haus, berechnen zu können, die der lebenslangen Rente zugrunde liegt, ziehen die Anbieter noch eine Sterbetafel heran. Die Frage ist, welche. Letztlich schätzen die Anbieter damit die eigene Lebenserwartung. Eine extrem hoch angesetzte Lebenserwartung führt dazu, dass der Wohn-Wert hoch ist und die monatliche Rente niedriger ausfällt.

8. Irreführende Beispiele

In Beispiel-Rechnungen wird oft ein sehr hohes Alter der Verkäufer angesetzt, sodass eine sehr hohe (verlockende) Rente entsteht. Denn je älter man beim Verkauf ist, desto höher die Rente. Deshalb bei Beispielen immer auf das Start-Alter achten.

9. Art der Auszahlung

90 % der Verkäufer wünschen eine größere Einmal-Summe. Genau dies reduziert die monatliche Immobilien-Rente. Eine möglichst hohe, lebenslange Immobilien-Rente ist nur sinnvoll, wenn die gesetzliche Rente sehr niedrig ist. Wer möglichst viel Geld möchte, um frei verfügen zu können (z. B. auch mit Blick aufs Erbe), kann nur mit einer geringeren Immobilien-Rente rechnen.

10. An Steuern denken

Sowohl kompletter Verkauf wie auch Teil-Zahlung wie auch die eigentliche Immobilien-Rente sind steuerpflichtig. Maßgeblich ist der Ertragsanteil, dessen Höhe altersabhängig ist (s. u.): Je älter man zu Beginn der Renten-Zahlung ist, desto geringer der Ertragsanteil. Aber, bei höherer Teil-Zahlung nimmt sich das Finanzamt einen gehörigen Anteil – auch dies wird in Beispiel-Rechnungen häufig nicht aufgeführt.



„Bei den Angeboten immer nachfragen, welche Sterbetafel eigentlich als Basis dient“

Thomas Mai, Verbraucherzentrale Bremen

11. Das Grundbuch

Grundbuch: Wichtig ist, dass bei Ehepaaren ein Wohnrecht für beide Partner im Grundbuch eingetragen wird. Auch die regelmäßige Zahlung sollte als Reallast im Grundbuch vermerkt sein. Und: Das Wohnrecht und die Immobilien-Rente müssen erst-rangig sein. Nur so ist man bei einer Insolvenz des neuen Haus-(Mit-)Eigentümers geschützt.

12. Fallen beim Wohnrecht

Ein Wohnrecht sollte stets für beide Ehepartner gelten. Aber ein Wohnrecht gilt nur, solange es genutzt werden kann. Sobald man selbst (oder der Partner) ins Pflegeheim umziehen muss, verfällt das Wohnrecht. Insofern ist der sogenannte Nießbrauch (statt eines Wohnrechts) sinnvoller. Dieses Recht gilt lebenslang – und der Nießbrauch ist weitergehend. Man kann das Haus weitervermieten, wenn man selbst nicht darin wohnt – und darf die Miete behalten. Aber: Während man beim Wohnrecht nur kleine Reparaturen

sowie Strom, Wasser und Heizung zu zahlen hat, muss man beim Nießbrauch den Unterhalt der Immobilie tragen, also auch größere Reparaturen, Versicherungen fürs Haus und die Grundsteuer.

13. Instandhaltung

Diese Kosten muss eigentlich der neue Eigentümer tragen. Aber Käufer und Verkäufer können frei im Vertrag festlegen, wer für was künftig aufkommen soll. Wenn man beim Teilverkauf den Nießbrauch wählt, ist man eventuell komplett für die Instandhaltung verantwortlich, auch wenn einem nur ein Teil der Immobilie gehört. Wichtig ist in jedem Fall, dass im notariellen Kauf-Vertrag möglichst genau festgeschrieben wird, wer für Renovierung und Reparaturen zuständig ist. Denn nichts ist ärgerlicher, als wenn man das Haus verkauft hat und darin wohnt, sich der Käufer aber nicht um Reparaturen kümmert. Deshalb die Instandhaltung genau vertraglich fixieren.

14. Mindest-Laufzeit

Sehr wichtig ist, dass die Immobilien-Rente sich auf beide Ehepartner bezieht, also auch gezahlt wird, sollte ein Partner sterben. Vereinbart werden sollte auch, dass der überlebende Partner die Immobilie auch allein nutzen kann, dass also Wohnrecht bzw. Nießbrauch auch für den hinterbliebenen Partner gelten. Und: Vereinbart werden sollte auch eine Todesfall-Zahlung, dass also eine bestimmte Summe gezahlt wird, falls ein Partner oder beide innerhalb der ersten fünf oder zehn Jahre nach Vertragsschluss sterben. Das Geld des Finanz-Dienstleisters geht dann z. B. an die Erben.



Alter und Geschlecht sind entscheidend

Die Höhe einer Immobilienrente hängt weniger vom Wert des Hauses ab, wie dieses Beispiel zeigt.

Geschlecht	Mann	Frau	Mann	Frau
Alter bei Verkauf in Jahren	75	75	70	70
Restlebenserwartung	11,1	12,8	13,7	16,0
Wert der Immobilie in Euro	300.000	300.000	300.000	300.000
Wohnwert inkl. Instandhaltung je Monat in Euro	1.020	1.020	1.020	1.020
Wohnwert Lebenszeit in Euro	-135.698	-156.682	-167.947	-195.777
Gesamtwert Leibrente in Euro	164.302	143.318	132.053	104.223
Immobilien-Rente pro Monat in Euro	1.235	933	802	543
Differenz in %		-25 %		-32 %

Quelle: Deutsche Leibrenten AG

Fotos: KI/Agentur2, Shutterstock.com (2), Verbraucherzentrale Bremen

Der Tipp**BU-Police zum
Abitur oder
Bachelor-Abschluss
schenken**

Zwar ist die gesetzliche Erwerbsminderungsrente deutlich verbessert worden – im Schnitt gibt es trotzdem nur etwa 1.100 Euro im Monat. Deshalb gilt weiter: Das größte Lebens-Risiko für Jüngere ist, nach einer guten Ausbildung nicht bis zur Rente im erlernten bzw. studierten Beruf arbeiten zu können, weil Unfall oder Krankheit dies verhindern. Deshalb gehört eine Berufsunfähigkeits-Versicherung für Jüngere zur essenziellen Absicherung. Die zahlt bis zur Rente monatlich Geld, wenn man im angestammten Beruf nicht mehr arbeiten kann – und zwar anders als die gesetzliche Rente generell bei Erwerbsfähigkeit. Deshalb: Sollten Eltern oder Großeltern ein sinnvolles Geschenk zu Abitur oder Studienabschluss suchen – dann eine BU-Police schenken. Wichtig:

- Der monatliche Beitrag hängt vom Vertragsbeginn ab. Gute Policen (mtl. Rente 2.000 Euro bis 67) kosten beim Start mit 25 etwa 50 Euro im Monat; beim Start mit 30 schon gut 10 Euro mehr pro Monat.
- Gute und günstige Tarife bieten u. a. HDI (Tarif Ego Top), Stuttgarter (Plus 91 NR), Bayerische (BU Protect NR), Swiss Life (122 4 U NR), Volkswohl Bund (SBU NR), Balaise (BP).
- Unbedingt darauf achten, dass der Tarif „Verzicht auf abstrakte Verweisung“ enthält und „Nachversicherung ohne neue Gesundheitsprüfung“ möglich ist.
- Ganz wichtig: Im Antrag ehrlich sein. Häufig entsteht Streit erst nach Jahren, weil Versicherer Leistungen verweigern, weil im Antrag angeblich unwahre Angaben gemacht wurden.



Wer in einem Pflegeheim
lebt, muss das gesamte
Vermögen einsetzen.

Hohe Pflegekosten – Haus und Erspartes schützen

Fast jeder fürchtet Pflegebedürftigkeit – wegen der körperlichen Schwäche, aber auch wegen der hohen Kosten. 3.500 Euro müssen im Schnitt pro Monat für ein Pflegeheim privat bezahlt werden; 80 % können das nicht mehr – und müssen auf Ersparnis und eigene Immobilie zurückgreifen. Genau das lässt sich verhindern.



Fast 3.400 Euro im Schnitt

Die Kosten für einen Platz in einem Pflegeheim hängen von der Einrichtung, dem Bedarf an Pflege, aber auch vom Wohnort ab.

Angaben in Euro je Monat*

Bremen	3.752
Baden-Württemberg	3.725
Saarland	3.696
Nordrhein-Westfalen	3.694
Hamburg	3.459
Bayern	3.398
Hessen	3.303
Rheinland-Pfalz	3.284
Brandenburg	3.165
Thüringen	3.183
Schleswig-Holstein	3.152
Sachsen	3.136
Niedersachsen	3.035
Mecklenburg-Vorpommern	3.023
Sachsen-Anhalt	2.853

Quelle: vdek, Stand: 2025

*Durchschnittsbeträge im jeweiligen Bundesland

Warum werden die Kosten für ein Pflegeheim für viele Familien immer stärker zu einem finanziellen Problem?

Weil die Kosten der Heime rasant steigen: Im Schnitt beträgt der Eigenanteil inzwischen fast 3.500 Euro im Monat – die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung sind schon berücksichtigt. Inzwischen kann ein Großteil der Bewohner eines Pflegeheims diese privat zu zahlenden Eigenanteile nicht mehr tragen.

Was passiert dann?

Zuerst einmal gilt, dass es einen privaten Vertrag zwischen dem Heim und Bewohnern gibt und dass jeder Bewohner praktisch das gesamte Vermögen einsetzen muss, um diesen Vertrag zu erfüllen. Praktisch heißt das, dass Bewohner zuerst ihre laufenden Einnahmen einsetzen müssen, um die Heimkosten zu tragen – das sind z. B. monatliche Rente und Betriebsrente, sofern vorhanden Kapital- oder Mieteinnahmen.

Und wenn die laufenden Einnahmen nicht ausreichen?

Dann müssen die Bewohner auf Rücklagen zurückgreifen, also auf Ersparnisse. Und wenn das frei verfügbare Ersparnis aufgebraucht ist, müssen auch andere Vermögenswerte benutzt werden, also notfalls z. B. eine Immobilie verkauft werden.

Aber das ist ja für viele Betroffene, aber auch Familien die schlimmste Vorstellung, dass „alles Ersparnis für die Pflege draufgeht“ ...

Das stimmt. Deshalb fürchten sich die meisten ja nicht nur vor den körperlichen Beschwerden einer Pflegebedürftigkeit, sondern vor den finanziellen Folgen, weil im schlimmsten Fall alles eingesetzt werden muss, was man sich erarbeitet hat.

Muss wirklich alles Vermögen für die Pflege in einem Heim eingesetzt werden?

Formell ja. Pflegebedürftige dürfen nur ein kleines Schon-Vermögen besitzen, das unberührt bleiben darf.

Was ist, wenn Ersparnisse nicht ausreicht bzw. keine Immobilie oder andere Vermögenswerte vorhanden sind?

Dann stellt in der Regel das Pflegeheim einen Antrag auf Übernahme der Kosten beim Sozialamt. Das heißt, die Pflegekosten werden dann von der Gemeinde übernommen, in der das Heim liegt. Doch das Sozialamt wird dann prüfen, ob es unterhaltspflichtige Kinder gibt, die ganz oder teilweise die Pflege der Eltern übernehmen. Ganz wichtig dabei: Auch wer die Kosten eines Heims nicht mehr tragen kann, muss nicht ausziehen – der Platz im Heim ist trotzdem immer sicher.

Aber das bedeutet ja, dass sich Sparen und Vorsorge gar nicht lohnen, wenn am Ende doch alles für die Pflege aufgewandt werden muss bzw. das Sozialamt einspringt?

Ja und nein. Natürlich kann schnell das Gefühl entstehen, dass „man blöd war“, Geld zu sparen, wenn bei anderen, die keine Rücklagen haben, gleich das Sozialamt für die Pflege einspringt. Aber man sollte immer auch die andere Seite sehen: Nur ein sehr kleiner Teil der Menschen wird tatsächlich pflegebedürftig; und nur die wenigsten pflegebedürftigen Menschen leben in einem Heim mit den entsprechenden Kosten; und nur ein sehr kleiner Teil derer, die in einem Heim leben, haben extrem hohen Pflegebedarf, sodass auch die höchsten Kosten entstehen. Aber, das ungute Gefühl bleibt, dass derjenige, der finanziell vorgesorgt hat, am Ende „bestraft wird“.

Was ist, wenn z. B. ein Partner in ein Pflegeheim umziehen muss, der andere Partner aber nicht?

Im Prinzip gilt Ähnliches. Es muss alles aufgebraucht werden, bis auf das Schon-Vermögen. Mehr noch: Durch die eheliche Unterhaltspflicht gilt das auch für den Partner, der nicht in einem Heim lebt – auch er muss alles aufbrauchen, bevor es staatliche Hilfe gibt, also das Sozialamt für die Pflegekosten einspringt.

Bedeutet das, dass ein Partner ausziehen muss, damit eine Immobilie für den pflegebedürftigen Partner „verbraucht“ werden kann?

Nein – und damit beginnen die Möglichkeiten, die jeder hat, um sich vor den stetig steigenden Pflegekosten zu schützen: Neben einem kleinen Betrag Barvermögen zählt auch eine selbst genutzte Immobilie zum Schonvermögen, wenn der Ehepartner im gemeinsamen Haus wohnt.

Wie kann man Vermögen und Ersparnis noch schützen, falls ein Partner in ein Pflegeheim umziehen muss?

Wichtig ist gerade bei Ehepaaren, dass ein Partner nur den Überschuss über den errechneten Bedarf für die Heimkosten des Partners einsetzen muss. Aber wichtig ist, dass rechtzeitig der Antrag auf Hilfe zur Pflege gestellt und nicht gewartet wird, bis alles Barvermögen aufgebraucht ist und sich die Rechnungen des Pflegeheims angesammelt haben.

Warum ist der frühzeitige Antrag auf Hilfe wichtig?

Weil das Sozialamt immer nur ab dem Stellen des Antrags hilft, nie aber rückwirkend. Und das Sozialamt springt auch nicht automatisch ein, wenn Rechnungen des Pflegeheims nicht mehr bezahlt werden.

Welche Folgen hat der Antrag beim Sozialamt auf Hilfe bei Pflegebedürftigkeit?

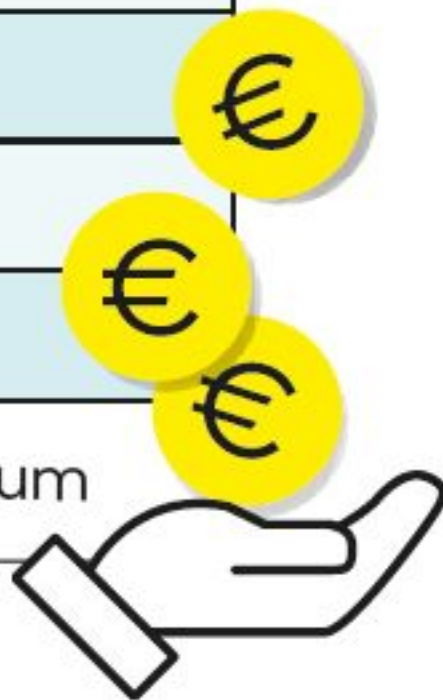
Zuerst einmal, dass das Sozialamt für die laufende Deckung aufkommt. Aber das Sozialamt darf dann auch die Einkommensverhältnisse des Ehepartners prüfen, aber auch der Kinder (die ja gegenüber ihren Eltern eine Unterhaltspflicht haben). Während aber ein Ehepartner alles (bis auf das Schonvermögen) für die Pflege des Partners einsetzen muss, werden Kinder erst ab einem Jahreseinkommen von mehr als 100.000 Euro herangezogen, sofern ein Elternteil Pflegekosten in einem Heim nicht mehr bezahlen kann.

Das zahlt die Pflegekasse

Wer in einem Pflegeheim lebt, kann Pflegesachleistungen erhalten, sofern mind. Pflegegrad 2 vorliegt, Angaben in Euro pro Monat.

Pflegegrad	Leistung
1	-
2	796
3	1.497
4	1.859
5	2.299

Quelle: Bundesgesundheitsministerium



Was sollten Ehepaare noch tun, um Ersparnis, aber auch das eigene Haus vor den Kosten einer möglichen Pflegebedürftigkeit zu schützen?

Das eigene Haus können Ehepaare zuerst einmal am besten vor dem Zugriff des Sozialamtes schützen, indem es beiden Partnern gehört, also beide im Grundbuch eingetragen sind, idealerweise zu gleichen Teilen. Denn damit könnte ein pflegebedürftiger Partner zuerst einmal nur auf eine Hälfte der Immobilie zurückgreifen – und eine Hälfte lässt sich z. B. nicht so leicht verkaufen.

Muss eine Immobilie, die beiden gehört und bewohnt wurde, für die Pflege eines Partners verkauft werden?

Sofern der nicht pflegebedürftige Partner in der Immobilie wohnt, muss dieser nicht ausziehen, damit das Haus z. B. verkauft werden kann. Das heißt: Solange ein Partner in der Immobilie wohnt, ist sie – bei angemessener Größe – vor dem Zugriff des Sozialamtes geschützt.

Wie wird diese „angemessene Größe“ ermittelt?

Generell ist die Größe einer Immobilie immer ein heikler Punkt. Denn als Schonvermögen, das nicht für die Pflege eingesetzt werden muss, gilt eine selbst (oder vom Partner) bewohnte Immobilie nur, wenn sie angemessen, also nicht zu groß ist. Wird eine Immobilie als „zu groß“ angesehen, heißt das aber noch lange nicht, dass sie komplett aus dem Schonvermögen herausfällt. Am Ende hängt es immer vom Einzelfall ab. Möglich ist dann z. B. auch, dass vom Sozialamt trotzdem Hilfe zur Pflege gezahlt wird, aber nur als Darlehen und dass sich das Sozialamt dann eine Grundschuld im Grundbuch eintragen lässt. Damit sinkt zwar der Wert der Immobilie, aber



„Teilverkauf bietet mehr Flexibilität als Kompletter Verkauf, weil man wieder zurückkaufen kann. Zudem bietet dies schnell Liquidität, um Pflege abzudecken“

Thomas Weiss, Vorstand Bundesverband Immobilienverrentung (BVIV)



Knapp 3.500 Euro im Monat müssen im Schnitt privat in einem Heim dazugezahlt werden.

zu Lebzeiten des Pflegebedürftigen bleiben die Eigentums-Verhältnisse unverändert.

Was sollten Paare mit Blick auf eine mögliche Pflege und die Kosten noch bedenken?

Wer Vermögen, vor allem eine Immobilie, schützen will, sollte darüber nachdenken, Ersparnis bzw. eine Immobilie auch ganz oder Teile davon an Kinder (im Zuge eines vorgezogenen Erbes) zu übertragen. Dadurch sinkt das frei verfügbare und für mögliche Pflegekosten aufzubrauchende Vermögen. Gleichzeitig lässt man sich bei der Immobilie ein lebenslanges Wohn- und/oder Nießbrauchsrecht einräumen. Ähnliches kann für Wertpapier-Vermögen eingeräumt werden – so lässt sich ein Depot übertragen, man selbst behält den Nießbrauch, also z. B. die Dividenden-Zahlungen. Dieser Weg hat auch Vorteile für die Kinder, weil z. B. durch das Wohn- bzw. Nießbrauchsrecht der steuerpflichtige Wert der Schenkung drastisch sinkt, sodass auch Immobilien in Großstädten ohne Steuerzahlung übertragen werden können – anders als oft beim klassischen Erbfall.

Kann man diesen Schritt auch noch gehen, wenn eine Pflegebedürftigkeit bereits eingetreten ist?

Ja und nein. Formal ist auch dann eine Übertragung, z. B. an Kinder, möglich. Aber: Eine Schenkung an Kinder kann bis zu 10 Jahre lang auf Betreiben des Sozialamts rück-



Diese Punkte prüfen

Wer für sich oder die Eltern ein Pflegeheim sucht, sollte anhand dieser Checkliste vorgehen.

Kosten und Vertrag

- ☐ Sind die Aufnahme-Bedingungen klar?
- ☐ Gibt es die Möglichkeit, zur Probe zu wohnen?
- ☐ Ist der Vertrag verständlich?
- ☐ Wie hoch sind die Kosten?
- ☐ Ist ein Einzelzimmer möglich?
- ☐ Gibt es Verwaltungsgebühren?
- ☐ Sieht der Vertrag vor, dass Mitarbeiter des Heims für einen Formulare ausfüllen dürfen?
- ☐ Kann ein Haustier mitgebracht werden?

Lage und Erreichbarkeit

- ☐ Sind Einkaufs-Läden, Cafés, Bank, Kirche gut erreichbar?
- ☐ Sind Arzt und Apotheke zu Fuß erreichbar?
- ☐ Gibt es eine gute Verkehrsanbindung, um in die nächste Großstadt zu kommen?
- ☐ Sind Familie und Freunde in der Nähe?
- ☐ Gibt es Fahr-/Begleitsdienste?

Ausstattung

- ☐ Wie viele Bewohner teilen sich eine Pflegefachkraft?
- ☐ Ist ärztlicher Dienst im Heim?
- ☐ Ergo- oder Physiotherapie?
- ☐ Gibt es Palliativ-Begleitung?
- ☐ Gäste-Zimmer für Besuch?

Atmosphäre und Sicherheit

- ☐ Wirkt die Atmosphäre im Haus, in den Zimmern wohnlich?
- ☐ Riecht es auf dem Gang?
- ☐ Machen Bewohner einen zufriedenen Eindruck?
- ☐ Ist das Personal gegenüber Bewohnern freundlich?
- ☐ Ist der Umgangston der Mitarbeiter gut?
- ☐ Klopft das Personal beim Betreten der Zimmer an?

- ☐ Sind Zimmer abschließbar?
- ☐ Ist Empfang durchgehend, auch nachts, besetzt?

Versorgung und Pflege

- ☐ Gibt es Betreuungs-Assistenten, die Bewohner unterhalten und etwas unternehmen?
- ☐ Werden Essens-Wünsche erfüllt (Menüs zur Auswahl)?
- ☐ Haben Bewohner Einfluss auf den Speiseplan?
- ☐ Stehen Getränke jederzeit kostenlos zur Verfügung?
- ☐ Ist Essen im Zimmer möglich?

Zimmer

- ☐ Sind Zimmer gut gepflegt?
- ☐ Sind eigene Möbel möglich bzw. Zimmer groß genug?
- ☐ Verfügt jedes Zimmer über ein WC mit Rufanlage?
- ☐ Sind TV-/Internet-/Telefon-Anschluss in jedem Zimmer?
- ☐ Werden Bettwäsche oder Handtücher gestellt und gewaschen?
- ☐ Gibt es an der Tür Namensschild und eigenes Postfach?

Freizeit und Unterhaltung

- ☐ Hat das Heim Kiosk, Restaurant oder Cafeteria?
- ☐ Ist ein eigener Garten/Park vorhanden?
- ☐ Gibt es Hobbyräume?
- ☐ Verfügt das Heim über Sport- oder Gymnastikhalle, Schwimmbad etc.?
- ☐ Gibt es im Haus professionelle Fußpflege und Friseur?
- ☐ Wie viele Gruppenräume gibt es, z. B. zum gemeinsamen TV-Schauen oder Treffen?
- ☐ Gibt es eine Bibliothek?
- ☐ Gibt es Freizeitangebote?
- ☐ Ausflugsprogramm z. B. für Theater, Kino, Museen?

gänglich gemacht werden – das gilt für Geld-Beträge wie für die vollständige Immobilien-Überschreibung.

Schützt auch ein Teil-Verkauf der Immobilie, z. B. an Finanz-Dienstleister, das Vermögen?

Ja. Dies kann ein intelligenter Weg sein, wenn die Immobilie den größten Vermögenswert darstellt. Zum einen erhält man Mittel, um die Pflege zu bezahlen, zum anderen verfügt man damit nur über erlaubtes Schonvermögen. Und drittens besteht auch die Möglichkeit, den veräußerten Teil wieder zurückzukaufen, z. B. auch durch die Kinder. Auch dies verhindert, dass eine Immobilie bei einer Pflegebedürftigkeit eingesetzt werden muss – und aus dem Familienbesitz fällt.

Wie groß ist das Risiko, dass das gesamte Vermögen aufgewandt werden muss?

Eher gering. Viele Paare machen sich unnötig Sorgen um ihr Vermögen;

Was ist „angemessen“, was wird „verschont“?

§ 90 SGB XII legt fest, was bei einer Pflegebedürftigkeit als „einzusetzendes Vermögen“ und was als „Schonvermögen“ gilt.

Immobilien		
Personen	Einfamilienhaus	Eigentumswohnung
1	70 m²	60 m²
2	90 m²	80 m²
¾	110 m²	100 m²
Geld-Vermögen		
Personen	Euro	
1	10.000	
2	20.000	
Sonstige Dinge		
Erbstücke		
Bücher/Musik-Instrumente		
Bestattungsvorsorge		



„Bei den Angeboten immer nachfragen, welche Sterbetafel eigentlich als Basis dient“

Thomas Mai, Verbraucherzentrale Bremen

insgesamt werden mögliche Pflegekosten oft deutlich überschätzt – und zwar sowohl bezogen auf die monatliche Höhe wie auch auf die Gesamtbeträge bzw. die Dauer.

Was heißt das konkret?

Blickt man auf die durchschnittlichen Daten, dann ergibt sich Folgendes: Die allermeisten Menschen werden gar nicht pflegebedürftig. Und ein hoher Eigenanteil bei stationärer Pflege fällt nur bei einem hohen Pflegegrad an – den aber haben nur die allerwenigsten Pflegebedürftigen. Und ein hoher Eigenanteil fällt zudem vor allem im ersten Pflegejahr in einem Heim an; ab dem zweiten Jahr macht sich der neue Leistungszuschlag bemerkbar, sodass bei längerem Aufenthalt in einem Heim der Eigenanteil sinkt. Hinzu kommt, dass eine Pflege in einem Heim etwa drei Jahre dauert.

Mit welchen Kosten für eine Pflege sollte man rechnen?

Rechnet man eine Pflegebedürftigkeit im schlimmsten Fall durch, ergeben sich folgende finanzielle Belastungen: Angenommen es besteht höchster Pflegebedarf, dann läge der Eigenanteil bei z. B. 3.500 Euro pro Monat. Und angenommen es gäbe eine halbwegs gute Rente bzw. Betriebsrente von z. B. 1.500 Euro, dann verbliebe ein Rest von 2.000 Euro pro Monat im ersten Jahr – insgesamt 24.000 Euro. Im zweiten Pflegejahr sinkt der Eigenanteil (durch den höheren Leistungszuschlag) auf 3.100 Euro, 1.600 Euro pro Monat wären offen – das wären 19.000 Euro im 2. Jahr. Im dritten Pflegejahr säuke der Eigenanteil (höherer Leistungszuschlag) auf 2.700 Euro, so-

dass noch 1.200 Euro pro Monat aus Erspartem zu decken wären, also 15.000 Euro Eigenanteil im dritten Jahr. Drei Jahre dauert im Schnitt ein Aufenthalt in einem Pflegeheim. Insgesamt beträgt das finanzielle Risiko also 24.000 + 19.000 + 15.000 Euro = 58.000 Euro. Und zwar für den eher unwahrscheinlichen Fall, dass man überhaupt pflegebedürftig wird und schwer pflegebedürftig in einem Heim leben muss.

Kann dieses Risiko auch über private Pflegeversicherungen ausgeglichen werden?

Ja. Wer z. B. eine Pflege-Tagegeld-Versicherung über 50 oder 100 Euro je Tag abschließt, erhält im Pflegefall so viel, dass der verbleibende Eigenanteil gedeckt werden kann. Eine gute und günstige Police, die man z. B. mit 60 abschließt, kostet etwa 60 Euro pro Monat. Aber, der Nachteil dieser Policen: Wird man nicht pflegebedürftig (was bei den meisten der Fall ist), dann ist das Geld weg. Und bis zum möglichen Eintritt einer Pflegebedürftigkeit (jenseits der 80), hat man schon fast 15.000 Euro ausgegeben – Beitrags-Steigerungen sind noch nicht mal berücksichtigt.

Was ist die Alternative?

Privat vorsorgen! Allerdings nicht mit einer privaten Pflege-Versicherung, sondern mit einem klassischen Sparplan. Der große Vorteil: Das angesparte Geld wäre frei verfügbar, nicht nur für eine Pflegebedürftigkeit einsetzbar. Wer z. B. ab 60 monatlich 60 Euro in einen weltweiten ETF (gute ETFs zeigt unsere Internetseite) einzahlt, hat bis 80 bereits ein Vermögen von gut 30.000 Euro angespart.

Erbt man mehr, wenn man die Eltern pflegt?



Oft kommt es deshalb zum Streit zwischen Geschwistern. Das Erbrecht sieht den Ausgleich vor, auch wenn im Testament nichts steht.

Meist werden Eltern von einem Kind versorgt. Hat dieses Kind Anspruch auf einen höheren Anteil des Erbes?

Das lässt sich nicht mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten, sondern hängt davon ab, ob die Eltern im Testament die Pflegetätigkeit des Kindes erwähnt haben. Konkret heißt das:

- Gibt es kein Testament oder wurde nichts zur Pflege notiert, gilt § 2057a BGB. Der regelt die Ausgleichspflicht. Im Ergebnis erhält das pflegende Kind mehr, die anderen Erben weniger. Denn der Nachlass wird erst aufgeteilt, wenn der Wert der Pflege abgezogen wurde.

- Haben Eltern im Testament die Pflege erwähnt, ohne dass das pflegende Kind höher bedacht wurde, besteht keine Ausgleichspflicht.

Wie hoch ist der finanzielle Ausgleich für die Pflege?

Dazu sagt das Gesetz nichts. Der Anspruch ist allgemein formuliert. Oft streiten sich so Erben um den Wert der Pflege. Umso wichtiger wäre es, dass Eltern dies über das Testament bzw. zu Lebzeiten exakt regeln.

Wer entscheidet, was die Pflege wert war?

Die Erben, also z. B. alle Kinder eines Elternpaares. Sollte es jedoch Streit

über die Ausgleichszahlung geben, entscheidet das Nachlassgericht. Am Ende geht es nicht um jede Stunde, sondern um eine Gesamtschau: Wie lange und in welchem Umfang haben Tochter, Sohn oder Enkel einen Erblasser gepflegt? Hat dies evtl. Kosten in einem Heim oder durch einen Pflegedienst eingespart? Zu berücksichtigen sind auch alle Vor- und Nachteile, also z. B. geringeres Einkommen des Pflegenden oder das Zurückstellen eigener Lebenspläne.

Kann die Pflege so viel wert sein, dass einem pflegenden Kind das ganze Erbe zufällt?

Nein. Denn der Ausgleich muss der Billigkeit entsprechen. Heißt: Der Anspruch kann nicht den gesamten Nachlass umfassen, weil die Leistungen im Verhältnis zum Nachlass bewertet werden – Kinder eines Paares dürfen nicht leer ausgehen.

Hat nur ein pflegendes Kind Anspruch auf Ausgleich?

Anspruchsberechtigt sind nur „Abkömmlinge“, also Kinder und Enkel.

Ehepartner oder Geschwister haben keinen Anspruch. Und Enkel sind auch nur berechtigt, wenn der ursprüngliche Erbe weggefallen ist.

Hat die Art der Pflege Einfluss auf den Anspruch?

Indirekt schon. Wird z. B. durch ein Kind eine 24-Stunden-Pflege garantiert, hat dies einen anderen Wert, als wenn man jeden Tag zwei Stunden „nach dem Rechten“ sieht, die Eltern aber allein leben. Das Gesetz nennt mehrere Arten von Leistungen, aus denen sich ein Anspruch ergeben kann: Mitarbeit im Haushalt, im Geschäft oder Pflege. Entscheidend ist, ob die Leistung positiven Einfluss auf das Vermögen der Eltern (Erblasser) hatte. In jedem Fall müssen die Leistungen über die bloße Unterhaltspflicht hinausgehen.

Wird für die Pflege ein Stundenlohn angesetzt?

Nein. Aber es gibt auch keinen Schwellenwert, in welcher Höhe die Pflege die Vermögens-Erhaltung oder -mehrung bewirkt haben muss. ■



„§ 2057 des BGB regelt die Ausgleichspflicht zwischen Geschwistern im Erbfall. Leider beziffert das Gesetz aber nicht die Höhe des Ausgleichs“

Prof. Markus Schuhmann, Fachanwalt für Erbrecht, München

Lohnt eine Rechtsschutz-Police?

Selbst Verbraucherschützer haben zu dieser Frage keine einhellige Meinung. Gleichwohl gibt es eindeutige Indizien, wann eine Rechtsschutz-Versicherung sinnvoll ist – und wann nicht.

Die Vorteile

► **Ein Gefühl der Sicherheit:** Selbst wer achtsam und vorsichtig lebt, kann trotzdem durch eine eigene oder andere Unaufmerksamkeit in einen Rechtsstreit verstrickt werden. Oder man wird von anderen verklagt, obwohl man unschuldig ist.

► **Wer eine Rechtsschutz-Police hat, kann darauf vertrauen, dass im Fall eines Rechtsstreits Anwalts- und Gerichtskosten übernommen werden.**

Das gilt gerade, wenn man z. B. selbst Schadensersatz fordert. Mit einer Rechtsschutz kann immer die Maximal-Forderung erhoben werden, weil es kein finanzielles Risiko für den Fall einer abgewiesenen Klage gibt.

► **Da Gerichts- und Anwaltskosten zum 1. Juni 2025 drastisch um 6 bis 9 % gestiegen sind, vermeidet eine Police auch dieses höhere Kosten-Risiko.** Bei einem Streitwert von 10.000 Euro betragen die Gerichtskosten allein 849 Euro; bei 50.000 Euro sind es schon 1.914 Euro; bei einem Schadensersatz-Prozess, z. B. mit Körperverletzung und 1 Mio. Streitwert sind es schon fast 19.000 Euro (jeweils bei 3-fachem Gerichtskostenwert). Stuft das Gericht das Verfahren als kompliziert ein, sodass z. B. ein 5-facher Wert gilt, erhöhen sich die Kosten um 50 %.

► **Rechtsschutz-Policen sind Baukasten-Versicherungen.** Das heißt: Es

können einzelne Pakete abgeschlossen werden, je nachdem, welche Art Rechtsschutz benötigt wird. Im Gegenzug können auch Teile gekündigt werden, die nicht nötig sind. So benötigen alle, die in Rente gehen, den Baustein Arbeitsrechtsschutz nicht.

► **Sinnvolle Baukasten-Teile sind Privat-Rechtsschutz.** In diesem Basis-Baustein sind Streitfälle rund um Kaufverträge, Reisen, Schadensersatz und Schmerzensgeld gedeckt.

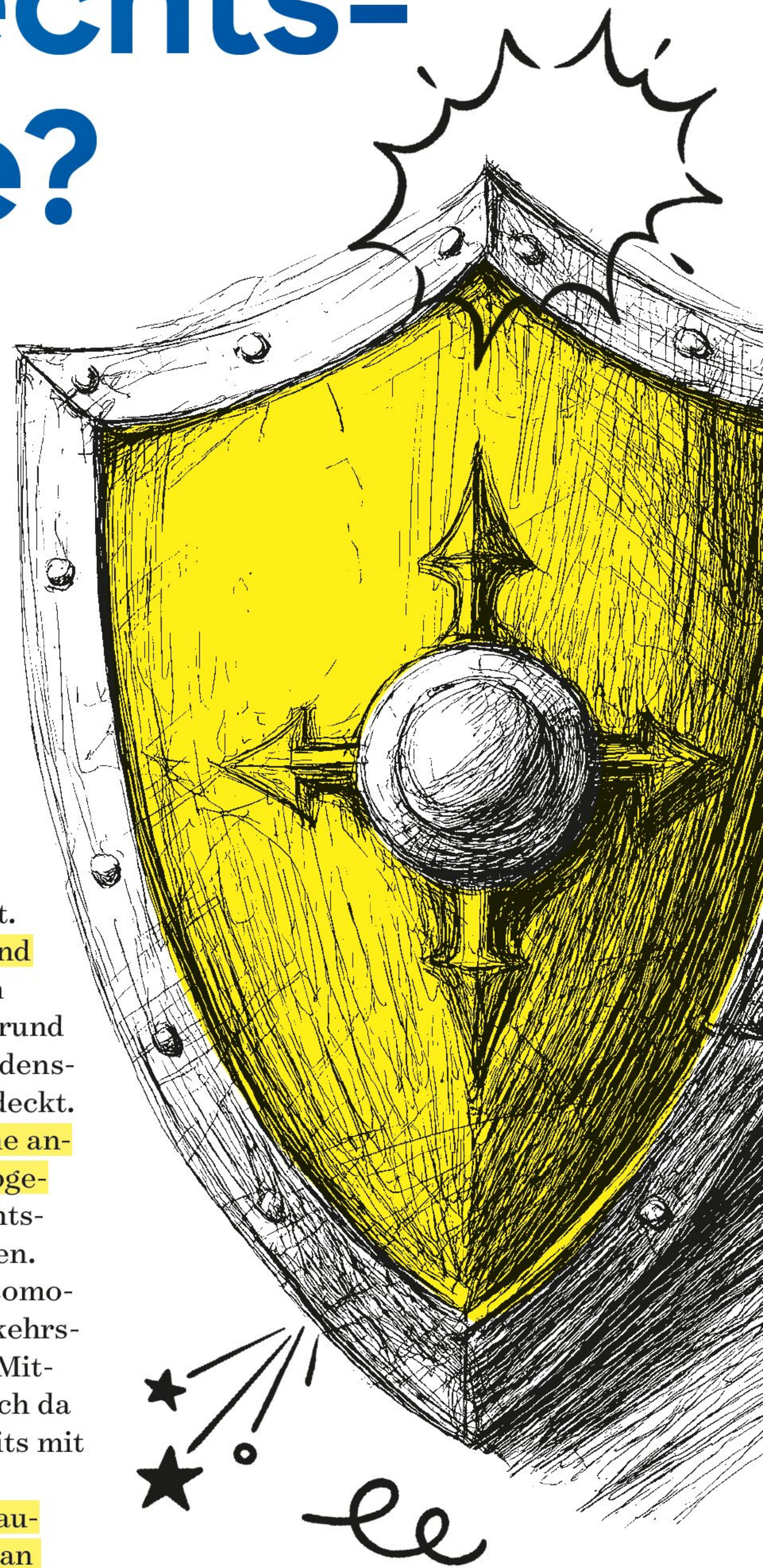
► **Ist ein Baustein z. B. über eine andere Art von „Versicherung“ abgedeckt, kann dies aus einer Rechtsschutz herausgenommen werden.** Wer z. B. Mitglied in einem Automobilclub ist, hat darüber oft Verkehrsschutz. Gleiches gilt für Mitglieder von Mietervereinen; auch da ist das Risiko eines Rechtsstreits mit dem Vermieter abgedeckt.

► **Zusätzlich bieten einzelne Bausteine sog. Wahlleistungen – man bucht dazu, was man benötigt.** Das kann beim Basis-Baustein Privat z. B. Sozialrecht (also Streitfälle mit Sozialversicherungsträgern), Verwaltungsrecht (Ärger mit Behörden), Strafrecht, Internet-Recht, Erb- und Familienrecht sein. Aber das zeigt, eine klassische Rechtsschutzversicherung deckt nie alle Rechtsgebiete ab.

► **Wichtig bei allen Bausteinen:** Auch wenn der Baustein „umfassend“ klingt – bestimmte Dinge sind trotzdem

ausgenommen. Beispiel: Angenommen man verursacht einen Verkehrsunfall, weil man eine Fußgängerampel übersehen hat, mit verkehrsrechtlichen Folgen, z. B. Bußgeld – hier greift Verkehrsschutz. Aber es gibt auch strafrechtliche Folgen, z. B. wegen Körperverletzung – hier greift die Rechtsschutz in der Regel nicht.

► **Hilfreich ist auch, dass bei guten Policen in der Regel eine kostenlose**



Erstberatung eingeschlossen ist – und zwar häufig auch für Rechtsgebiete, die eigentlich ausgeschlossen sind. Heißt: Man bekommt eine kostenlose Erst-Einschätzung.

► **Wer eine Versicherung abschließen will, sollte auf Details achten:**

- Normalerweise gibt es eine Wartezeit, das heißt einen Zeitraum nach dem Vertragsschluss, in dem der Versicherer nicht zahlt. Je kürzer, desto besser. Gut sind 3 Monate.
- Anwaltskosten sollten auch in Widerspruchs-Verfahren übernommen werden. Heißt, wenn man gegen einen Bescheid einer Behörde Widerspruch einlegen möchte, es noch nicht zum Prozess gekommen ist.
- **Stich-Entscheid:** Schätzt eine Versicherung die Erfolgsaussichten negativ ein, wird keine Kosten-Übernahme erteilt. Akzeptiert man dies nicht, sollte der eigene Anwalt ein Gutachten schreiben dürfen über die Erfolgsaussichten, das dann die Versicherung als bindend akzeptiert. Weniger gut ist, wenn der Versicherer im Schiedsgutachter-Verfahren einen Anwalt beauftragt.
- **Einrede der Vorvertraglichkeit:** Darauf sollten Versicherer mit dem Antrag verzichten; in der Regel geschieht dies nach 5 Jahren. Das heißt, es sind dann alle Rechts-Streitigkeiten enthalten, die lange vor dem Vertragsschluss liegen. Das ist z. B. bei Streit mit einer Berufsunfähigkeits-Versicherung wichtig; dort argumentieren Versicherer oft, dass beim Antrag gesundheitliche Probleme verschwiegen wurden.
- **Schließlich gehört zu den Vorteilen**, dass es sich um Standard-Policen handelt und Leistungen gut verglichen werden können. Zudem gibt es zahlreiche Anbieter, die günstige Verträge (s. o.) bieten, auch online.

Gute und günstige Policen

Diese Rechtsschutz-Versicherungen sind empfehlenswert.
Beitrag in Euro pro Jahr

Anbieter	Tarif	Selbstbeteiligung	Beitrag
Für Rentner *			
Bavaria Direkt	Rundum-Schutz	1.000	11,70
Sia	Smart	1.000	12,87
KS/Auxilia	Rechtsschutz	1.000	14,13
DMB Rechtsschutz	Yolig	500	15,57
S-Direkt	Rundum	1.000	16,77
Agencio	Natura Optimum	500	17,52
Roland	Starter	500	17,85
ADAC	RS exklusiv**	250	23,08
DEVK	Komfort	250	24,26
Advo-card	Rechtsschutz	300	25,25
Für Familien ***			
Sia	Smart	500	17,75
KS/Auxilia	Jurprivat	1.000	19,79
Bavaria Direkt	Rundum-Schutz	1.000	20,47
DMB Rechtsschutz	Yolig	500	20,88
Agencia	Natura Optimum	500	22,87
BGV	Exklusiv Family	400	27,88
ADAC	RS exklusiv**	250	28,27
Roland	Top Rechtsschutz Komfort	400	31,20
S-Direkt	Rundum-Schutz	1.000	31,58
DEVK	Komfort	250	33,12

* Paar ohne Kinder (beide in Rente, unbegrenzte Deckungssumme, Mindeststandards von Stiftung Warentest, Rechtsschutz für Privat, Verkehr, Wohnen, Immobilienbesitz, kein Rechtsschutz in letzten fünf Jahren
** für ADAC-Mitglieder
*** Paar (40 Jahre), beide berufstätig als Angestellte, 2 Kinder unter 18, unbegrenzte Deckungssumme, Mindeststandards von Stiftung Warentest, kein Wohneigentum, Rechtsschutz für Arbeit, Privat, Verkehr, Wohnen, kein Rechtsschutz in den letzten fünf Jahren
Quelle: Eigene Recherche

Die Nachteile

- **Verbraucherschützer, wie z. B. der Bund der Versicherten**, stufen eine Rechtsschutz-Police als „weniger wichtig“ ein, da es Versicherungen gibt, die wichtigere Lebens-Risiken abdecken wie eine Haftpflicht-Police. Heißt: Eine Rechtsschutz sollte man erst in Erwägung ziehen, wenn wichtigere Risiken abgesichert sind.
- **Das Baukasten-Prinzip:** Eine Rechtsschutz-Versicherung deckt nie alle Rechtsgebiete ab. Das heißt: Man muss sehr viele Bausteine einschließen, um einen weitreichenden Schutz zu haben. Entsprechend viel kostet die Police dann.
- **Viele Rechtsgebiete sind ausgeschlossen.** Das gilt z. B. für Familienrecht. Heißt, die Kosten für eine Scheidung oder Unterhaltsstreit muss man in der Regel selbst zahlen. Ähnliches gilt fürs Erbrecht – auch da sind die Kosten fürs Testament, aber auch für eine Erbauseinsetzung in der Regel selbst zu tragen.
- **Und auch wer alle klassischen Bausteine bucht**, bestimmte Rechtsgebiete sind trotzdem ausgeschlossen. Dazu gehören meist
 - Strafrecht,
 - Immobilien-Recht (also Kauf und Verkauf von Immobilien),
 - Kapitalrecht (Streit mit Banken oder Finanz-Instituten wie Fonds) bzw. Kapitalanlegerrecht,
- **Verfahren vor obersten Gerichten** (Verfassungsgerichte, Gerichtshöfe).
- **Oft sind auch nur Teile eines Rechtsgebiets ausgeschlossen.** So deckt Arbeitsrechtsschutz zwar Streit mit dem Arbeitgeber; aber nur für Angestellte. Und versichert ist nur individuelles Arbeitsrecht, nicht aber kollektives.



„Eine Rechtsschutz-Versicherung, die alle Lebensbereiche abdeckt, gibt es nicht. Die Policen funktionieren immer nach dem Baukasten-Prinzip – man muss sich entscheiden, für welchen Rechtsbereich man den Versicherungsschutz wünscht“

Bianca Boss, Vorständin, Bund der Versicherten

► **Lohnenswert ist eine Rechtsschutz bei hohen Streitwerten.** Doch die gibt es selten. Heißt: Die allermeisten zahlen jahrelange Beiträge, ohne dass es einen Rechtsstreit gäbe. Finanziell gesehen wäre es besser gewesen, das Geld für die Versicherung anzusparen, um im Ernstfall einen kleinen Nachbarschaftsstreit aus Erspartem zu bezahlen.

► **Vielfach decken auch andere Versicherungen einen Rechtsstreit ab.** Beispiel: Wer eine andere Person schädigt und auf Schadensersatz verklagt wird, kann auch die Privathaftpflicht nutzen. (Auch deshalb ist eine Privathaftpflicht wichtiger.)

► **Gleiches gilt für andere Bausteine:** Wer z. B. Mitglied in einem Automobilclub ist, hat Verkehrs-Rechtsschutz meist inklusive. Gleiches gilt für Gewerkschaftsmitglieder – hier ist Arbeits-Rechtsschutz enthalten.

► **Eine gute Rechtsschutz-Versicherung kostet 200 bis 300 Euro im Jahr.** Trotzdem gibt es noch eine Selbstbeteiligung, meist 500 bis 1.000 Euro. Diese Selbstbeteiligung gilt für jeden Rechtsstreit.

► **Und eine Rechtsschutz-Versicherung hat immer eine Wartezeit.** Das heißt: Der Vertrag muss eine be-

stimmte Zeit bestanden haben, bevor überhaupt der volle Versicherungsschutz greift. Ausnahme ist nur, wenn das Ereignis unvorhergesehen kam, z. B. durch einen Unfall.

► **Wichtig ist zudem:** Wer eine Rechtsschutz-Police beantragt, hat keine Gewähr, dass die Versicherung den Antrag annimmt. Das geschieht oft, wenn man schon mal eine Rechtsschutz-Versicherung kündigte oder ein Versicherer Leistungen verweigerte. Wer in den letzten fünf Jahren eine Rechtsschutz-Police im Streit auflöste, dürfte kaum eine neue erhalten.

► **Und:** Rechtsschutz-Versicherer haben weitreichende Kündigungsrechte. So ist es Versicherern erlaubt, einen Vertrag aufzulösen, wenn um Deckung für zwei Fälle innerhalb eines Jahres gebeten wurde. Mit der Folge, dass man auch dann keine neue Police finden dürfte.

► **Deshalb sind zwei Dinge bei Rechtsschutz-Verträgen wichtig:** Nie in Zahlungsverzug kommen (auch das rechtfertigt eine Kündigung) und immer erst den alten Vertrag kündigen, wenn ein neuer Vertrag vorliegt.

► **Und um Streit mit dem Rechtsschutz-Versicherer zu vermeiden,**

unbedingt auf Transparenz achten.

Zu den Pflichten gehört es, so früh als möglich den Versicherer über ein Prozess-Risiko zu informieren. Unterbleibt dies, gilt dies als Verletzung der Obliegenheiten, was zur Leistungsverweigerung führen kann – unabhängig von den Erfolgsaussichten eines Prozesses.

► **Zu den Pflichten gehört auch, dass man z. B. zuerst den Versicherer informiert,** bevor man einen Anwalt kontaktiert. Denn teils bestehen die Versicherer darauf, dass nur Juristen hinzugezogen werden, die Verträge mit dem Versicherer haben.

► Wichtig für eine Police sind:

- Die Deckungssumme sollte möglichst unbegrenzt sein – viele Policen haben aber teils sehr niedrige Höchstgrenzen.

- Die Kosten-Deckung sollte auch für außergerichtliche Verfahren gelten. Das bedeutet z. B., dass auch die Anwaltskosten übernommen werden, wenn man sich mit der Gegenseite auf einen Kompromiss ohne Prozess einigt. Ähnliches gilt beim Baustein Familienrecht – viele Streitigkeiten werden durch eine Mediation bei Anwälten beigelegt, auch dies sollte die Police übernehmen.

Fotos: privat; Illustrationen: KI/Agentur2 (2), Shutterstock.com (2)

Wenn die Rechtsschutz sich weigert ...

Dies kommt leider häufiger vor, als man denkt. Doch damit eine Versicherung die Übernahme von Leistungen verweigern kann, müssen bestimmte Kriterien vorliegen.



► Generell zahlt eine Rechtsschutz nur, wenn die Art des Rechtsstreits abgedeckt ist. Doch viele Rechtsgebiete sind teils oder ganz ausgeschlossen. Streit gibt es z. B. häufig bei Kapital- oder Immobilienrecht.

► Übernommen wird nur, wenn die Ursache des Streits im versicherten Zeitraum liegt. Heißt: Streitet man sich schon länger mit Nachbarn und schließt dann einen Vertrag ab, zahlt die Versicherung nicht, weil der

Startpunkt des Streits vor dem Abschluss liegt.

► Die Versicherung zahlt auch nur, wenn es eine ausreichende Erfolgsaussicht gibt.

► In den meisten Verträgen sind drei Details aufgeführt, die dazu führen, dass Versicherer auch nicht zahlen müssen:

- Die Prämie wurde nicht (oder nicht rechtzeitig) gezahlt.

- Man hat selbst eine „Obliegenheit“ (eine Pflicht) verletzt. Das ist z. B. der Fall, wenn Ge-

fahren von vornherein zu vermeiden gewesen wären oder ein Schaden nicht unverzüglich gemeldet wurde.

- Der Rechtsstreit wurde von einem selbst (mit) verursacht.

► Besonders um diesen letzten Punkt wird häufig, auch vor Gericht, gestritten.

► Und auch wer grob fahrlässig handelte, erhält nichts. Denn dies berechtigt Versicherer zur Kürzung der Leistung – im Extremfall bis 100 %.



Impressum

FINANZplus

Agentur2 Publishing GmbH,
ISSN 3053-8742

Redaktionsanschrift:
Prinzregentenstraße 68,
81675 München,
Tel.: (089) 24 29 27-50,
E-Mail: finanzplus@agentur2.de

Chefredaktion: Jürgen Sinn (v.i.S.d.P.)

Art-Direktion: Christoph Rauch

Schlussredaktion: Bernd Kuschmann

Red.-Mitarbeit:
Rolf von der Reith

Layout: Christoph Rauch

Bildredaktion:
Patrizia Rommel, Ilonka Bock

Sekretariat: Sylvia Herrmann

Agentur2 Publishing GmbH,
Prinzregentenstraße 68,
81675 München, Tel.: (089) 24 29 27-50

Gesetzlicher Vertreter
Agentur2 Publishing GmbH,
Geschäftsführer: Klaus Springer

Media-Sales: Tel.: (089) 24 29 27 55,
E-Mail: media@agentur2.de

Anzeigenleitung: Stefan Rörig (verantw.)

Anzeigentarif:
Es gilt die aktuelle Preisliste.

Weitere Informationen:
www.agentur2-publishing.de

Bezugsquellen: FINANZplus erscheint sechs
Mal jährlich im Einzelverkauf
im Zeitschriftenhandel pro Ausgabe
für 7,60 Euro.

Bestellung eines Jahresabos
(6 Ausgaben Print + E-Paper):
Deutschland: 49,80 Euro
Tel.: (089) 24 29 27 50
E-Mail: finanzplus@agentur2.de,
www.finanzplus-magazin.de/finanzplus-
jahresabo

Vertrieb für den Handel:
MZV Moderner Zeitschriften Vertrieb GmbH
& Co. KG, Ohmstraße 1,
85716 Unterschleißheim,
Tel.: (089) 3 19 06-0,
Fax: (089) 3 19 06-113,
E-Mail: mzv@mzv.de,
Internet: www.mzv.de

Druckvorstufe:
Agentur2 GmbH,
Prinzregentenstraße 68,
81675 München

Druck:
Euro-Druckservice GmbH, Passau

Copyright für alle Beiträge:
Agentur2 Publishing GmbH
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur
mit schriftlicher Genehmigung
des Verlags. Das gilt auch für die
Aufnahme in elektronische Daten-
banken sowie für Vervielfältigungen
auf CD-ROM. Für unverlangt ein-
gesandte Manuskripte und Fotos
haften Redaktion und Verlag nicht.

**Mehr
FINANZplus
zum Lesen**

Die neue Ausgabe gibt
es am 11. Juli 2026

Bei jedem Einkauf kräftig sparen

Höhere Qualität, viel niedrigerer Preis – viele Markenartikel-Hersteller liefern ihre Produkte auch als No-Name in die Supermärkte. Wer weiß, wo in Wahrheit ein bekanntes Qualitäts-Produkt dahintersteckt, kann viel Geld sparen.



Die größten Renten-Fallen für Frauen

Die meisten Frauen erhalten weniger Rente als Männer. Das liegt auch daran, dass in Rentenbescheiden von Frauen viel mehr Fehler stecken. Doch worauf sollten Frauen im Detail achten?



Policen-Check für Kinder und Enkel

Welche Versicherungen benötigen Eltern bzw. Großeltern für ihre Kinder bzw. Enkelkinder wirklich? Es sind nur ganz wenige, zeigt der große Test.



Neue Heizungs- gesetze

Die Bundesregierung hat erneut die Heiz-Gesetze geändert. Was ist jetzt noch bis wann erlaubt? Welche Heizung ist langfristig für wen am besten? Der große Check-up für Mieter und Eigentümer, für junge Familien und Rentner, für kleine und größere Wohnungen schafft Klarheit.

Das beste Giro- Konto für jeden

Ein Konto benötigt jeder. Aber jede Bank bietet unterschiedliche Modelle. Entscheidend ist nicht der Grundpreis, sondern die Zusatz-Kosten. Studien zeigen: Die meisten könnten viel Geld sparen.

Aktuelle Tipps sofort im Netz, per Mail, aufs Handy und bei Insta



www.finanzplus-magazin.de



www.finanzplus-magazin.de/newsletter



[#finanzplus_magazin](https://www.instagram.com/finanzplus_magazin)

Maximale Rente beziehen

dank Tipps aus Rente & Co

NEU
• Extra

VORSICHT VIELE FALLEN BEI VOLLMACHTEN

Rente & Co

IHRE RENTE & IHRE ALTERSVORSORGE

14 EXTRA-SEITEN

Die perfekte Früh-Rente für jeden

Mehr Geld aus Riester-Verträgen
Wichtiges Urteil: So gibt es jetzt mehr Rente, auch rückwirkend

Der Schlüssel zur maximalen Rente

Dieses Formular ausfüllen – deutlich mehr Geld erhalten!

Erspartes vor der Steuer schützen
Gold, Immobilie, Fonds, ETFs im Visier des Fiskus

Clever auf die Reform reagieren
Wie Sie heute schon Ihre Finanz- und Rentenpläne anpassen sollten

Cleverer Wege zu mehr Rente

- So bringt Mini-Job mehr Rente
- Keine Kürzung nach Scheidung
- Mehr Wohngeld für Rentner

S G

- Günstigere Krankenkasse
- Ehrenamt bei Steuer nutzen
- Schutz vor Pflegekosten

Jeden
2. Monat
NEU
im Handel!

NEU
• Extra

VORSICHT VIELE FALLEN BEI VOLLMACHTEN

Rente & Co

IHRE RENTE & IHRE ALTERSVORSORGE

14 EXTRA-SEITEN

Die perfekte Früh-Rente für jeden

Mehr Geld aus Riester-Verträgen
Wichtiges Urteil: So gibt es jetzt mehr Rente, auch rückwirkend

Der Schlüssel zur maximalen Rente

Dieses Formular ausfüllen – deutlich mehr Geld erhalten!

Erspartes vor der Steuer schützen
Gold, Immobilie, Fonds, ETFs im Visier des Fiskus

Clever auf die Reform reagieren
Wie Sie heute schon Ihre Finanz- und Rentenpläne anpassen sollten

Cleverer Wege zu mehr Rente

- So bringt Mini-Job mehr Rente
- Keine Kürzung nach Scheidung
- Mehr Wohngeld für Rentner

S G

- Günstigere Krankenkasse
- Ehrenamt bei Steuer nutzen
- Schutz vor Pflegekosten



Vorteils-Angebot bestellen:

www.rente-und-co.de/finanzen2026

oder telefonisch unter 0711/82651-281

Bitte Aktions-Nr. 40P0003134 angeben.

Vertragspartner: Agentur2 Publishing GmbH, Prinzregentenstraße 68, 81675 München, Ust-ID DE192860574, Geschäftsführer: Klaus Springer